

Daueraufbewahrung

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Juristische Hochschule Potsdam

Potsdam, den 16. 6. 1975

BS:U
000001

Archiv

Vertrauliche Verschlusssache

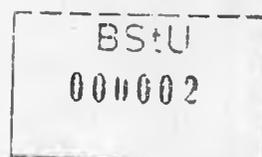
JHS 001

Nr.: 206/75

47 Ausf. 227 Blatt

Archiv
0025

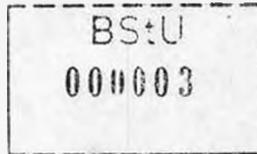
Organisierung der Vorbeugung,
Aufklärung und Verhinderung des
ungesetzlichen Verlassens der DDR
und der Bekämpfung des staatsfeind-
lichen Menschenhandels

Inhaltsverzeichnis

	<u>Teil I</u>	<u>Seite</u>
1.	Die Initiatoren und Organisatoren des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels. Die vom Feind angewandten Mittel und Methoden. Die Zielgruppen des Feindes.	09 - 19
2.	Das Ziel der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels	19 - 29
3.	Die Verantwortung des MfS zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung, besonders zur Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden.	30 - 58

Teil II

1.	Die Vorbeugung als gesamtgesellschaftliches Anliegen und die daraus erwachsenden grundlegenden Anforderungen an das MfS.	61 - 63
2.	Der Einsatz der operativen Kräfte, Mittel und Methoden der Linien und Dienstseinheiten des MfS zur Vorbeugung.	63 - 71
3.	Das Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften zur Erhöhung der Wirksamkeit der gesamtgesellschaftlichen Vorbeugung.	71 - 78



- | | | |
|------|--|-----------|
| 1. | Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels auf der Grundlage von Informationsbedarfskomplexen und der richtigen Bewertung der Informationen. | 82 - 87 |
| 2. | Grundanforderungen an den Einsatz aller IM/GMS zur Erarbeitung und Verdichtung von Ersthinweisen. | 87 - 91 |
| 3. | Der zielgerichtete Einsatz der IM/GMS und anderer Kräfte, Mittel und Methoden des MfS zur Erarbeitung, Überprüfung und Verdichtung von Ersthinweisen. | 91 - 107 |
| 3.1. | Die Aufdeckung und Überprüfung operativ bedeutsamer Kontakte von DDR-Bürgern zu Personen oder Einrichtungen nichtsozialistischer Staaten und Westberlins, insbesondere die differenzierte Überprüfung und Kontrolle der Rückverbindungen durch den Einsatz der IM/GMS. | 91 - 92 |
| 3.2. | Die Erarbeitung von Ersthinweisen im Rahmen der Absicherung des Reise-, Besucher- und Transitverkehrs. | 93 - 96 |
| 3.3. | Die Erarbeitung von Ersthinweisen im Rahmen der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin. | 96 - 98 |
| 3.4. | Die Aufklärung unbekannter Schleusungswege und Grenzübertrettsorte. | 98 - 104 |
| 3.5. | Der zielgerichtete Einsatz der IM/GMS zur Erarbeitung, Überprüfung und Verdichtung von Ersthinweisen unter Ausnutzung durchzuführender Sicherheitsüberprüfungen. | 104 - 105 |

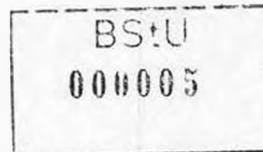
BStU 000004

Seite

- | | | |
|------|---|-----------|
| 3.6. | Die optimale Nutzung der Mittel, Methoden und Möglichkeiten spezieller Dienst-einheiten des MfS zur Erarbeitung von Ersthinweisen. | 106 - 107 |
| 4. | Die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der Deutschen Volkspolizei und anderer Organe des MdI und die Grundsätze des Zusammen-wirkens. | 108 - 113 |
| 5. | Die Erarbeitung von Ersthinweisen im Zu-sammenwirken mit weiteren Organen und Ein-richtungen. | 114 - 118 |
| 6. | Anforderungen an den Informationsaustausch bei erarbeiteten bzw. weiterbearbeiteten Ersthinweisen, an die operative Speicherung von Ersthinweisen und an die Nutzung geeig-ner Speicher zur Überprüfung und weiteren Verdichtung von Ersthinweisen. | 119 - 125 |
| 7. | Die Weiterbearbeitung von Ersthinweisen in den verschiedenen Formen, insbesondere durch die politisch-operative Personenkontrolle. | 126 - 129 |

Teil IV

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1. | Grundsätze der Verhinderung des ungesetzli-chen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels. | 133 - 135 |
| 2. | Die Ausrichtung der operativen Kräfte des MfS, insbesondere der IM, auf die Verhin-derung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels - ständiges Arbeitsprinzip bei allen opera-tiven Prozessen. | 136 - 139 |

Seite

- | | | |
|----|---|-----------|
| 3. | Die Beherrschung und Anwendung der Fahn-
dung, insbesondere der operativen Fahn-
dungsmöglichkeiten der Linie VI, durch
die Leiter operativer Dienstleistungen -
ein bedeutsamer Faktor der effektiven
Verhinderung. | 140 - 142 |
| 4. | Die Durchführung von Vorbeugungsgesprä-
chen (Verhinderungsgesprächen) mit Per-
sonen, zu denen Hinweise auf geplantes
ungesetzliches Verlassen der DDR vor-
liegen. | 142 - 145 |
| 5. | Maßnahmen zur Verhinderung antisoziali-
stischer provokativ-demonstrativer Hand-
lungen. | 146 - 150 |
| 6. | Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetz-
lichen Verlassens der DDR und des staats-
feindlichen Menschenhandels unter Einbe-
ziehung von Diplomaten und Angehörigen
der westlichen Besatzungsmächte. | 150 - 151 |
| 7. | Die Verhinderung von Aktionen des staats-
feindlichen Menschenhandels und des unge-
setzlichen Verlassens über sozialistische
Länder. | 152 - 155 |
| 8. | Politisch-operative Aufgaben und Maßnahmen
im Zusammenhang mit Übersiedlungen nach
nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,
Familienzusammenführungen und Eheschließun-
gen mit Bürgern nichtsozialistischer Staa-
ten und Westberlins sowie Entlassungen aus
der Staatsbürgerschaft der DDR. | 156 - 159 |
| 9. | Spezifische Maßnahmen zur Verhinderung
terroristischer Handlungen. | 159 - 164 |

Teil V

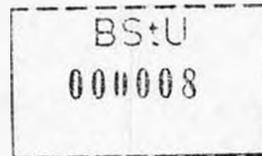
Seite
BS:U
000006

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1. | Die spezifische Zielstellung der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden. | 167 - 169 |
| 2. | Grundprinzipien der Vorgangsführung. | 170 - 195 |
| 3. | Gewährleistung der einheitlichen und zentralisierten Bekämpfung durch die Zentrale Koordinierungsgruppe und die Verantwortung vorgangsführender und anderer Dienstseinheiten des MfS. | 196 - 204 |
| 4. | Die Durchsetzung von Differenzierungsgrundsätzen bei der Bearbeitung von Personen im Rahmen der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels. | 205 - 219 |
| 5. | Die wirkungsvolle Erhöhung des Beitrages <u>aller</u> Dienstseinheiten für die Arbeit <u>nach</u> dem und im Operationsgebiet. | 219 - 227 |

BS:U
000007

Teil I

Die Gefährlichkeit des vom Feind organisier-
ten ungesetzlichen Verlassens der DDR und
des staatsfeindlichen Menschenhandels, die
Bedeutung des offensiven Kampfes gegen diese
Hauptangriffsrichtung und die Verantwortung
des MfS

Teil ISeite

- | | | |
|----|--|---------|
| 1. | Die Initiatoren und Organisatoren des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels. Die vom Feind angewandten Mittel und Methoden. Die Zielgruppen des Feindes. | 09 - 19 |
| 2. | Das Ziel der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels. | 19 - 29 |
| 3. | Die Verantwortung des MfS zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung, besonders zur Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden. | 30 - 58 |

BSU
000009

1. Die Initiatoren und Organisatoren des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels.
Die vom Feind angewandten Mittel und Methoden.
Die Zielgruppen des Feindes.

Im Gesamtsystem der subversiven Tätigkeit des Imperialismus gegen den realen Sozialismus stellt gegenwärtig die Verursachung und Organisierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels eine Hauptrichtung des feindlichen Vorgehens dar.

Die Auslösung und Organisierung sogenannter Fluchtbewegungen war und ist ein wesentliches Element aggressiver imperialistischer Politik, eine der unmenschlichsten Kampfformen aus dem Arsenal des Antikommunismus, Antisowjetismus, Chauvinismus und Nationalismus.

So versuchten nach der Oktoberrevolution imperialistische und konterrevolutionäre Kräfte durch die Inszenierung von Massenfluchten und Emigrantebewegungen die junge Sowjetmacht zu diskreditieren und ihr Schaden zuzufügen. Mit ähnlichen, noch raffinierteren Methoden war der Imperialismus 1956 in Ungarn, 1961 in Kuba und 1968 in der CSSR bemüht, die revolutionäre Entwicklung aufzuhalten und rückgängig zu machen. Die US-Okkupanten und ihre Handlanger in Südvietnam entfesselten Massenvertreibungen und Zwangsdeportationen, um ihre unvermeidliche Niederlage hinauszuschieben.

BSTU
000010

In modifizierter Fortführung der "Heim-ins-Reich-Bewegung" des deutschen Faschismus wendet der Imperialismus der BRD diese Kampfform mit besonderer Intensität, Skrupellosigkeit und Brutalität gegen die DDR an.

Sowohl in der Zeit des Kalten Krieges als auch unter den gegenwärtigen Bedingungen des zunehmenden Zwanges der Imperialisten zur Anpassung an das neue Kräfteverhältnis in der Welt war und ist die Abwerbung von DDR-Bürgern eine Hauptsäule der Feindstrategie.

Das Ziel des Feindes besteht darin,

- das sozialistische Lager zu schwächen, es zu diskreditieren, die DDR in Widerspruch zu den anderen sozialistischen Ländern zu bringen, sie als "Belastung" für die Politik der Sowjetunion und der anderen Länder als "Störenfried" in Europa darzustellen;
- den Prozeß der weiteren Integration der sozialistischen Länder zu hemmen und zu stören, insbesondere durch Abwerbung von Fachkadern sowie durch den Mißbrauch des Reise- und Transitverkehrs in bzw. durch andere sozialistische Staaten;
- das ungesetzliche Verlassen als geeignetes Mittel für die politisch-ideologische Bekämpfung der fortschrittlichen Kräfte, besonders der Arbeiterklasse in der BRD, zu nutzen, den in der DDR und anderen sozialistischen Ländern real existierenden Sozialismus zu verleumden und die "Überlegenheit" und "Anziehungskraft" des Kapitalismus "zu beweisen";

BS:U
000011

- durch demagogische Darstellung des ungesetzlichen Verlassens als "Fluchtbewegung", als Massenprozeß vor der Weltöffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, daß diese Bürger der DDR mit ihrem Staat und der sozialistischen Gesellschaft nichts gemein haben wollen und sich in Verwirklichung ihres "Selbstbestimmungsrechts" für die BRD als den für sie einzigen "legitimen" und "demokratischen" deutschen Staat entscheiden;
- unter Bezugnahme auf das "Selbstbestimmungsrecht" und den sogenannten Verfassungsauftrag zur Wahrung der Einheit der Nation diese Menschengruppe als geschlossene Kraftpotenz für ihre Rückkehr in das verlassene Territorium (die DDR) und für die Änderung der Gesellschaftsverhältnisse wirken zu lassen;
- durch eine gezielte Abwerbung und (bzw.) Ausschleusung von qualifizierten Fachkräften aus bedeutsamen Bereichen die DDR politisch-ökonomisch, diplomatisch, ideologisch und anderweitig zu schwächen, unsere Entwicklung zu stören und das eigene ökonomische und personelle Potential auf Kosten und zum Schaden der DDR zu stärken;
- auszuschleusende bzw. ausgeschleuste DDR-Bürger für die nachrichtendienstliche und andere subversive Tätigkeit zu mißbrauchen, besonders als Reservoir zur Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen.

BS:U
000012

Diese weitreichende Zielsetzung des Gegners zeigt sich im Einsatz der Menschenhändlerbanden und ihrer Agenturen zur zielgerichteten Sabotage gegen das Gesundheitswesen der DDR durch die permanente, mit hoher Intensität betriebene Abwerbung und Ausschleusung medizinischer Fachkader.

Sie zeigt sich darin, daß durch die imperialistischen Geheimdienste die ausgeschleusten Personen in Ausnutzung ihrer Abhängigkeit unter vielfältigen materiellen, finanziellen und psychologischen Druck gesetzt und zur Preisgabe ihrer Kenntnisse über Verwandte, Bekannte, ehemalige Arbeitskollegen, Forschungs-, Produktions- u. a. Geheimnisse gezwungen und damit zur Spionage mißbraucht werden.

Ihre Detailkenntnisse über Personen, Sachverhalte und Objekte werden genutzt, um noch zielgerichteter und umfassender die subversive Tätigkeit gegen die DDR fortzuführen.

In verbrecherischer Weise werden für die Abwerbung, den Menschenhandel und die Einbeziehung in die Spionagetätigkeit alle sich bietenden Ansatzpunkte, besonders verwandtschaftliche Beziehungen, in der DDR noch vorhandene schwankende, negative und feindliche Kräfte sowie durch leichtfertiges und verantwortungsloses Verhalten hervorgerufene begünstigende Bedingungen ausgenutzt.

Bei der Organisierung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels spielen die politisch-ideologische Diversion und Kontaktpolitik eine entscheidende Rolle.

BSTU
000013

Sie sind darauf gerichtet, unter der Bevölkerung der DDR Einfluß zu gewinnen, sie im Sinne der bürgerlichen Ideologie zu manipulieren. Auf dieser ideologischen Grundlage soll bei Bürgern der DDR der Entschluß zum Verlassen der DDR geweckt und ihre zielgerichtete Abwerbung veranlaßt werden.

Die Organisierung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels ist somit einerseits ein konkreter Ausdruck der politisch-ideologischen Diversion. Andererseits wirken ungesetzliche Grenzübertritte und Menschenhandel zurück auf die politisch-ideologische Diversion, indem damit neue Einflußmöglichkeiten, vor allem auf Rückverbindungen, eröffnet werden.

Der Feind setzt alle Mittel und Möglichkeiten der imperialistischen Gesellschaft ein, um Bürger der DDR massiv zu beeinflussen, zu verlocken und zum Verrat der DDR zu bewegen. Dazu bedient er sich vor allem der imperialistischen Massenmedien und ihrer raffinierten Praktiken. Dem dienen ferner sein Festhalten an dem interventionistischen Staatsangehörigkeitsrecht der BRD, seine sogenannte "Vertriebenen- bzw. Flüchtlingsgesetzgebung" sowie die von Jahr zu Jahr wachsenden finanziellen Mittel und Vergünstigungen, die den Bürgern der DDR in Aussicht gestellt und mit denen revanchistische Flüchtlingsorganisationen unterstützt werden.

Mit vielfältigen Maßnahmen zielt er darauf ab, die Menschen zu verunsichern, sie durch Drohungen, anonyme Anrufe und Briefe in Furcht, Angst und Panik

zu versetzen, "Kurzschlußreaktionen" hervorzurufen, durch Intrigen in ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Stellung zu beeinträchtigen, ihre Familien zu entzweien, die Menschen zu korrumpieren, in Straftaten zu verstricken und mittels der politisch-ideologischen Diversion den Boden für gezielte Aktivitäten der imperialistischen Geheimdienste und der kriminellen Menschenhändlerbanden, insbesondere für Anbahnungs- und Werbungsversuche, vorzubereiten. Das ungesetzliche Verlassen und der staatsfeindliche Menschenhandel werden von der gesamten imperialistischen Gesellschaft, ihren Organen und Einrichtungen unterstützt und selbst vorgetragen, von der SPD/FDP-Regierungskoalition bis zu den ultrareaktionären und offen revanchistischen Kräften.

Entspannungsfeindliche Kräfte in der BRD, anderen imperialistischen Ländern und Westberlin nutzen die Veranlassung und Organisierung des ungesetzlichen Verlassen und des staatsfeindlichen Menschenhandels als aktuelle Kampfform zur Zurückdrängung des Entspannungsprozesses, für den Versuch, den Kalten Krieg neu zu entfachen. Hierzu bedienen sie sich unter Berufung auf die "Rechtsgrundlagen" der BRD der wesentlichsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, der Meinungsmanipulierung, vor allem des Springerkonzerns, entspannungsfeindlicher Kräfte in Regierungs- und anderen Verwaltungsstellen wie das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, das Gesamtdeutsche Institut, die Abteilung IV in Westberlin, die Nachfolgeeinrichtung des UfJ, der Revanchistenverbände aller Schattierungen sowie der kriminellen Menschenhändlerbanden in der BRD, Österreich, der Schweiz u. a. Ländern sowie in Westberlin.

BSU
000015

In voller Übereinstimmung mit den langfristigen Zielen des Feindes versuchen diese Kräfte, insbesondere durch Aktivierung und Brutalisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels, durch offene und getarnte Verletzung der mit der DDR abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen u. a. Völkerrechtsnormen, Konfliktsituationen zu schaffen, die DDR zu diskreditieren, die politische Lage anzuheizen, weitere Vereinbarungen zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zu torpedieren und realistisch denkende Kreise in den imperialistischen Ländern auf einen entspannungsfeindlichen Kurs zu drängen.

Konzerne, andere Wirtschaftsunternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen u. a. Organe und Institutionen veranlassen und organisieren planmäßig und zielgerichtet Abwerbungen, ungesetzliche Grenzübertritte und staatsfeindlichen Menschenhandel. Das Ziel besteht hier in der Sicherung des Maximalprofits durch Einsparung an Ausbildungskosten und Erhöhung des wissenschaftlichen Reservoirs bzw. der Deckung der Lücken an wissenschaftlichen u. a. Fachkräften und Spezialisten, der Ausnutzung der ehemaligen DDR-Bürger als billige Ausbeutungsobjekte sowie in der ökonomischen Schädigung der DDR.

Gedeckt durch die politische Zielstellung des Feindes und der diesem Zwecke untergeordneten speziellen Rechtsvorschriften in der BRD und Westberlin hat sich vor allem dort auf Grund der hohen Gewinnerwartung ein neuer Zweig des Berufsverbrechertums, der Schmuggel mit Menschen, herausgebildet, dessen Kern die kriminellen Menschenhändlerbanden bilden und deren Hauptziel die Ausschleusung von Bürgern der DDR und anderer sozia-

BSTU
000016

listischer Länder aus deren Staatsgebieten zu "Höchstpreisen" ist. Die kriminellen Menschenhändlerbanden sind das Hauptinstrument des Feindes zur Organisation des staatsfeindlichen Menschenhandels.

Die Methoden des Vorgehens der kriminellen Menschenhändlerbanden sind äußerst vielfältig und einer ständigen Modifizierung unterworfen. Sie sind gekennzeichnet durch zunehmende Skrupellosigkeit, Menschenfeindlichkeit und Banditentum.

Die wesentlichsten Methoden sind:

- Die verbrecherische und lebensgefährliche Ausschleusung von Personen in Pkw, Lkw und anderen grenzüberschreitenden Transportmitteln, besonders unter Mißbrauch des Transitverkehrs zwischen der BRD und Westberlin, des kontrollbefreiten Verkehrs sowie der TIR-Vereinbarungen.
- Der Mißbrauch von Personaldokumenten der BRD, anderer nichtsozialistischer Länder und Westberlin, einschließlich von Diplomatenpässen sowie die Anwendung ge- und verfälschter sowie fingierter Dokumente, insbesondere unter Verstößen gegen völkerrechtliche Prinzipien und Normen und die Souveränität einer Vielzahl europäischer Staaten.
- Die Schleusung von Personen in Verbindung mit Gewaltakten gegen die Staatsgrenze, besonders terroristische Angriffe auf die Grenzübergangsstellen, sowie der Bau von Schleusungstunneln.

- Die Suche und Nutzung von Lücken im Grenzsicherungssystem (z. Z. besonders in anderen sozialistischen Ländern wie Ungarn und CSSR).

In wachsendem Maße werden DDR-Bürger durch Einzeltäter geschleust, die im Auftrage von kriminellen Menschenhändlerbanden oder aus persönlichen Motiven heraus als Schleuser tätig werden. In jedem Falle wird versucht, durch das Vortäuschen oder die tatsächliche Existenz persönlicher Beweggründe die Strafgesetzgebung der DDR (§ 105 - staatsfeindlicher Menschenhandel) zu unterlaufen.

In der Tätigkeit der Menschenhändlerbanden macht sich eine zunehmende "Internationalisierung" bemerkbar. Sie zeigt sich sowohl durch international organisierte Banden wie auch durch Ausnutzung und Mißbrauch des Transits über fremde Territorien und Staaten und durch die Verwendung ge- und verfälschter, fiktiver Pässe anderer Staaten.

Bei der Veranlassung und Organisierung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels konzentriert sich der Feind auf folgende Zielgruppen:

Schwankende, labile, unzufriedene und negative Personen aus den Bereichen der

- medizinischen Intelligenz und des medizinisch-technischen Personals im gesamten Bereich des Gesundheitswesens

(Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens,

BSU 000018

Universitätskliniken, betriebliches Gesundheitswesen, besonders Fachärzte für Chirurgie und Neurologie u. a.) als Hauptangriffsrichtung;

- wissenschaftlich-technischen Intelligenz (Forschungs- und Entwicklungsbüros der Chemie-Industrie, Elektronik/Datenverarbeitung, Maschinenbau);
- Kunst- und Kulturschaffenden;
- Angehörigen des Hoch- und Fachschulwesens, besonders der Fachrichtungen Technik und Pädagogik;
- Fachkader des Binnen- und Außenhandels;
- Geheimnisträger, darunter ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe.

Die Angriffe des Feindes zielen auch auf Personen, die intime Beziehungen zu Bürgern der BRD, anderer nichtsozialistischer Länder und Westberlins unterhalten, besonders aus dem Bereich der Gastronomie.

Es verstärken sich zunehmend die Angriffe des Feindes gegen die Jugend in ihrer Gesamtheit, insbesondere aber gegen die Studenten und die wissenschaftlich ausgebildeten jungen Kader. Mit der Einbeziehung neuer oder anderer Zielgruppen in die Angriffe des Feindes ist besonders auf Grund von Veränderungen der Arbeitskräftemarktlage in der BRD und anderer Faktoren zu rechnen.

BSTU
000019

Es ist kennzeichnend, daß sich einige kriminelle Menschenhändlerbanden auf die direkte und zielgerichtete Abwerbung von DDR-Bürgern in "ausgewählten" Objekten konzentrieren. Das betrifft zur Zeit besonders Einrichtungen des Gesundheitswesens. Mit der Verstärkung gezielter Angriffe gegen solche und andere Objekte muß gerechnet werden.

2. Das Ziel der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels

Ausgehend von der strategischen Orientierung der SED im Kampf um die allseitige Stärkung und Festigung der DDR und zur Führung des internationalen Klassenkampfes im Rahmen der Friedensoffensive der sozialistischen Staaten und angesichts der hohen Gesellschaftsgefährlichkeit des ungesetzlichen Verlassens und des vor allem von kriminellen Menschenhändlerbanden betriebenen staatsfeindlichen Menschenhandels hat das MfS durch den zielstrebigsten, koordinierten und konzentrierten Einsatz und die allseitige Nutzung seiner spezifischen Kräfte, Mittel und Methoden einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung des Feindes zu leisten mit dem Ziel,

- die Wirksamkeit des feindlichen Einflusses auf Bürger zum ungesetzlichen Verlassen durch vorrangig vorbeugende Arbeit sowie konsequente Bekämpfung von in feindlicher Absicht handelnden Personen entscheidend einzuschränken, um die Souveränität der DDR zu sichern und sie vor politischen, ideellen und materiellen Schäden durch diese Angriffe des Feindes zu schützen;

BSU
000020

- wirksame und beweiskräftige Voraussetzungen zu schaffen, um auf politischer und diplomatischer Ebene durch offensive Maßnahmen den Feind an der Verwirklichung seines Langzeitprogramms, der Mißachtung des Völkerrechts und ratifizierter Verträge zu hindern;
- die kriminellen Menschenhändlerbanden als willfährige und brutale Werkzeuge der imperialistischen entspannungsfeindlichen Kräfte und ihre Stützpunkte in ihrer Wirksamkeit einzuschränken und schließlich zu zerschlagen.

Durch die offensive Gestaltung der Arbeit aller Linien und Dienststeinheiten hat das MfS vorrangig einen spezifischen Beitrag zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels zu leisten, indem

dafür vorhandene Ursachen und begünstigende Bedingungen rechtzeitig aufgedeckt und beseitigt,

die Pläne, Absichten, Maßnahmen, Mittel und Methoden der feindlichen Zentralen, der kriminellen Menschenhändlerbanden und der in feindlicher Absicht handelnden Personen innerhalb der DDR rechtzeitig aufgedeckt und konsequent bekämpft werden.

BS:U
000021

Dieses Grundanliegen ist durch nachfolgende differenzierte Ziel- und Aufgabenstellung zu realisieren: ¹⁾

- 2.1. Die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels sind darauf gerichtet, das ungesetzliche Verlassen wirkungsvoll einzuschränken und weitgehend zu verhindern, Ursachen und begünstigende Bedingungen (ideologischer, politischer, rechtlicher, materieller u. a. Art) auszuräumen und Schäden jeder Art nicht zuzulassen; d. h. die personellen und ökonomischen Potenzen sind der DDR voll zu erhalten, die nachrichtendienstliche Abschöpfung dieser Personen, ihre Einbeziehung in andere Arten der Feindseligkeit zu unterbinden und ihre Ausnutzung zur politisch-ideologischen DiverSION und Meinungsmanipulierung auszuschließen.
- 2.2. Mit der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens sowie der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels ist ein wesentlicher Beitrag zu leisten für den Schutz der DDR, insbesondere für die Gewährleistung der Souveränität und territorialen Integrität der DDR, für ihre weitere ökonomische, politische, militärische und ideologische Stärkung.
- 2.3. Eine wesentliche Seite der Aufgabenstellung besteht darin, den Feind an der Verwirklichung seiner Ziele umfassend zu hindern, seine Angriffe, besonders auf ideologischem

1) Die im folgenden dargelegten Aspekte der Zielstellung der Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels bilden eine Einheit. Von dieser Gesamtzielstellung ist bei der Organisation und Leitung der politisch-operativen Arbeit auszugehen.

BSU
000022

Gebiet wirkungslos zu machen, unsere ideologische Offensive noch wirksamer voranzuführen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Strategie unserer Partei im internationalen Klassenkampf, insbesondere zur weiteren Durchsetzung der friedlichen Koexistenz und der damit verbundenen Bekämpfung und Zurückdrängung der entspannungsfeindlichen Kräfte in Europa zu leisten.

Die Isolierung der Exponenten einer entspannungsfeindlichen und imperialistischen Politik ist und bleibt eine wesentliche Voraussetzung für Erfolge auf dem Wege zur europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit.

Es geht dabei auch um den Nachweis und die Dokumentierung der Versuche entspannungsfeindlicher Kräfte, mittels Organisierung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels den Entspannungsprozeß aufzuhalten und zum Kalten Krieg zurückzukehren.

Es ist stets herauszuarbeiten, welche Kräfte hinter den konkreten Verbrechen stehen, welche Absichten sie damit verfolgen, welchen Stellenwert diese Kräfte dem konkreten Verbrechen in ihrer Zielstellung beimessen. Damit sind Voraussetzungen und Grundlagen zu schaffen, die es unserer Partei und Regierung im Rahmen der Gesamtstrategie des sozialistischen Lagers ermöglichen, politische, diplomatische, ökonomische, ideologische Aktivitäten zu entfalten, um

- den Differenzierungsprozeß im imperialistischen Lager weiter zu forcieren,
- die entspannungsfeindlichen Kräfte zu entlarven und weiter zurückzudrängen.

2.4. Der Nachweis der Verletzung völkerrechtlicher Verträge, Vereinbarungen, Konventionen durch jene Kräfte, die ungesetzliche Grenzübertritte und staatsfeindlichen Menschenhandel inspirieren und organisieren, insbesondere Verletzungen

- des Transitabkommens (Transitmißbrauch),
- des Verkehrsvertrages,
- des Berliner Vertrages,
- der Wiener Konvention (Dipl.-Status usw.),
- der TIR-Konvention,
- der Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR und dem Senat über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs,
- Verletzungen anderer zwei- und mehrseitiger Abkommen und Vereinbarungen, besonders über Fragen des Flugverkehrs, des Touristenverkehrs
- sowie von Verletzungen der Statuten internationaler Organisationen.

Hiermit sind Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen für diplomatische und anderweitige Aktivitäten unserer Regierung, um

- die Regierungen der BRD und anderer kapitalistischer Länder sowie den Senat von Westberlin zur Einhaltung der Verträge (auf der Grundlage des Artikel 17 des

BSU
000024

Transitabkommens) und in bestimmtem Maße zu einem Vorgehen gegen die Menschenhändlerbanden zu zwingen;

- die Regierungen dritter Länder zu veranlassen, das Wirken von Menschenhändlerbanden auf ihrem Territorium zu unterbinden bzw. derartige Forderungen gegenüber der BRD und dem Senat von Westberlin zu erheben;
- die Staaten und internationalen Organisationen, die Teilnehmer an Konventionen und anderen Verträgen sind, zu veranlassen, ihrerseits gegen deren Verletzung und damit gegen Menschenhändlerbanden vorzugehen und bedeutsame Organisationen in dritten Ländern zu veranlassen, ihre mißbräuchliche Einbeziehung in den staatsfeindlichen Menschenhandel zu unterbinden.

2.5. Die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels verfolgen das Ziel, die Staatsgrenze noch zuverlässiger zu schützen, Störungen von Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze, im Personen- und Güterverkehr mit dem nichtsozialistischen Ausland sowie im Innern der DDR auszuschalten, indem z. B. beabsichtigte ungesetzliche Grenzübertritte rechtzeitig unterbunden werden und Personen, die einen ungesetzlichen Grenzübertritt planen, gar nicht erst in die Nähe der Grenze bzw. in das sozialistische Ausland gelangen, um Grenzzwischenfälle und politische Verwicklungen zu vermeiden und zu verhindern.

BSU
000025

2.6. Die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels verfolgen das Ziel, die konkreten Pläne, Absichten, Maßnahmen, Mittel und Methoden der Inspiratoren und Organisatoren dieser Aktivitäten, einschließlich des Netzes der kriminellen Menschenhändlerbanden, aufzuklären und ihre Anwendung wirkungsvoll zu verhindern.

2.7. Der Schutz der Bürger der DDR vor Angriffen des Feindes, besonders vor Abwerbungsversuchen und der politisch-ideologischen Diversion, insbesondere der Schutz jener Personen und Personenkreise, die in der Angriffsrichtung des Feindes liegen, wie die medizinische Intelligenz und andere Zielgruppen, ist eine wesentliche Seite der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels.

Im engen Zusammenhang damit ergibt sich die Notwendigkeit der allseitigen Klärung der Frage "Wer ist wer?" besonders unter den Personen, die in der Angriffsrichtung des Feindes bei Abwerbungen und Ausschleusungen stehen, wie der medizinischen und pädagogischen Intelligenz, sowie unter den Rückverbindungen ausgeschleuster und solcher Personen, die anderweitig die DDR verlassen haben und aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassener Personen.

Weiterhin geht es darum,

- DDR-Bürger, die beabsichtigen, die DDR zu verlassen, von ihrem Entschluß abzubringen, sie nicht aus der

BSU
000026

sozialistischen Gesellschaft ausbrechen zu lassen und zur Entführung vorgesehene Kinder, der DDR zu erhalten;

- DDR-Bürger, die, ohne Feind zu sein, der Abwerbung des Feindes erlegen sind oder andere "private" Motive für das ungesetzliche Verlassen besitzen und bereits Vorbereitungshandlungen bzw. Versuche eines ungesetzlichen Grenzübertritts bzw. einer Ausschleusung unternommen haben, schnell und komplikationslos in die sozialistische Gesellschaft zurückzuführen bzw. ihr zu erhalten;

Das erfordert vor allem die Durchsetzung einer differenzierten Rechtsanwendung.

- Personen, die der DDR feindlich gegenüberstehen und andere Personen, die die sozialistische Entwicklung stören oder zu stören beabsichtigen (hartnäckige Gesetzesverletzer und Querulanten) mit dem Ziel, die DDR zu verlassen, mit höchstmöglichem materiellem und ideellen Erfolg für die DDR aus der Staatsbürgerschaft zu entlassen.

2.8. Ein bedeutsames Ziel unseres Tätigwerdens besteht in der differenzierten offensiven Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Stützpunkte. Das bedeutet u. a.,

- die jeweilige Menschenhändlerbande nicht mehr zur Wirksamkeit kommen zu lassen, indem systematisch und planvoll alle Möglichkeiten verschlossen werden;

- durch politisch-aktive Maßnahmen die kriminellen Menschenhändlerbanden zu zersetzen, zu diskriminieren, untereinander in Widersprüche zu bringen, Widersprüche zwischen den Mitgliedern der Menschenhändlerbanden zu schüren bzw. zu setzen, sie zu kompromittieren und in Widersprüche zur öffentlichen Meinung zu bringen, ihre bürgerliche Existenzgrundlage zu vernichten, sie in Widerspruch zur offiziellen Ostpolitik der Regierung der BRD zu bringen;
- die Schaffung von Voraussetzungen, um ein publizistisches oder strafrechtliches Vorgehen in der BRD, anderen kapitalistischen Ländern oder Westberlin gegen die Menschenhändlerbanden oder einzelne ihrer Glieder zu erzwingen;
- durch publizistisches Vorgehen in der DDR und im Operationsgebiet den "Freiheitsheldmythos" der Banden zu zerschlagen und ihren kriminellen Charakter aufzuzeigen.

Hauptanliegen ist es dabei, die Gesamtsituation für die kriminellen Menschenhändlerbanden in der BRD, anderen nichtsozialistischen Ländern und Westberlin sowie die Verhältnisse innerhalb der Banden so zu gestalten, daß sie ihre Tätigkeit zumindest nur unter schwierigsten Bedingungen fortsetzen können, daß ihre Existenzgrundlage so beeinflußt wird, daß sie ihre Tätigkeit aufgeben müssen bzw. vollständig zerschlagen werden.

BS:U
000028

- 2.9. Ein wichtiges Anliegen besteht darin, jene Bürger, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, in Widersprüche zu Staat und Gesellschaft der BRD und Westberlins, besonders zur Bevölkerung, zu bringen, sie zu diskreditieren, um ihre Eingliederung in diese Gesellschaft zu erschweren sowie andere operative Handlungen unter bzw. mit solchen Personen durchzuführen (auch gegen Menschenhändlerbanden).
- 2.10. Die Verhinderung und Bekämpfung von Angriffen gegen die staatliche Sicherheit und andere kriminelle Handlungen, die im engen Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des ungesetzlichen Verlassens sowie des staatsfeindlichen Menschenhandels begangen werden, vor allem
- Landesverratsdelikte, z. B. Einbeziehung von Angehörigen der Menschenhändlerbanden und ihrer Stützpunkte in der DDR in die nachrichtendienstliche Tätigkeit der imperialistischen Geheimdienste;
vorbereiteter Verrat von Staatsgeheimnissen durch auszuschießende DDR-Bürger;
- Terrorverbrechen, wie der Bau von Schleusungstunneln; terroristische Angriffe auf Grenzübergangsstellen und Geiselnahmen;
- Sabotageverbrechen, z. B. durch Abwerbung oder Ausschleusung bestimmter Kader besondere Vorhaben durchkreuzen oder desorganisieren und dadurch die DDR schädigen zu wollen.

BS:U
000029

2.11. Die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens sowie die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels sind darauf gerichtet, begünstigende Bedingungen der Tatbestandsverwirklichung aufzudecken, weitgehendst einzuschränken oder zu beseitigen.

Von den Menschenhändlerbanden und anderen feindlichen Kräften genutzte Lücken in der Grenzsicherung, bei der Abfertigung an Grenzübergangsstellen, im Flug- und Reiseverkehr mit dritten Ländern, Lücken in der Sicherung bestimmter Objekte an Transitstrecken sind zu erkennen und zu beseitigen.

Es ist erforderlich, alle Mißstände und Mängel, die begünstigend für das Entschlußfassen zu ungesetzlichen Grenzübertritten wirken können, zu erkennen und auszuräumen, z. B. die unzureichende Wahrnehmung der Verantwortung von staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen und von gesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationen für die Vorbeugung gegen ungesetzliche Grenzübertritte.

2.12. Es sind Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen, um von vornherein eine Entschlußfassung zum ungesetzlichen Verlassen zu verhindern bzw. zu erreichen, daß schleusungswillige Personen von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Das erfordert insbesondere, den verbrecherischen Charakter des Menschenhandels nachzuweisen.



3. Die Verantwortung des MfS zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung, besonders zur Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden

3.1. Hauptaufgaben und Verantwortung aller Dienstseinheiten des MfS

Zur Realisierung der grundsätzlichen Ziel- und Aufgabenstellung des MfS zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung haben die Linien und Dienstseinheiten durch die systematische, zielgerichtete und abgestimmte Nutzung aller Möglichkeiten, insbesondere durch

- den zielgerichteten, koordinierten Einsatz und die allseitige Nutzung der IM und anderer operativer Kräfte in der DDR und im Operationsgebiet sowie anderer Kräfte, Mittel und Methoden des MfS,
- das enge abgestimmte Zusammenwirken mit den anderen Schutz-, Sicherheits-, staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen und anderen Einrichtungen und das Nutzen ihrer Möglichkeiten,
- die systematische und planmäßige Verbindung der Lösung der in dieser Instruktion genannten Aufgaben mit der Lösung aller anderen politisch-operativen Aufgaben im Rahmen der Zuständigkeit der Dienstseinheiten und der Zusammenarbeit zwischen ihnen,

den höchstmöglichen Beitrag zur Lösung folgender Aufgabenkomplexe zu leisten:

BSTU
000031

- 3.1.1. Aufklärung aller Pläne, Absichten und Machenschaften des Gegners zur Organisierung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels, insbesondere das rechtzeitige Erkennen von Veränderungen in den Angriffsrichtungen, Mitteln und Methoden, von eingesetzten Kräften, Inspiratoren und Organisatoren sowie von neuen Möglichkeiten, die sich für den Gegner aus Veränderungen der internationalen Lage ergeben.
- 3.1.2. Organisierung einer wirkungsvollen vorbeugenden Arbeit zur gründlichen Aufdeckung, weitgehenden Einschränkung und Beseitigung aller Ansatzpunkte, begünstigenden Bedingungen und Faktoren, die es dem Gegner ermöglichen, Bürger der DDR zu beeinflussen, aufzuklären, zu kontaktieren, in die Organisierung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels einzubeziehen oder das ungesetzliche Verlassen bzw. die Schleusung zu verwirklichen.
- Organisierung der vollständigen Nutzung der eigenen operativen Basis zur Unterstützung der Linien/Dienstseinheiten, die für die Abwehr feindlicher Angriffe gegen bestimmte Zielgruppen des Gegners verantwortlich sind, insbesondere der Dienstseinheiten der Linie XX im Bereich Gesundheitswesen.
- 3.1.3. Feststellung aller Hinweise auf beabsichtigtes, geplantes oder vorbereitetes ungesetzliche Verlassen bzw. auf Angriffe krimineller Menschenhändlerbanden oder Schleuser ohne Verbindung zu Menschenhändlerbanden.

BSU
000032

- 3.1.4. Unverzügliche Bearbeitung aller Ersthinweise und rechtzeitige Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung der darauf gerichteten Handlungen auf der Grundlage des Operationsplanes des jeweiligen Zentralen Operativvorganges oder/und der Hinweise und Orientierungen der Zentralen Koordinierungsgruppe oder Übergabe an die Deutsche Volkspolizei, sofern deren Verantwortlichkeit gegeben ist. Gründliche Aufklärung gelungener Schleusungen oder Grenzübertritte, insbesondere solcher mit unbekanntem Wegen des ungesetzlichen Verlassens, zur Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung von Nachschleusungen.
- 3.1.5. Erkennen der Möglichkeiten für das Eindringen in die kriminellen Menschenhändlerbanden sowie die Aufdeckung der Hintermänner, Inspiratoren und Organisatoren zwecks Zersetzung, Lähmung, Diskriminierung und Unschädlichmachung sowie Abstimmung der Maßnahmen zur Nutzung dieser Möglichkeiten mit der Zentralen Koordinierungsgruppe bzw. der den Zentralen Operativvorgang (ZOV) führenden Dienst Einheit.
- 3.1.6. Organisierung einer den Grundsätzen des Befehls 299/65 und des Befehls 1/75 entsprechenden qualifizierten Auswertungs-, Informations- und analytischen Tätigkeit, durch die gesichert wird, daß
- eine unverzügliche Informierung der für die Bearbeitung des jeweiligen ZOV verantwortlichen Dienst Einheit, der Zentralen Koordinierungsgruppe oder Bezirkskoordinierungsgruppe bzw. territorial oder objektmäßig verantwortlicher Dienst Einheiten erfolgt,

BSU
000033

- eine ständige aktuelle Lageeinschätzung im Verantwortungsbereich und auf Linie vorhanden ist,
- die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG), Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) oder Bezirkskoordinierungsgruppe (BKZ) über neue Entwicklungstendenzen, Schwerpunkte und Erkenntnisse informiert werden und
- ein offensives und schnelles Reagieren auf neue Angriffe, Mittel und Methoden des Gegners durch die ZKG und die Leiter der Hauptabteilungen/Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen gewährleistet wird.

3.1.7. Umfassende Informierung der Partei- und Staatsorgane mit dem Ziel der Einflußnahme auf ein enges abgestimmtes Zusammenwirken aller Organe und Einrichtungen bei der wirkungsvollen komplexen vorbeugenden Arbeit.

Entsprechend der ihnen übertragenen spezifischen Verantwortung haben alle Linien und Dienstseinheiten einen wirksamen Beitrag zur Realisierung der grundsätzlichen Ziel- und Aufgabenstellung des MfS zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels zu leisten.

Bei der Planung der Aufgaben und der Organisierung der politisch-operativen Arbeit haben die Leiter der Hauptabteilungen/selbständigen Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen, Kreisdienststellen/Objektdienststellen

BSU
000034

- zur Sicherung des optimalen Beitrages zu den vorgenannten Aufgabenkomplexen,
- zur Lösung der nachstehend genannten Hauptaufgaben der Linien und Dienststellen und der Wahrnehmung der sich daraus ergebenden Verantwortlichkeiten,
- unter Berücksichtigung der politisch-operativen Situation in ihrem Verantwortungsbereich, insbesondere in den Schwerpunktbereichen,

zu gewährleisten, daß die in dieser Instruktion, Teil II - V, genannten Aufgaben und Orientierungen durch alle nachgeordneten Leiter und operativen Mitarbeiter schöpferisch umgesetzt und verwirklicht werden.

3.2. Abgrenzung der spezifischen Verantwortung der Linien des MfS

Linie I

- Gewährleistung der zuverlässigen politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR in enger Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Dienststeinheiten, insbesondere der Linie VII und den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen mit Staatsgrenze, vor allem
 - . rechtzeitige Aufklärung und Verhinderung von Aktivitäten feindlicher Kräfte im grenznahen Operationsgebiet zur Unterstützung von Grenzdurchbrüchen oder

BSU
000035

Handlungen krimineller Menschenhändlerbanden oder Personen ohne Verbindung zu dorartigen Banden;

- . Aufklärung des Zusammenspiels und von Kontakten von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes und des Zollgrenzdienstes der BRD zu Mitgliedern krimineller Menschenhändlerbanden im Rahmen der Tätigkeit im grenznahen Operationsgebiet;
 - . Kontrolle von Tunnelanlagen und tunnelgefährdeten Bereichen zur Verhinderung von Tunnelschleusungen.
- Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung aller beabsichtigten Fahnenfluchten mit dem Ziel des Verlassens des Staatsgebietes der DDR sowie des ungesetzlichen Verlassens durch Zivilangestellte.
- Die Diensteinheiten der Linie I haben in eigener Verantwortung und in Zusammenarbeit mit anderen Linien und Diensteinheiten des MFS sicherzustellen, daß
- . Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR, aus deren Verbindungskreis Personen ungesetzlich die DDR verließen oder ausgeschleust wurden, unter operative Kontrolle gestellt, wirksam vorbeugend abgesichert und notwendige Veränderungen herbeigeführt werden;

BS:U
000036

- . alle Ersthinweise sofort und zielstrebig bearbeitet und geplante Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR rechtzeitig und wirksam verhindert werden;
- . alle versuchten oder gelungenen Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR im Zusammenhang mit terroristischen Handlungen durch aktive oder ehemalige Angehörige der NVA gründlich untersucht, alle begünstigenden Bedingungen herausgearbeitet und umgehend ausgeräumt werden;
- . alle operativen Hinweise zu Angehörigen der NVA nach deren Entlassung umgehend den territorial oder objektmäßig zuständigen Dienststeinheiten zugeleitet werden.

Linie II

- Aufklärung und Verhinderung des Mißbrauchs der Rechte und Immunitäten von Angehörigen ausländischer Vertretungen nichtsozialistischer und anderer politisch-operativ interessierender Staaten sowie bevorrechteter Personen dieser Länder zur Unterstützung krimineller Menschenhändlerbanden oder Schleuser ohne Verbindung zu Banden durch Zurverfügungstellung kontrollbefreiter Kfz oder ge- oder verfälschter Pässe, Kuriertätigkeit oder andere Handlungen im Rahmen der Durchsetzung meiner Befehle 16/74 und 17/74.
- Aufklärung und Verhinderung der von Angehörigen ausländischer Vertretungen nichtsozialistischer Staaten und von anderen bevorrechteten Personen ausgehenden

Aktivitäten zur feindlich-negativen Beeinflussung und Unterstützung von Bürgern der DDR bei der Vorbereitung oder Durchführung von provokatorisch-demonstrativen Handlungen zum Erzwingen von Reismöglichkeiten, Eheschließungen mit Bürgern kapitalistischer Staaten, Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Übersiedlungen.

- Zielstrebige eigenverantwortliche operative Bearbeitung von Hinweisen auf eventuelles ungesetzliches Verlassen oder staatsfeindlichen Menschenhandel im Zusammenhang mit Spionageverbrechen.

Linie VI

- Organisation und Gestaltung des Kontroll- und Abfertigungsregimes an den Grenzübergangsstellen im engen Zusammenwirken mit dem Zollorgan zur konsequenten Durchsetzung aller erforderlichen Maßnahmen zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie Erarbeitung, Verdichtung und Nutzbarmachung diesbezüglicher Ersthinweise aus der operativen Fahndung, Filtrierung und Vergleichsarbeit.
- Verhinderung von provokatorisch-demonstrativen oder terroristischen Handlungen an den Grenzübergangsstellen und in deren Vorfeld, einschließlich der Organisation geeigneter Vorbeugungsmaßnahmen, im Zusammenwirken mit anderen operativen Linien und Dienstseinheiten sowie den zuständigen staatlichen Organen.

BSU
006038

- Gewährleistung der Sicherheit und Terrorabwehr zur Verhinderung von Flugzeugentführungen und Gewaltakten gegen andere Verkehrsmittel, Verkehrswege und Einrichtungen mit dem Ziel der gewaltsamen Ausschleusung von Personen in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung XXII sowie den Linien VIII und XIX.
- Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels unter Ausnutzung des Reise- und Touristenverkehrs in bzw. über sozialistische Staaten in enger Zusammenarbeit mit den anderen Linien und Dienststeinheiten sowie im engen Zusammenwirken mit den Bruderorganen, das mit der Abteilung X abzustimmen ist.
- Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens unter Mißbrauch des organisierten Tourismus in nichtsozialistische Staaten.
- Organisierung einer effektiven eigenen operativen Vorgangsarbeit zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens, insbesondere durch Gaststättenpersonal der Interhotels und anderer Einrichtungen des Verantwortungsbereiches.
- Einleitung und Durchführung von Fahndungs-, Kontroll-, Avisierungs- und Sperrmaßnahmen.
- Verhinderung von Angriffen auf die Grenzübergangsstellen Straße, Schiene, Häfen und Flughäfen in enger Zusammenarbeit mit den für die Verhinderung

von Mißbrauchshandlungen auf den Transitwegen oder die Sicherung bestimmter Objekte und Territorien verantwortlichen Dienstseinheiten, insbesondere der Linien VIII und XIX sowie den angrenzenden Bezirksverwaltungen/Kreisdienststellen.

- Organisation der umfassenden Nutzung der Möglichkeiten der Zollverwaltung der DDR und ihrer nachgeordneten Einrichtungen zur Erarbeitung von Ersthinweisen auf ungesetzliches Verlassen oder staatsfeindlichen Menschenhandel sowie Verhinderung derartiger Angriffe.

Linie VII

- Zielgerichtete Mitwirkung an der Aufdeckung der Pläne, Absichten und Maßnahmen des Feindes gegen die territoriale Integrität der DDR, die staatliche Sicherheit im Grenzgebiet sowie im grenznahen Hinterland.
- Gestaltung einer wirksamen politisch-operativen Arbeit in der Deutschen Volkspolizei und den anderen Organen des MdI, um gegenwärtige Wirkungsmöglichkeiten zur Organisation des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie des ungesetzlichen Verlassens bzw. von Fahnenfluchten durch Angehörige dieser Organe sowie deren im Haushalt lebende Familienangehörige rechtzeitig zu erkennen und vorbeugend zu verhindern.
- In enger Zusammenarbeit mit den Grenzkreisdienststellen zielstrebige Aufdeckung und Bearbeitung solcher

BSU
000049

Erscheinungen der Feindtätigkeit im Sperrgebiet an der Staatsgrenze, wie Stützpunkte, Anlaufstellen oder Zielpersonen der Kontakttätigkeit sowie vorbeugende Verhinderung von Straftaten des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens durch Täter, die im Schutzstreifen oder Sperrgebiet der Staatsgrenze wohnhaft oder beschäftigt sind.

- Vervollkommnung der operativen Grenzsicherungsmaßnahmen zur Durchsetzung der Vorbeugung, Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung aller Angriffe gegen die Staatsgrenze, insbesondere zur schnellen Schließung erkannter Lücken in den Sicherungssystemen an der Staatsgrenze in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung I.
- Gewährleistung einer wirksamen Hilfe und Unterstützung gegenüber den operativen Diensteinheiten, die operative Materialien oder Vorgänge gegen Personen bearbeiten, die ein ungesetzliches Verlassen durch Überwinden der Staatsgrenze der DDR zur BRD oder Westberlin planen, versuchen oder durchführten.
- Organisierung eines wirksamen operativen Zusammenwirkens mit der Deutschen Volkspolizei und anderen Organen des MfI.

Linie VIII

Gewährleistung und Vervollkommnung der ständigen Funktionsfähigkeit des operativen Sicherungs-, Kontroll- und Beobachtungssystems zur Leistung eines optimalen Beitrages bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels durch

- operative Beobachtung verdächtiger oder in Fahndung stehender Personen oder Kfz. auf der Grundlage von Auftragsersuchen anderer Dienstseinheiten des MfS oder eigener operativ bedeutsamer Feststellungen;
- sorgfältige Dokumentierung aller Mißbrauchshandlungen gemäß Artikel 16 des Transitabkommens, insbesondere solcher, die mit der Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens im Zusammenhang stehen, in enger Zusammenarbeit mit den Dienstseinheiten der Linie VI und im Zusammenwirken mit den verantwortlichen Kräften der Deutschen Volkspolizei und der Zollverwaltung der DDR;
- qualifizierte politisch-operative Abwehrarbeit in Einrichtungen auf den Transitwegen (Straße) zur Klärung der Frage "Wer ist wer?", Aufdeckung und Beseitigung begünstigender Bedingungen;
- Organisierung einer wirksamen Tiefonsicherung der Transitwege (Straße) in enger Zusammenarbeit mit den angrenzenden Bezirksverwaltungen/Verwaltungen/Kreisdienststellen;

BSU
000042

- eigenverantwortliche Bearbeitung von operativen Vorgängen zu Personen und Sachverhalten mit dem Verdacht des ungesetzlichen Verlassens oder des staatsfeindlichen Menschenhandels im Zusammenhang mit dem Transitverkehr;
- Analysierung der politisch-operativen Lage auf und an den Transitwegen (Straße), der angewandten Mittel und Methoden unter Mißbrauch des Transitverkehrs zur Herausarbeitung der politisch-operativen Schwerpunkte;
- Durchsetzung der sich aus dem Befehl 21/74 ergebenden Aufgaben bei der Behandlung bevorrechteter Personen.

Linie IX

- Einschätzung operativer Materialien und Beratung der operativen Dienstseinheiten bei der weiteren Bearbeitung bzw. dem Abschluß derselben zur Gewährleistung der strafrechtlichen und strafprozessualen Anforderungen, der konzentrierten Herausarbeitung der gesetzlichen Tatbestände, der rechtzeitigen Erarbeitung von Beweisen, der Beseitigung begünstigender Bedingungen während und nach Abschluß der Bearbeitung, der Voraussetzungen für die Herauslösung inoffizieller Mitarbeiter und der Anwendung der Differenzierungsgrundsätze insbesondere mit dem Ziel, alle sich im Prozeß der operativen Arbeit ergebenden Möglichkeiten des Eindringens in die kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Zersetzung und endgültigen Zerschlagung zielstrebig zu nutzen.

- Nutzung aller in der Untersuchungsarbeit und bei der Klärung von Vorkommnissen gegebenen Möglichkeiten zur Erarbeitung von Informationen über Mittel und Methoden, beteiligte Kräfte, Auftraggeber, Initiatoren und Organisatoren, begünstigende Bedingungen, Hintergründe, Zusammenhänge und Schwerpunkte und Führung der zentralen Übersicht über alle wesentlichen Untersuchungsergebnisse mit dem Ziel,
 - . über neue Erkenntnisse und wesentliche Untersuchungsergebnisse je nach Bedeutung mich, meine Stellvertreter oder die ZKG zu informieren,
 - . Schlußfolgerungen und Vorschläge für eine effektivere vorbeugende Arbeit zu unterbreiten,
 - . Materialien für offensive Maßnahmen der operativen Dienstseinheiten oder für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vorzubereiten,
 - . die politisch-operative Arbeit und Bekämpfung der Banden durch die Zentrale Operativvorgänge führenden Dienstseinheiten wirksam zu unterstützen,
 - . unter Beachtung der konkreten Bedingungen jedes Einzelfalls richtig zu differenzieren und gegen Personen mit verfestigter feindlich-negativer Einstellung zum Sozialismus die ganze Härte der sozialistischen Gesetzlichkeit in Anwendung zu bringen bzw. Personen zum Kampf gegen die Banden oder für andere Maßnahmen im Operationsgebiet zu gewinnen.

BSTU
000044

Die Leiter der Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben dazu die unverzügliche direkte Weiterleitung entsprechender Informationen an die Hauptabteilung IX sicherzustellen und die Leiter der Bezirksverwaltungen bzw. BKG zu informieren.

- Organisation des engen Zusammenwirkens mit der Arbeitsrichtung II der Deutschen Volkspolizei in der Untersuchungstätigkeit zur Sicherung eines einheitlichen Vorgehens und der Erarbeitung von Informationen von hohem Wert für die Organisierung des Kampfes gegen das ungesetzliche Verlassen und den staatsfeindlichen Menschenhandel durch das MfS, die Deutsche Volkspolizei und andere zuständige Organe und Einrichtungen.
- Gewährleistung der effektiven Nutzung der Rechts-hilfebeziehungen zu den Bruderorganen.

Verantwortung und Hauptaufgabe der Abteilung X

Gewährleistung eines engen Zusammenwirkens mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten in Abstimmung mit der ZKG, den Hauptabteilungen II, VI, IX sowie den auftraggebenden Dienst-einheiten.

BSU
000045Linie XVIII

Im Rahmen der komplexen Sicherung der Volkswirtschaft ist zu gewährleisten:

- Aufdeckung und Verhinderung der feindlichen Einflußnahme und Förderung der Entschlußfassung zur Durchführung von Diversionsakten, Herbeiführung von Bränden, Havarien, Störungen im volkswirtschaftlichen Bereich mittels der politisch-ideologischen Diversion, durch Kontakte und Verbindungen als Vorbedingung der Organisation und Finanzierung von Ausschleusungen und der Sicherung günstiger Startbedingungen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Ländern sowie Westberlin.
- Durchführung qualifizierter Sicherheitsüberprüfungen vor Einsatzbestätigungen, differenzierter Wiederholungsüberprüfungen oder einer wirksamen politisch-operativen Personenkontrolle bei besonders gefährdeten Personen bzw. Personengruppen, die zu den Zielgruppen des Gegners gehören, wie Reiskader, Spitzengeheimnisträger, Angehörige der wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Angehörige des betrieblichen Gesundheitswesens oder andere Spezialisten, die Abwerbungsversuchen des Gegners ausgesetzt sind, zur vorbeugenden Absicherung dieser Personen vor Angriffen des Gegners, Sicherung der in der Fischereiflotte beruflich tätigen Personen.
- Organisation einer effektiven Kontrolle aller aus dem nichtsozialistischen Ausland einreisenden Personen mit unmittelbaren Kontakten in Objekte der Verantwortungsbereiche zur Vorbeugung von negativen und feindlichen Beeinflussungsversuchen und der Vorbereitung eines

BSU
000046

ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere Verhinderung von Schleusungsvorhaben durch sogenannte Privat- oder Einzelschleuser, durch solche Personen aus dem nichtsozialistischen Ausland, die sich aus beruflichen Gründen längere Zeit in der DDR aufhalten und feste Kontakte schließen..

- Operative Einflußnahme auf die Ministerien, Vereinigungen Volkseigener Betriebe, Kombinate, Betriebe und andere Einrichtungen zur qualifizierten Realisierung des Destätigungsverfahrens von Einsatzkadern, des Genehmigungsverfahrens für Reisen in das nichtsozialistische Ausland einschließlich spezieller sozialistischer Länder, der Wiedereingliederung Haftentlassener sowie einer umfassenden vorbeugenden Tätigkeit gemäß Artikel 3 StGB durch die Leiter dieser Organe und Einrichtungen sowie die Offiziere im besonderen Einsatz und Sicherheitsbeauftragten.

- Umfassende Nutzung der inoffiziellen Basis, besonders der Reisekader in das nichtsozialistische Ausland, zur Aufdeckung und Aufklärung von Absichten von Wirtschaftsunternehmen oder feindlichen Stellen, bestimmte Spezialisten abzuwerben oder den vorhandenen Mangel an speziellen Fachkräften auf Kosten der DDR zu beseitigen.

BSU
000047Linie XIX

Im Rahmen der komplexen Sicherung des Verkehrswesens ist zu gewährleisten:

- Vorbeugende Absicherung der im grenzüberschreitenden Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft beruflich tätigen Personen zur Verhinderung der Abwerbung durch den Gegner, des ungesetzlichen Verlassens und der Einbeziehung in die Organisation terroristischer Anschläge oder des staatsfeindlichen Menschenhandels.
- Wirksame Außen- und Tiefensicherung der Transitwege per Schiene und Wasser;
Sicherung der Flugtechnik der Interflug sowie der Handels- und Verkehrsschiffe im engen Zusammenwirken mit den Dienststeinheiten der Linie VI und den Kreisdienststellen.
- Ständiges enges Zusammenwirken mit den Zugbegleitkommandos, der Deutschen Volkspolizei/Wasserschutz sowie den Arbeitsrichtungen I und II der Transportpolizei/K zum rechtzeitigen Erkennen und Verhindern des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie zur umfassenden Aufklärung aller durch die Transportpolizei/K bearbeiteten Straftaten.
- Operative Einflußnahme auf die Einrichtungen des Verkehrswesens zur qualifizierten Wahrnehmung der Verantwortung im Rahmen der Bestätigungsverfahren von Einsatzkadern, der Genehmigungsverfahren für Reisen in

das nichtsozialistische Ausland, einschließlich spezieller sozialistischer Länder, der Wiedereingliederung Haftentlassener sowie zur umfassenden vorbeugenden Tätigkeit gemäß Artikel 3 StGB durch die Leiter dieser Organe und Einrichtungen sowie die Offiziere im besonderen Einsatz und Sicherheitsbeauftragten.

Linie XX

- Wirkungsvolle, umfassende und komplexe Vorbeugung unter den im Bereich des Gesundheitswesens besonders konzentriert angegriffenen Zielgruppen des Gegners, wie Ärzte spezieller Fachrichtungen und anderer dort tätiger Fachkräfte sowie von Medizinstudenten, im Zusammenwirken mit den verantwortlichen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen sowie Aufklärung und Verhinderung aller Angriffe des Gegners zur Organisierung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels in Abstimmung mit der ZKG und enger Zusammenarbeit mit den operativen Linien und Diensteinheiten, die über objektive Möglichkeiten zur Unterstützung dieser Aufgabenstellung verfügen.

Das erfordert vor allem die Lösung folgender Aufgaben:

1. Die Stärkung und Festigung des Kaderbestandes und die Qualifizierung und Vervollkommnung der inoffiziellen Basis als Hauptansatzpunkte der weiteren Entwicklung der politisch-operativen Abwehrarbeit.

BSTU
000049

2. Die Gewährleistung einer größeren Planmäßigkeit, Systematik und Zielstrebigkeit in der Durchsetzung der politisch-operativen Prozesse. In den zuständigen Dienstseinheiten sind unter Federführung der Linie XX die vorhandenen Sicherungs- und Bearbeitungskonzeptionen zu präzisieren bzw. neu zu erarbeiten.
3. Die bisherigen Maßnahmen zur Umstrukturierung und Kräftekonzentration in den Abteilungen XX und größeren Kreisdienststellen haben sich bewährt und sind überall konsequent durchzusetzen. Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben die dazu erforderlichen Umbesetzungen vorhandener befähigter und erfahrener operativer Kader sowie Neuzuführungen von Kadern zur Kräftekonzentration zu gewährleisten. Die verschiedenen Aufgabengebiete im Bereich Gesundheitswesen (staatliches Gesundheitswesen, Bereich Medizin der Universitäten und Hochschulen, Sportmedizin) und die dafür eingesetzten operativen Mitarbeiter sind in den Abteilungen XX bzw. Kreisdienststellen einer einheitlichen Leitung zu unterstellen.
4. Es ist zu gewährleisten, daß alle Informationen, Ersthinweise und Anhaltspunkte ständig lückenlos erfaßt, gespeichert, analytisch verarbeitet und dort einer differenzierten, zügigen und konzentrierten operativen Bearbeitung zugeführt werden, wo die günstigsten Möglichkeiten gegeben sind.

5. Für die Entwicklung und Vervollkommnung der IM-Arbeit als wesentliche Voraussetzung einer qualifizierten Vorgangsbearbeitung, -entwicklung und OPK ist die weitere Intensivierung und Qualifizierung der Arbeit mit den vorhandenen IM und die systematische Erweiterung der inoffiziellen Basis von entscheidender Bedeutung.

Das erfordert u. a. die Schaffung perspektivvoller IM-Vorläufe aus den Abiturklassen der erweiterten Oberschulen und besonders in den ersten Studienjahren.

- Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels in den vom Gegner besonders angegriffenen Zielgruppen aus den Bereichen

- . des Hoch- und Fachschulwesens,
- . der Volksbildung sowie
- . des Leistungssports und
- . unter der Jugend

in Zusammenarbeit mit anderen Linien und Dienststellen, insbesondere der Linie XVIII sowie den Kreisdienststellen/Objektdienststellen.

- Wirkungsvolle vorbeugende Absicherung des Flug- und Tauchsports der GST zur Verhinderung einer Ausnutzung zum ungesetzlichen Verlassen oder Durchführung von terroristischen Aktionen in enger Zusammenarbeit, insbesondere mit den Kreisdienststellen/Objektdienststellen.
- Vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung der Einbeziehung von Amateurfunkern in den staatsfeindlichen Menschenhandel.

BSU
000051

- Operative Einflußnahme auf die zum Verantwortungsbereich gehörenden anderen Organe und Einrichtungen zur qualifizierten Bestätigung von Einsatzkadern, Genehmigung für Reisen in das nichtsozialistische Ausland, einschließlich spezieller sozialistischer Länder, Wiedereingliederung Haftentlassener, sowie zur umfassenden vorbeugenden Tätigkeit gemäß Artikel 3 StGB durch die Leiter dieser Organe und Einrichtungen sowie Offiziere im besonderen Einsatz und Sicherheitsbeauftragte.

Verantwortung und Aufgaben der speziellen Dienst-
einheiten M, PZF, 26 und III

- Qualifizierte Realisierung der durch die operativen Dienstseinheiten übergebenen Kontrollaufträge zur Feststellung operativ bedeutsamer Kontakte und übermittelter Informationen über diese Delikte auf dem Post-, Fernmelde- und Funkweg.
- Aufdeckung von Verbindungen, die zur politisch-ideologischen Diversion, der Abwerbung, der Vereinbarung von Treffs, zur Übersendung von Tatmitteln usw. genutzt werden und unverzügliche Übergabe dieser Informationen an die dafür zuständigen Dienstseinheiten.
- Aufdeckung von Nachrichtenverbindungen, die zur unmittelbaren Durchführung des staatsfeindlichen Menschenhandels dienen, um damit Voraussetzungen für offensive Maßnahmen bei der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden zu schaffen.

- Nutzung aller Möglichkeiten zur Leistung eines qualifizierten Beitrages zur Lösung der Aufgaben gemäß der vorliegenden Instruktion Teil II - V und den von der ZKG bzw. den DKG zu übergebenden Informationsanforderungen, die ständig zu präzisieren und zu ergänzen sind.

Abteilung Agitation

- Mitwirkung an der Lancierung entlarvender oder kompromittierender Informationen in Massenkommunikationsmitteln des Operationsgebietes zur Verunsicherung und Zersetzung der kriminellen Menschenhändlerbanden, Bloßstellung der Initiatoren und Hintermänner sowie der sie unterstützenden staatlichen Organe der BRD, anderer nichtsozialistischer Staaten und Westberlins in enger Zusammenarbeit mit der ZKG und der Hauptverwaltung A.
- Organisierung einer wirksamen Pressarbeit und Nutzung von Film, Fernsehen, Rundfunk und Literaturwesen der DDR zur Entlarvung der kriminellen und staatsfeindlichen Zielstellungen der Menschenhändler sowie zur Festigung des Staats- und Rechtsbewußtseins der DDR-Bürger.
- Qualifizierte Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Diensteinheiten durch Bereitstellung geeigneten, zur Veröffentlichung oder öffentlichen Auswertung freigegebenen Materials, wie Dokumentationen, Bildmaterial, Vernehmungsauszüge u. a., in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung IX und der ZKG.

BSU
000053Abteilung XXII

- Sicherung der Sofortinformationen von seiten der politisch-operativen Dienstseinheiten bei Vorliegen dringender Verdachtshinweise sowie Tatausübungen des Terrors im Zusammenhang mit §§ 105/213 StGB.
- Vorbeugende Ausarbeitung von Varianten des Kräfteinsatzes und des Zusammenwirkens mit anderen Dienstseinheiten.
- Sicherung einer ständigen Übersicht über Erscheinungen des Terrors hinsichtlich §§ 105/213 StGB in Zusammenarbeit mit der ZKG.

Verantwortung und Hauptaufgaben der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG)

Die ZKG gewährleistet auf der Grundlage meines Befehls 1/75 und dieser Instruktion in enger Zusammenarbeit mit den Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen des MfS sowie den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen das einheitliche, planmäßige und koordinierte Vorgehen aller Dienstseinheiten gemäß den in diesen Führungsdokumenten getroffenen Regelungen.

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)

Die ZAIG gewährleistet auf der Grundlage der Regelungen meines Befehls 1,75 und dieser Instruktion in enger Zusammenarbeit mit der ZKG die Nutzung des einheitlichen

Auswertungs- und Informationssystem gemäß Befehl
299/65 zur

- weiteren Qualifizierung der Informations-, Auswertungs- und analytischen Tätigkeit sowie
- zur umfassenden und qualifizierten Informierung der Partei- und Staatsführung.

3.3. Abgrenzung der spezifischen Verantwortung der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen, Kreis- und Objektdienststellen

3.3.1. Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben zu gewährleisten, daß die Aufgaben- und Maßnahmenkomplexe zur abgestimmten und koordinierten Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels als untrennbarer Bestandteil der Grundaufgabe des MfS in Übereinstimmung mit der spezifischen Struktur des Bezirkes und der konkreten politisch-operativen Situation im Verantwortungsbereich durch alle Dienstleistungen vorrangig in hoher Qualität verwirklicht werden.

Sie haben durch eine straffe Führungs- und Leitungstätigkeit und eine qualifizierte Tätigkeit der Bezirkskoordinierungsgruppe zu sichern:

BSTU
000055

- Wahrnehmung und Durchsetzung der den Linien und Dienststeinheiten in meinem Befehl 1/75 und der vorliegenden Instruktion übertragenen Verantwortlichkeiten und Hauptaufgaben sowie schöpferische Verwirklichung der in den Teilen II - V dieser Instruktion gegebenen Orientierungen.
- Abstimmung aller wesentlichen Aufgaben und Maßnahmen zwischen den Dienststeinheiten der Bezirksverwaltungen, mit Dienststeinheiten anderer Bezirksverwaltungen und den Hauptabteilungen und mit der ZKG sowie die Organisation einer wirksamen Hilfe für die Kreisdienststellen/Objektdienststellen.
- Gewährleistung der ständigen aktuellen Gesamtübersicht über die politisch-operative Lage zur Schwerpunktbestimmung und operativen Durchdringung des Gesamtverantwortungsbereiches.
- Gewährleistung der schwerpunktmäßigen und zielstrebigem Bearbeitung operativer Vorgänge in enger Zusammenarbeit mit der ZKG und den die ZOV führenden Dienststeinheiten.
- Gewährleistung der Sofortmeldepflicht an die ZKG sowie eines ständigen Informationsflusses zur Übermittlung neuer Erfahrungen und Erkenntnisse über Angriffsrichtungen, Mittel und Methoden des Feindes und der Feindbekämpfung an die ZKG und die operativen Dienststeinheiten des Verantwortungsbereiches.

BSU
000056

- Organisation eines engen, ununterbrochenen ~~Zu-~~sammenwirkens mit der Deutschen Volkspolizei und den anderen Organen des MdI in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, die in den Aufgaben/Verantwortlichkeiten der Linie VII bestimmt sind, sowie den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben und Einrichtungen im Territorium zur Sicherung einer wirksamen abgestimmten Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung von Delikten des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels.

- Gewährleistung einer wirkungsvollen Vergleichs- und Verdichtungsarbeit mit allen in den Dienstseinheiten des Verantwortungsbereiches vorhandenen Speichern sowie denen anderer Organe und Einrichtungen.

- Gewährleistung einer qualifizierten Informationstätigkeit gegenüber der Partei- und Staatsführung des Bezirkes.

3.3.2. Kreis- und Objektdienststellen

Zur Durchsetzung der dem MfS insgesamt, den Linien sowie den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen im Befehl 1/75 und der vorliegenden Instruktion gestellten Aufgaben haben die Leiter der Kreisdienststellen/Objektdienststellen in Übereinstimmung und unter Berücksichtigung der

- . speziellen Struktur ihres Kreises oder Objektes und
- . der konkreten politisch-operativen Situation

zu sichern:

BSU
000057

- Exakte Bestimmung der Schwerpunktbereiche, Herausarbeitung und Präzisierung der vom Gegner angegriffenen Zielgruppen und -personen des Verantwortungsbereiches sowie Bestimmung und ständige Präzisierung der politisch-operativen Schwerpunkte zur wirksamen Verhinderung und Bekämpfung dieser Delikte/Angriffe des Gegners.
- Organisation einer wirkungsvollen Vorbeugung in den festgelegten Schwerpunktbereichen sowie unter den vom Gegner angegriffenen Zielgruppen/-personen.
- Zielstrebige operative Überprüfung und Bearbeitung aller Hinweise in enger Koordinierung mit der Bezirkskoordinierungsgruppe und den die ZOV führenden Dienststeinheiten.
- Abstimmung und Koordinierung notwendiger Aufgaben und Maßnahmen zur Lösung der Gesamtaufgabenstellung des MfS mit anderen Dienststeinheiten und der Realisierung dieser abgestimmten Aufgaben und Maßnahmen.
- Effektives Zusammenwirken mit den im Verantwortungsbereich wirkenden Schutz-, Sicherheits- und Staatsorganen, Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen und anderen Einrichtungen, insbesondere der Deutschen Volkspolizei und den Organen des MdI gemäß den Festlegungen der Verantwortung/Hauptaufgaben der Linie VII.

BS:U
000058

- Lückenlose Speicherung aller Hinweise in der Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei oder/und Korbblockkartei, qualifizierte Vergleichs- und Verdichtungsarbeit, Einhaltung der Sofortmeldeordnung und des ständigen Informationsflusses über alle anderen operativ relevanten Erscheinungen an die Auswertungs- und Informationsgruppe und die Bezirkskoordinierungsgruppe der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen sowie die die ZOV führenden Dienstseinheiten.

- Schwerpunktorientierte qualifizierte Informations-tätigkeit an den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung sowie den Vorsitzenden des Rates des Kreises.

BS:U
001059

Teil II

Die Anforderungen an die gesamtgesellschaftliche und politisch-operative Vorbeugung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels

Teil II

1. Die Vorbeugung als gesamtgesellschaftliches Anliegen und die daraus erwachsenden grundlegenden Anforderungen an das MfS. 61 - 63
2. Der Einsatz der operativen Kräfte, Mittel und Methoden der Linien und Dienstseinheiten des MfS zur Vorbeugung. 63 - 71
3. Das Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften zur Erhöhung der Wirksamkeit der gesamtgesellschaftlichen Vorbeugung. 71 - 78

1. Die Vorbeugung als gesamtgesellschaftliches Anliegen und die daraus erwachsenden grundlegenden Anforderungen an das MfS

Die entscheidende Grundlage und Voraussetzung für immer wirksamere Erfolge im Kampf gegen diese gefährlichen Aktivitäten des Feindes besteht in der konsequenten Erfüllung der vom VIII. Parteitag der SED gestellten politischen, ökonomischen und ideologischen Aufgaben der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die darauf gerichtet sind, "alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen".

(Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Gen. Erich Honecker, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 5)

Durch diese Politik unserer Partei werden die Lebensbedingungen der Menschen in der DDR weiter verbessert, die Vorzüge des Sozialismus treten immer offener zutage, die DDR wird allseitig gestärkt und der Handlungsspielraum des Gegners systematisch eingeengt.

Durch den zuverlässigen Schutz dieser Entwicklung und die allseitige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit vor allen subversiven Angriffen des Feindes sind durch die Linien und Dienstseinheiten des MfS entscheidende Voraussetzungen für die weitere Einschränkung und Zurückdrängung des ungesetzlichen Verlassens und für immer erfolgreichere Schläge gegen den staatsfeindlichen Menschenhandel zu schaffen.

BSTU
000062

Dabei ist von dem untrennbaren Zusammenhang aller Sicherungsaufgaben des MfS auszugehen.

Auf der Grundlage der gemeinsamen Verantwortung aller staatlichen Organe, gesellschaftlichen Kräfte und Bürger für den wirksamen Schutz unserer sozialistischen Errungenschaften ist der unmittelbar gegen das ungesetzliche Verlassen und den Menschenhandel gerichtete gesamtgesellschaftliche Kampf - einschließlich des politisch-operativen - zielstrebig und auf breiterer Basis zu führen. Dazu sind die im Ergebnis der erfolgreichen sozialistischen Entwicklung wachsenden Potenzen und Möglichkeiten unserer Gesellschaft zu erkennen und voll nutzbar zu machen.

Umfassende gesellschaftliche und politisch-operative Vorbeugung und möglichst frühzeitiges Aufklären und Verhindern des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels sind der Hauptweg zur Erhöhung der Wirksamkeit des Kampfes gegen diese Form der Feindsätigkeit.

Die gesamtgesellschaftliche Vorbeugung ist darauf gerichtet, es dem Gegner durch gezielte und aufeinander abgestimmte staatliche, gesellschaftliche und politisch-operative Maßnahmen im Innern der DDR und im Operationsgebiet unmöglich zu machen, Bürger der DDR zu dem Entschluß zu veranlassen, ihre sozialistische Heimat preiszugeben.

Als entscheidenden Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Vorbeugung haben die Linien und Dienstseinheiten des MfS - entsprechend ihrer Verantwortung für die allseitige

BStU
000063

Gewährleistung der staatlichen Sicherheit vor den subversiven Aktivitäten des Feindes - die Wirksamkeit der politisch-operativen Vorbeugung durch Einsatz aller tschekistischen Mittel, Methoden und Potenzen ständig zu erhöhen.

Ausgehend vom engen Zusammenhang von Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels ist ein hohes Niveau kameradschaftlicher Zusammenarbeit der Linien und Dienstseinheiten des MfS zu gewährleisten.

2. Der Einsatz der operativen Kräfte, Mittel und Methoden der Linien und Dienstseinheiten des MfS zur Vorbeugung

Zur weiteren Erhöhung der Wirksamkeit der Vorbeugung sind die Schwerpunkte in allen Dienstseinheiten zu erarbeiten. Dabei ist die in meinem Referat vom 15. August 1973 über die weitere Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen gegebene Orientierung unter Berücksichtigung der jeweiligen Spezifik in allen Dienstseinheiten zu verwirklichen.

Die Dienstseinheiten haben die Schwerpunktbereiche des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels in ihrem Verantwortungsbereich zu bestimmen und gründlich zu durchdringen. Im Ergebnis dieser Durchdringung der Schwerpunktbereiche sind die Objekte, Personengruppen und Personen festzulegen, die zu sichern sind.

BSTU
000064

Bei der Bestimmung der Schwerpunktbereiche und zur allseitigen Vorbeugung in ihren Territorien und Objekten haben die Linien und Dienstseinheiten insbesondere folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- bereits erkannte Konzentrationspunkte für das ungesetzliche Verlassen und den Menschenhandel;
- Personen und Personengruppen, an denen der Gegner besonders interessiert ist, und durch deren ungesetzliches Verlassen der DDR ein besonders großer ökonomischer oder politischer Schaden entstehen würde, z. B. Angehörige der medizinischen, wissenschaftlich-technischen und pädagogischen Intelligenz;
- Einrichtungen, in denen Angehörige dieser vorrangigen Zielgruppen des Gegners konzentriert sind, z. B. Krankenhäuser, Institute, Forschungs- und Entwicklungsbüros der volkseigenen Industrie, Universitäten, Hoch- und Fachschulen, polytechnische und erweiterte Oberschulen;
- Personen und Personengruppen, die auf Grund ihrer negativen Einstellung zur DDR und eines ausgeprägten Hanges zur westlichen Lebensweise besonders anfällig sind, sowie Jugendliche mit politisch-ideologisch ungefestigter Haltung;
- Personen mit intensiven, politisch-operativ relevanten Westverbindungen;
- Personen, die enge Beziehungen zu Personen unterhielten oder unterhalten, die die Republik ungesetzlich oder legal verlassen haben;

BSU 000065

- Personen in Konfliktsituationen;
- Konzentrationspunkte begünstigender Bedingungen und Umstände für das ungesetzliche Verlassen im Arbeits- und Freizeitbereich;
- Personen, die über besonders günstige Voraussetzungen für ein ungesetzliches Verlassen verfügen;
- Objekte und Territorien, die zur Durchführung von Vorbereitungshandlungen für Schleusungen und Grenzdurchbrüche sowie zur Durchführung der Verbrechen selbst besonders geeignet sind, z. B. Gaststätten an Transitstrecken, touristische Einrichtungen, die von Besuchern aus nichtsozialistischen Staaten bevorzugt werden, Objekte im Grenzgebiet sowie dort tätige oder wohnhafte Personen.

Dabei ist zu gewährleisten, daß sich abzeichnende Veränderungen der Zielgruppen und Konzentrationspunkte sowie der Mittel und Methoden des ungesetzlichen Verlassens und des Menschenhandels rechtzeitig erkannt werden.

Für die Zentrale Koordinierungsgruppe ergibt sich in diesem Zusammenhang die Aufgabe,

- Erkenntnisse über Veränderungen und sich abzeichnende Tendenzen der gegnerischen Angriffe zu verallgemeinern,
- in Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung A die Entwicklung der Arbeitskräftemarktsituation in der BRD vorausschauend zu analysieren,

BS:U
000066

- die Dienstseinheiten rechtzeitig über sich daraus ergebende und zu erwartende Veränderungen hinsichtlich der Schwerpunktbereiche sowie der Art und Weise des gegnerischen Vorgehens zu informieren.

Ausgehend von der ständigen Analysierung der Verantwortungsbereiche ist durch Sicherungs- bzw. Bearbeitungskonzeptionen, Operativpläne oder kontrollfähige Festlegungen in den Arbeitsplänen zu gewährleisten, daß die vorbeugende Tätigkeit in den erkannten Schwerpunktbereichen und im Rahmen der zu lösenden Aufgaben- und Maßnahmenkomplexe konzentriert und intensiv organisiert wird.

Die Linien und Dienstseinheiten haben als entscheidende Voraussetzung für die wirksame Gestaltung der Vorbeugung verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um mehr aussagekräftige Informationen zu erlangen über

- das gegnerische Vorgehen zur Forcierung des ungesetzlichen Verlassens und des Menschenhandels, die personellen und territorialen Hauptangriffspunkte des Gegners, die dabei angewandten Mittel, Wege und Methoden;
- besonders gefährdete Personen und Personenkreise, Objekte und Konzentrationspunkte;
- begünstigende Bedingungen usw.

Zur Sicherung des erforderlichen Informationsaufkommens sind folgende Aufgaben zu lösen:

55:U
004067

- Die vorhandene inoffizielle Basis ist effektiver zu nutzen und neue geeignete IM sind zu gewinnen. Insbesondere in den Schwerpunktbereichen des ungesetzlichen Verlassens und des Menschenhandels ist eine intensive und zielstrebige Arbeit mit geeigneten IM und GMS zu gewährleisten.

Die Möglichkeiten der inoffiziellen Kräfte, im Arbeits- und Freizeitbereich Informationen zu gewinnen, die für die Vorbeugung bedeutsam sind, müssen erkannt und allseitig genutzt werden. Dazu ist es erforderlich, die IM qualifiziert anzuleiten, zu instruieren und ihnen konkrete Aufträge zu erteilen.

- Die OPK ist für die Erlangung von Informationen zur wirksamen Vorbeugung voll zu nutzen.
- Die erarbeiteten Kenntnisse und Informationen sind den für die Lösung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche verantwortlichen Dienstseinheiten zur Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

In Auswertung der gewonnenen politisch-operativen relevanten Erkenntnisse und Informationen sind differenzierte politisch-operative Aktivitäten zur Vorbeugung unter Einsatz spezifischer operativer Kräfte, Mittel und Methoden einzuleiten und zielstrebig durchzuführen zur

- Auflösung negativer Gruppierungen bzw. zur Herauslösung gefährdeter Personen aus solchen Gruppierungen;

- Unterbindung politisch-operativ relevanter Kontakte sowie anderer negativer Einflüsse auf gefährdete Personen und Personengruppen;
- Verstärkung positiver politisch-ideologischer Einflüsse auf gefährdete Personen und Gruppen;
- Entwicklung persönlicher, gesellschaftlicher oder politischer Bindungen gefährdeter Personen in der DDR;
- Lösung von Konfliktsituationen im Arbeitsprozeß, im gesellschaftlichen oder persönlichen Leben;
- rechtzeitigen Herauslösung von Personen, die beabsichtigen, die DDR ungesetzlich zu verlassen, aus speziellen Funktionen und Bereichen;
- Beseitigung anderer begünstigender Bedingungen;
- wirksamere Gestaltung der operativen Kontrolle gefährdeter Personen und Personengruppen, Objekte, Territorien usw.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der vorbeugenden Tätigkeit sind die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit im MfS entsprechend meiner Richtlinie zielstrebig zu nutzen.

Wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit ist die Durchsetzung des Beschlusses des ZK "Die nächsten Aufgaben zur Erläuterung des sozialistischen

Rechts sowie zur Festigung und weiteren Entwicklung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen" vom 7. 5. 1974.

Die Öffentlichkeitsarbeit hat einen wirksamen Beitrag zur weiteren "Kriminalisierung" des ungesetzlichen Verlassens in den Augen der Öffentlichkeit zu leisten. Alle Vorhaben der Öffentlichkeitsarbeit sind mit den zuständigen Parteiorganen abzustimmen.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist vor allem auszurichten auf

- Diskreditierung der Menschenhändlerbanden und ihrer Hintermänner, differenzierte Darstellung der Mitglieder solcher Banden als skrupellose kriminelle Geschäftemacher und eingefleischte Feinde der sozialistischen Gesellschaftsordnung;
- eindeutige aber differenzierte Verurteilung der Verhaltensweise der Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben oder ein solches Verlassen planen, sowie der darin zum Ausdruck kommenden politisch und moralisch verwerflichen und verantwortungslosen Haltung der Gesellschaft, ihren Arbeitskollektiven, ihren Angehörigen, Patienten usw. gegenüber;
- Darstellung der mit Schleusungen und Grenzdurchbrüchen verbundenen Gefahren und Risiken für Gesundheit und Leben und der skrupellosen Versuche der Menschenhändler, die zu Schleusenden wider besseren Wissens über diese Gefahren zu täuschen.

BS:U
000010

Für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit des MFS sind alle geeigneten und bewährten Mittel und Methoden einzusetzen, insbesondere

- Veröffentlichungen in der Tagespresse und in Wochenzeitschriften, im Hörfunk, Fernsehen der DDR;
- spezielle Publikationen und Dokumentationen;
- Veranlassung und Förderung literarischer und künstlerisch-dramatischer Projekte (z. B. Filme, Fernsehspiele, Hörspiele, Reportagen, Erzählungen, Romane, Theaterstücke usw.);
- Ausstellungen;
- Vorträge, Foren und Aussprachen mit ausgewählten Personenkreisen, vor allem in Schwerpunktbereichen. Es sollten geeignete Rückkehrer und andere Personen, die mit den skrupellosen Praktiken der Menschenhändler in Berührung gekommen sind, auftreten. Personen, die über ein hohes politisches, fachliches und persönlich-moralisches Ansehen verfügen, sind für Stellungnahmen gegen das ungesetzliche Verlassen und den staatsfeindlichen Menschenhandel zu gewinnen.
- Vorträge und Aussprachen, an denen Angehörige der Organe des Zusammenwirkens teilnehmen.

Geeignete inoffizielle Verbindungen sind zu nutzen, um durch gezielte Informationen und Argumente auf die Willensbildung und Entschlußfassung gefährdeter Personen und Personengruppen vorbeugend Einfluß zu nehmen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit sind alle bereits vorhandenen Informationsmaterialien, Dokumentationen, Prozeßergebnisse usw. zu nutzen.

Die Dienstseinheiten haben unter Wahrung der Konspiration geeignete abgeschlossene Vorgänge sowie andere im Prozeß der operativen Arbeit herausgearbeitete und dokumentierte Erkenntnisse der ZKG bzw. den BKG zu übergeben. Die ZKG bzw. BKG organisieren die Auswertung dieser Materialien in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Agitation bzw. den Kollektiven für Öffentlichkeitsarbeit der Bezirksverwaltungen sowie den zuständigen Dienstseinheiten. Die ZKG stellt den BKG geeignete Materialien für ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

3. Das Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften zur Erhöhung der Wirksamkeit der gesamtgesellschaftlichen Vorbeugung

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der gesamtgesellschaftlichen vorbeugenden Tätigkeit sind die leitenden Parteiorgane über im Ergebnis der politisch-operativen Arbeit gewonnene relevante Erkenntnisse und Feststellungen systematisch zu informieren, um sie noch besser in die

Lage zu versetzen, die führende Rolle der Partei durchzusetzen und die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Kräfte zur Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen und den staatsfeindlichen Menschenhandel zu mobilisieren.

Zur Mobilisierung und vollen Nutzung der spezifischen Möglichkeiten und Potenzen anderer staatlicher Organe und gesellschaftlicher Kräfte haben die Organe des MfS das zielstrebige, kameradschaftliche Zusammenwirken mit diesen Organen und Kräften zu organisieren. Dabei ist die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung dieser Organe und Kräfte zu achten und zu entwickeln.

Die Organe für Staatssicherheit haben vor allem folgende Aufgaben zu lösen:

- Hilfe für das Verstehen der Gefährlichkeit des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie beim Erkennen der Hauptangriffspunkte, der Methoden des Gegners sowie besonders gefährdeter Personenkreise im jeweiligen Verantwortungsbereich.

Einflußnahme auf den konzentrierten Einsatz der Potenzen anderer staatlicher Organe und gesellschaftlicher Kräfte in den erkannten Schwerpunktbereichen.

- Schaffung von Voraussetzungen für die wirksamere Gestaltung einer offensiven politisch-ideologi-

BS:U
000073

schen Arbeit durch Orientierung auf spezifische Angriffsrichtungen und Methoden, Zielgruppen, Träger und Auswirkungen der politisch-ideologischen Diversion im jeweiligen Verantwortungsbereich.

- Unterstützung für sicherheitspolitisch zweckmäßige Kaderentscheidungen, z. B. bei der Zulassung zum Hochschulstudium, bei Auslandseinsätzen, Einsätzen als Reisekader, beim Einsatz im unmittelbaren Grenzgebiet, bei der Besetzung leitender Positionen im Staats- und Wirtschaftsapparat usw. und für die Arbeit mit solchen Kadern.
- Hilfe und aktive Unterstützung bei der Aufdeckung und Beseitigung von begünstigenden Bedingungen und Umständen wie

negative Einflüsse, Gruppierungen und Personen,

negative oder operativ relevante Westkontakte,

Verletzung der Beschlüsse der Partei und der sozialistischen Gesetzlichkeit,

Störungen von Ordnung und Sicherheit,

moralische Zersetzungserscheinungen,

Mißachtung der Grundsätze der sozialistischen Menschenführung,

BSU
000074

mangelnde Kontrolle über die Einhaltung und Durchsetzung der Bestimmungen über die Meldung von Westkontakten und das Nichteingehen solcher Verbindungen durch Personen, denen die Unterhaltung solcher Verbindungen nicht gestattet ist,

unzureichende politisch-ideologische Arbeit,

formale Arbeit mit Reisekadern,

persönliche Konfliktsituationen bei Bürgern usw.

- Einflußnahme auf die eigenverantwortliche Erfüllung der Aufgaben zur allseitigen Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung durch die entsprechenden staatlichen Organe und Leiter in Durchsetzung rechtlicher Bestimmungen und zur vollen und wirksamen Wahrnehmung der dazu gewährten Befugnisse.

Zur effektiven Gestaltung des Zusammenwirkens mit anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften sind zielstrebiger und systematischer offizielle Kontakte zu deren Leitern und Funktionären zu entwickeln.

Dabei sind diese - unter Wahrung der Konspiration - über solche im Zuge der politisch-operativen Arbeit erlangten Erkenntnisse und Feststellungen zu informieren, die es ihnen ermöglichen, die vorbeugende

BSU
000075

Tätigkeit wirksamer zu führen und die erforderlichen eigenen Entscheidungen mit hoher Sachkenntnis zu treffen. Die notwendigen Maßnahmen sind in kameradschaftlicher Weise zu beraten und abzustimmen.

Darüber hinaus sind geeignete inoffizielle Verbindungen zu Leitern oder Mitarbeitern solcher Organe, Organisationen und Einrichtungen unter Beachtung und Entwicklung der Eigenverantwortlichkeit derselben zu nutzen und auszubauen.

Soweit es sich zur Durchsetzung der gegebenen Hinweise, insbesondere zur konsequenten Beseitigung der als begünstigende Bedingungen festgestellten Mängel und Mißstände als notwendig erweist, sind folgende Möglichkeiten zu nutzen:

- Hinweise an übergeordnete Organe, Leitungen bzw. Leiter.
- Informierung des zuständigen Staatsanwalts bzw. des zuständigen Organs der Arbeiter- und Bauern-Inspektion, um diese Organe in die Lage zu versetzen, die ihnen zur Bekämpfung von Verstößen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit zur Verfügung stehenden Befugnisse wahrzunehmen.
- Anregung einer Gerichtskritik bei Vorliegen der sachlichen und rechtlichen Voraussetzungen.

BSU
000076

Insbesondere durch ein effektives Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, vor allem den Organen des MdI, sind weitere Reserven für die vorbeugende Tätigkeit zu erschließen.

Unter Stärkung der Eigenverantwortung des MdI und seiner Organe ist im Zusammenwirken insbesondere darauf Einfluß zu nehmen und Unterstützung zu geben, daß

- alle Dienstzweige der Deutschen Volkspolizei und Organe des MdI einen effektiven Beitrag zur Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen leisten, vor allem

die Kriminalpolizei durch qualifizierten Einsatz der Kräfte und Mittel der AG I, allseitige und gründliche Untersuchung der Ermittlungsverfahren wegen Straftaten gemäß § 213 StGB, restlose Aufklärung der operativ relevanten Rückverbindungen, systematische Erforschung und zielstrebige Beseitigung begünstigender Bedingungen, wirksame Kontrolle von einschlägig Vorbestraften, anderen gefährlichen Rechtsbrechern und Gefährdeten,

das Paß- und Meldewesen durch exakte Durchsetzung der Bestimmungen für die Ausstellung der Dokumente zum grenzüberschreitenden Reiseverkehr und für die Einreise in das Grenzgebiet, besonders durch gründliche Aufklärung der Antragsteller und vorbeugend wirksame Gesprächsführung bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten,

BSU
000077

die Schutzpolizei und die Abschnittsbevollmächtigten durch Gewährleistung der Einhaltung der Grenzordnung und breite Beschaffung von Informationen über gefährdete und begünstigende Bedingungen,

die Verkehrs-, Transport- und Wasser-schutzpolizei durch wirksame Kontrolle des Ein-, Aus- und Durchreiseverkehrs,

der Strafvollzug durch sichere Verwahrung der Straf- und Untersuchungshäftlinge, die rechtzeitige Aufdeckung und Verhinderung jeglicher Ausbrüche, Entweichungen, Geiselnahmen u. a. terroristischer Angriffe sowie die Erhöhung der Wirksamkeit der staatsbürgerlichen Erziehung der Strafgefangenen, Förderung des Rückgewinnungs- und Wiedereingliederungsprozesses wiedergutmachungswilliger und -bereiter Strafgefangener,

die Abteilungen Innere Angelegenheiten durch umfassende Verwirklichung der Aufgaben bei Antragstellung auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin, Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten oder Westberlinern bzw. Entlassung aus der Staatsbürgerschaft, insbesondere der Informationspflichten, sowie durch Organisation breiter gesellschaftlicher Einflußnahme auf kriminell Gefährdete;

BSU
000078

- ein hohes Niveau des Zusammenwirkens entsprechend der "Vereinbarung über das Zusammenwirken der Kräfte der Grenztruppen der DDR, der Grenzsicherungskräfte der Volksmarine und der Kräfte des MfS sowie des MdI bei der Aufklärung und Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze" sowie mit anderen Staatsorganen gesichert wird.

BS:U
000079

Teil III

Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels durch den zielgerichteten Einsatz der Kräfte, Mittel und Methoden des MfS und das abgestimmte Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheits-, staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen

BSU
000000Teil IIISeite

- | | | |
|------|---|----------|
| 1. | Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären spezieller Feindhandlungen auf der Grundlage von Informationsbedarfskomplexen und der richtigen Bewertung der Informationen | 82 - 87 |
| 2. | Grundanforderungen an den Einsatz aller IM/GMS zur Erarbeitung und Verdichtung von Ersthinweisen | 87 - 91 |
| 3. | Der zielgerichtete Einsatz der IM/GMS und anderer Kräfte, Mittel und Methoden des MfS zur Erarbeitung, Überprüfung und Verdichtung von Ersthinweisen | 91 - 107 |
| 3.1. | Die Aufdeckung und Überprüfung operativ bedeutsamer Kontakte von DDR-Bürgern zu Personen oder Einrichtungen nichtsozialistischer Staaten und Westberlins, insbesondere die differenzierte Überprüfung und Kontrolle der Rückverbindungen durch den Einsatz der IM/GMS | 91 - 92 |
| 3.2. | Die Erarbeitung von Ersthinweisen im Rahmen der Absicherung des Reise-, Besucher- und Transitverkehrs | 93 - 96 |
| 3.3. | Die Erarbeitung von Ersthinweisen im Rahmen der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin | 96 - 98 |
| 3.4. | Die Aufklärung unbekannter Schleusungswege und Grenzübertrittsorte | 98 - 104 |

BSU
000081Seite

- | | | |
|------|--|-----------|
| 3.5. | Der zielgerichtete Einsatz der IM/GMS zur Erarbeitung, Überprüfung und Verdichtung von Ersthinweisen unter Ausnutzung durchzuführender Sicherheitsüberprüfungen | 104 - 105 |
| 3.6. | Die optimale Nutzung der Mittel, Methoden und Möglichkeiten spezieller Dienst-einheiten des MfS zur Erarbeitung von Ersthinweisen | 106 - 107 |
| 4. | Die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der Deutschen Volkspolizei und anderer Organe des MdI und die Grundsätze des Zusammenwirkens | 108 - 113 |
| 5. | Die Erarbeitung von Ersthinweisen im Zusammenwirken mit weiteren Organen und Einrichtungen | 114 - 118 |
| 6. | Anforderungen an den Informationsaus-tausch bei erarbeiteten bzw. weiter-bearbeiteten Ersthinweisen an die ope-rative Speicherung von Ersthinweisen und an die Nutzung geeigneter Speicher zur Überprüfung und weiteren Verdich-tung von Ersthinweisen | 119 - 125 |
| 7. | Die Weiterbearbeitung von Ersthinwei-sen in den verschiedenen Formen, ins-besondere durch die politisch-ope-rative Personenkontrolle | 126 - 129 |

BSTU
000082

1. Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären spezieller Feindhandlungen auf der Grundlage von Informationsbedarfskomplexen und der richtigen Bewertung der Informationen

Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären der Anhaltspunkte durch die Nutzung aller Möglichkeiten bestimmt in entscheidendem Maße die notwendige Erhöhung der Effektivität der Vorbeugung des ungesetzlichen Verlassens und die wirksame Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Inspiratoren und Hintermänner.

Die Erarbeitung qualifizierter Ersthinweise als Voraussetzung für die Verhinderung und Bekämpfung erfordert die Nutzung aller Möglichkeiten, die sich ergeben aus

- den Gesamtprozessen der politisch-operativen Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit im Innern der DDR einschließlich des Zusammenwirkens mit anderen Organen und Einrichtungen und der Zusammenarbeit mit den befreundeten Organen sowie
- der unmittelbaren Bekämpfung der Banden, ihrer Hintermänner und Inspiratoren im Operationsgebiet, durch die umfassende Nutzung der Möglichkeiten der Hauptverwaltung Aufklärung und der inneren und äußeren Abwehr aller Linien und Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit.

BStU
000083

Es sind Informationen über Personen aus der DDR, BRD, anderen Ländern sowie Westberlin und über Sachverhalte zu erarbeiten, bei denen nach einer ersten Einschätzung, Überprüfung und gegebenenfalls ersten Verdichtung die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, daß ein beabsichtigtes, geplantes, vorbereitetes, versuchtes oder vollendetes (bedeutungsvoll betreffs Rückverbindungen) ungesetzliches Verlassen oder die Tätigkeit einer kriminellen Menschenhändlerbande bzw. eines Schleusers ohne Verbindung zu einer derartigen Bande vorliegt.

Ersthinweise schließen Informationen über nicht vollendete Versuchshandlungen, unterbrochene Vorbereitungshandlungen, wiederholten Versuch, Rücktritt vom Versuch, Anstiftung und Beihilfe oder über mögliche Stützpunkte von Menschenhändlerbanden in der DDR und anderen Ländern ein.

Die entscheidende Voraussetzung für die rechtzeitige Erarbeitung von Ersthinweisen und die Vermeidung von Informationsverlusten ist die exakte Bestimmung des Informationsbedarfs, auf dessen Grundlage die Instruierung und der Einsatz der Kräfte, Mittel und Methoden sowie das Zusammenwirken mit anderen Organen und Einrichtungen erfolgt.

Dabei ist auszugehen von der

- . konkreten politisch-operativen Situation im Verantwortungsbereich unter besonderer Berücksichtigung der Schwerpunktbereiche;

BS:U
000084

- . Gesamtheit der Erkenntnisse des MfS über Mittel, Methoden, Kräfte und Hauptangriffsrichtungen des Gegners und
- . der Analyse der Wirksamkeit der eigenen Kräfte und Mittel und den realen Möglichkeiten, die diese sowie andere Organe und Einrichtungen besitzen.

Die nachstehenden Informationsbedarfskomplexe sind in Übereinstimmung mit den konkreten Sicherheitserfordernissen im Verantwortungs- und Sicherungsbereich nach Präzisierung und Differenzierung bei der Organisation der Nutzung der Möglichkeiten aller Kräfte und Mittel zugrunde zu legen:

Informationen, die hindeuten auf Handlungen oder Äußerungen

- einer zielgerichteten Suche von Mittätern für geplante Grenzdurchbrüche oder Schleusungen,
- der Beschaffung von Informationen zu Regimefragen an der Staatsgrenze West und Nord der DDR sowie Westberlins oder den Grenzen der sozialistischen Staaten zu nichtsozialistischen Ländern,
- der Beschaffung von Tatmitteln zur Orientierung und zur Überwindung von Grenzsicherungsanlagen und Mitteln zum Einsatz gegen Angehörige bewaffneter Organe,
- von Flugzeugentführungen bzw. mißbräuchlichen Benutzung von Wasser- und anderen Fahrzeugen,

- einer zielgerichteten politisch-ideologischen Beeinflußung zur Erzeugung der Absicht des ungesetzlichen Verlassens; durch Schleusung oder Verbleiben im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, einschließlich Abwerbung,
- daß eine Bewerbung um ein Seefahrtsbuch, bei den Grenztruppen oder für eine andere Tätigkeit im grenznahen Raum für ein ungesetzliches Verlassen genutzt werden soll bzw., daß nach einer derartigen Ablehnung andere Wege für ein ungesetzliches Verlassen genutzt werden sollen,
- daß Personen, denen eine Eheschließung mit Bürgern des kapitalistischen Auslandes bzw. denen eine Übersiedlung abgelehnt wurde, auf anderen Wegen ein ungesetzliches Verlassen realisieren wollen,
- über geplante oder beabsichtigte provokatorisch-demonstrative Handlungen,
- der Verbindungsaufnahme, -unterhaltung und des -ausbaus zu/bzw. mit Personen oder Personengruppen, die sich mit der Ausschleusung von DDR-Bürgern befassen,
- die auf Rückverbindungen schließen lassen,
- die Schlüsse auf die verschiedenen Phasen der Schleusungen oder des ungesetzlichen Verlassens ermöglichen,
- daß ein ungesetzliches Verlassen mittels Paßfälschung oder -verfälschung verwirklicht werden soll,

BStU
004086

- einer Ausnutzung aller Arten von Reisen in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet für das ungesetzliche Verlassen, insbesondere solcher Informationen, die auf eine Lockerung oder Auflösung der Bezugspunkte hinweisen, die für eine Rückkehr motivierend sind,
- einer Ausnutzung des visafreien Reiseverkehrs zwischen der VR Polen und Schweden, Jugoslawien und Italien für ein beabsichtigtes ungesetzliches Verlassen,
- einer Informationsbeschaffung über Regimeverhältnisse (Arbeitsplatz, Bezahlung u.ä.) in der BRD oder anderen nichtsozialistischen Ländern,
- der Beschaffung finanzieller Mittel einschließlich der Veräußerung persönlichen Eigentums,
- tatmotivbildender Konfliktsituationen in bestimmten, besonders angegriffenen oder gefährdeten Personengruppen,
- der Mitführung solcher persönlicher Dokumente, die über einen normalen Rahmen hinausgehen wie Zeugnisse, Diplome, Urkunden u.a. sowie
- Informationen über andere Straftaten, insbesondere Staatsverbrechen, bei denen ein Zusammenhang mit ungesetzlichem Verlassen oder staatsfeindlichem Menschenhandel bestehen kann.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben die richtige politisch-operative, strafrechtliche und strafprozessuale Bewertung der Informationen, ihre sorgfältige Auswertung, Überprüfung, Verdichtung und vollständige Speicherung in den Vorverdichtungs-, Such-, Hinweiskarteien oder Kerblockkarteien zu sichern.

Die Erweiterung und Umstrukturierung des IM-Bestandes hat entsprechend den veränderten Angriffsrichtungen, Zielgruppen, -bereichen und -objekten zu erfolgen.

2. Grundanforderungen an den Einsatz aller IM/GMS zur Erarbeitung und Verdichtung von Ersthinweisen

Der Einsatz der IM/GMS zur Erarbeitung und Verdichtung von Ersthinweisen und die sich daraus für jeden IM/GMS ergebenden Anforderungen sind der Lage im Verantwortungsbereich entsprechend differenziert zu bestimmen.

Die Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels als gesamtgesellschaftliches Anliegen erfordert, die IM/GMS in Übereinstimmung mit der konkreten Lage im Verantwortungsbereich vorrangig zu orientieren auf

- . die Zielgruppen des Gegners und besonders gefährdete Personen,
- . die Feststellung verratswilliger Personen,

- . versuchte Verbindungsaufnahmen in das Operationsgebiet,
- . die Prüfung des Inhalts festgestellter Verbindungen, einschließlich der Aufdeckung von Rückverbindungen.

Zu diesen besonders gefährdeten Personenkreisen gehören:

- Personen mit Liebesverhältnissen zu Bürgern des kapitalistischen Auslandes,
- Personen, denen die Eheschließung mit Bürgern des kapitalistischen Auslandes bzw. die Übersiedlung abgelehnt wurde,
- Personen aus anderen Bereichen mit verfestigter feindlich-negativer Haltung, die unabänderlich die DDR verlassen wollen,
- wegen Grenzdelikten Vorbestrafte bzw. kriminell Angefallene in Erwartung eines Verfahrens oder rechtskräftig Verurteilte, die eine Strafe anzutreten haben,
- Personen, die zu Gewalt- und Terrorakten neigen oder provokativ-demonstrative Handlungen androhen,
- Personen, die Verbindungen zu Tätern vollendeter Grenzdelikte, zu in die BRD/Westberlin entlassenen ehemaligen Strafgefangenen oder legal Verzogenen unterhalten,

BS:U
000089

- Personen mit besonders engem Kontakt zu Bürgern des kapitalistischen Auslandes,
- Personen, die aus privaten, dienstlichen oder touristischen Gründen in das kapitalistische Ausland reisen,
- Personen in Konfliktsituationen.

Die Leiter der Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß

- eine gründliche Erforschung der Einsatzmöglichkeiten aller IM/GMS erfolgt, die über Kontakte zu Personen verfügen, die zu den Zielgruppen des Gegners oder zu besonders gefährdeten Personen gehören bzw. günstige Möglichkeiten zur Herstellung solcher Kontakte besitzen;
- diese Möglichkeiten zielgerichtet genutzt werden;
- solche IM anderen Dienstseinheiten, die für die Bearbeitung bestimmter Schwerpunktbereiche verantwortlich sind, unter Einhaltung der Konspiration zum abgestimmten Einsatz angeboten werden.

Zur schwerpunktmäßigen und differenzierten Feststellung von Kontakten sowie zur Klärung des Charakters und der Motive für die Aufrechterhaltung derselben haben die Leiter zu sichern, daß dieser Klärungsprozeß vorrangig

BSTU
000090

- in den Zielgruppen des Gegners und
 - unter besonders gefährdeten Personengruppen
- erfolgt.

Vorrangig ist der Inhalt solcher Kontakte zu klären, die zu Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Rundfunk- und Fernsehstationen des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes, westlichen Botschaften/Vertretungen in der DDR und im sozialistischen Ausland, Pressevertretern westlicher Zeitungen, Rotkreuz-, caritativen- und anderen Hilfsorganisationen, Konzernen, Forschungseinrichtungen und Gesellschaften, trotzkistischen und maoistischen Organisationen bestehen.

Der Feststellung und Aufklärung sowie Kontrolle von Rückverbindungen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie für die Menschenhändlerbanden entscheidende Grundlage und Ansatzpunkte für die

- . Gewinnung neuer Personen zur Durchführung von Schleusungen und
- . Schaffung feindlicher Stützpunkte im Innern der DDR

darstellen und auch durch Geheimdienste und andere feindliche Organisationen und Einrichtungen für subversive Aktivitäten genutzt werden.

Es ist zu sichern, daß der Einsatz der IM/GMS zur Feststellung, Aufklärung und Kontrolle von Rückverbindungen in zwei Richtungen erfolgt:

BSU
000091

- unmittelbare Aufklärung von Rückverbindungen ausgewiesener und legal verzogener Personen oder solcher, die ausgeschleust wurden oder anderweitig die DDR ungesetzlich verließen;
- Aufdeckung von Rückverbindungen im Rahmen des Klärungsprozesses "Wer ist wer?", insbesondere in Zielgruppen des Gegners und Schwerpunktbereichen.

3. Der zielgerichtete Einsatz der IM/GMS und anderer Kräfte, Mittel und Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit zur Erarbeitung, Überprüfung und Verdichtung von Ersthinweisen

- 3.1. Die Aufdeckung und Überprüfung operativ bedeutsamer Kontakte von DDR-Bürgern zu Personen oder Einrichtungen nichtsozialistischer Staaten und Westberlins, insbesondere die differenzierte Überprüfung und Kontrolle der Rückverbindungen durch den Einsatz der IM/GMS.

Ausgehend davon, daß

- die überwiegende Mehrzahl der mit Delikten des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels angefallenen DDR-Bürger intensive Kontakte und ein großer Teil Verbindungen zu Personen unterhielten, die ausgeschleust und ausgewiesen wurden bzw. legal in das nichtsozialistische Ausland verzogen;

BS:U
000092

- diese Kontakte und Rückverbindungen oftmals in entscheidendem Maße den bewußtseinsmäßigen Prozeß der Entschlußfassung zum Verlassen der DDR beeinflussen;
- aus der Vielzahl der Kontakte nur in Ausnahmefällen von vornherein ersichtlich ist, ob und welche Relevanz für ein ungesetzliches Verlassen bzw. andere feindliche Tätigkeit gegeben ist und
- sich im Ergebnis der getroffenen völkerrechtlichen Vereinbarungen mit der BRD und Westberlin die Anzahl der Kontakte weiter erhöhen wird;

ist es erforderlich, alle IM/GMS zur Erarbeitung und Klärung von Kontakten einzubeziehen.

Zur Gewährleistung des koordinierten Vorgehens zur Aufdeckung und Kontrolle operativ bedeutsamer Rückverbindungen haben die Leiter aller Dienstseinheiten zu sichern, daß

- andere zuständige Dienstseinheiten über möglicherweise entstehende operativ bedeutsame Rückverbindungen bereits vor einem legalen Verzug und einer Ausweisung informiert werden,
- über im Prozeß der politisch-operativen Klärung von gelungenen Schleusungen/Grenzübertritten bekanntwerdende Rückverbindungen eine unverzügliche Information der zuständigen Dienstseinheiten und
- eine abgestimmte Kontrolle und Bearbeitung erfolgt.

3.2. Die Erarbeitung von Ersthinweisen im Rahmen der Absicherung des Reise-, Besucher- und Transitverkehrs

Bei der Sicherung des Reise-, Besucher- und Transitverkehrs ist die Erarbeitung von Ersthinweisen vorrangig durch die Feststellung und Aufklärung operativ bedeutsamer Beziehungen zwischen Bürgern der BRD und anderer nichtsozialistischer Staaten sowie Westberlins zu Bürgern der DDR durchzuführen.

Die operativen Kräfte des Ministeriums für Staatssicherheit sind zur Erarbeitung derartiger Ersthinweise zu konzentrieren auf die

- . Zielobjekte und -personen der kriminellen Menschenhändlerbanden;
- . Sicherung der Transitwege und Grenzübergangsstellen im Zusammenhang mit der Ein- und Durchreise von Bürgern der BRD und Westberlins;
- . Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und in das sozialistische Ausland.

Dabei sind zu beachten:

- Persönliche Kontakte von Bürgern der BRD und anderer nichtsozialistischer Staaten sowie Westberlins mit solchen DDR-Bürgern, die zu den Zielgruppen des vom Gegner organisierten ungesetzlichen Verlassens und staatsfeindlichen Menschenhandels gehören und Kontak-

BStU
000094

te, die Rückverbindungen ausgeschleuster DDR-Bürger zu DDR-Bürgern darstellen;

- Erkennbare Widersprüche zu Sachverhalten und Erklärungen der einreisenden Personen zum Zweck der Reise und zum Reiseziel;
 - Feststellungen aus Beobachtungen und Beurteilungen von Fahrzeug, Fahrer und Ladung;
 - Informationen, die bei der Vorlage und operativen Prüfung der Reisedokumente von Bürgern kapitalistischer Länder oder Westberlins beim Grenzübertritt zu gewinnen sind;
 - Informationen zu DDR-Bürgern im Touristenverkehr in sozialistische Länder bzw. bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten nach der BRD und anderen nicht-sozialistischen Staaten sowie nach Westberlin;
 - Informationen, die im internationalen Flugverkehr zu gewinnen sind;
 - Informationen, die im Carnet-TIR-Verkehr zu erarbeiten sind;
 - Ersthinweise, die speziell bei der Sicherung der Transitwege zu erarbeiten sind, können bestehen aus
- . Informationen im Zusammenhang mit der Klärung tatsächlicher oder vermuteter Mißbrauchshandlungen

bei Transitabweichungen mögliche Hinweise auf Treffs bzw. Kuriertätigkeit,

bei Fahrzeitüberschreitungen mögliche Hinweise auf Aufenthaltsorte und eventuelle Kontaktaufnahmen,

bei Mitnahme von Personen Hinweise auf Tests oder Beobachtungen der Transitstrecken.

- . Informationen, die auf das selbständige Bewegen möglicher Schleusungskandidaten zum Aufnahmeort hinweisen (auffälliges Verhalten von Personen an bzw. auf den Transitwegen bzw. in Raststätten und auf Parkplätzen);
- . Informationen, die auf ein Zubringen der zu schleusenden Person zum Schleusungsfahrzeug hindeuten;
- . Informationen, die auf die Aufnahme und das Verstecken der auszuschleusenden Personen im Schleusungsfahrzeug hinweisen;
- . Informationen, die auf ein Zusammenwirken mit den am Schleusungsprozeß beteiligten Personen schließen lassen.

Mit dem Ziel der Erarbeitung, Überprüfung und Weiterbearbeitung operativer Ersthinweise sind die umfangreichen Möglichkeiten der Linie VI zu nutzen, die insbesondere bei

- . der Arbeitsgruppe Dokumentenuntersuchung der Hauptabteilung VI und

BSU
000096

. den Speichern der Linie VI und der Zollverwaltung

bestehen.

(Spezielle Hinweise werden dazu im Auskunftsmaterial gegeben.)

3.3. Die Erarbeitung von Ersthinweisen im Rahmen der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin

Der Einsatz der IM/GMS zur Erarbeitung, Überprüfung und Verdichtung von Ersthinweisen im Rahmen der gesamten politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin, der Staatsgrenze Nord und Süd ist zu konzentrieren auf

- Schwerpunktbereiche im Grenzgebiet und angrenzende Räume der Grenzkreise und
- auf die rechtzeitige Aufdeckung und Verhinderung von Angriffen gegen die Staatsgrenze im Innern der DDR.

Der schwerpunktorientierte Einsatz der IM/GMS ist besonders in folgenden verallgemeinerten Richtungen durchzuführen:

- a) Einsatz bei grenzspezifischen Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die
 - unmittelbar zur Sicherung der Staatsgrenze tätig werden bzw. die stark der feindlichen Kontakt-tätigkeit oder gezielten Feindkontakten ausgesetzt sind,

BSTU
000097

- über detaillierte Kenntnisse der Grenzsicherung verfügen,
 - mit der Abwicklung des Einreiseverkehrs aus der BRD beschäftigt sind,
 - in die Realisierung der Vereinbarungen über die Schadensbekämpfung und Instandhaltung der Grenzgewässer oder Grenzmarkierungen einbezogen sind,
 - in staatliche oder gesellschaftliche Funktionen im Grenzgebiet eingesetzt werden und
 - in unmittelbarer Nähe pioniertechnischer u.a. Grenzsicherungsanlagen arbeiten.
- b) Einsatz zur operativen Kontrolle operativ bedeutsamer Personen aus dem Grenzgebiet und dabei insbesondere solcher, die Verbindung zu Personen unterhalten, welche die DDR ungesetzlich verließen.
- c) Einsatz zur Sicherung und Kontrolle territorialer Bereiche (Schwerpunktbereiche) im Grenzgebiet und den angrenzenden Räumen.
Die Sicherung und Kontrolle konkret festgelegter territorialer Bereiche ist mit der schrittweisen Aufklärung der in diesen Bereichen vorhandenen und arbeitenden Personen zu verbinden, um operativ relevante Verhaltensweisen festzustellen.

- d) Einsatz zur Sicherung und Kontrolle von tunnelgefährdeten Bereichen in zwei Hauptrichtungen:
- Aufklärung und Kontrolle der Ausgangspunkte oder möglichen Zielobjekte für Tunnelbauten in Westberlin und der BRD,
 - Herausarbeitung und operative Durchdringung sowie zielgerichtete Sicherung und Kontrolle tunnelgefährdeter Bereiche auf dem Territorium der DDR.
- e) Einsatz zur operativen Überprüfung und Klärung von für die Sicherheit der Staatsgrenze operativ bedeutsamen Vorkommnissen, wie provokatorische Grenzverletzungen, unbefugter Waffen- und Sprengmittelbesitz und Anschläge auf Leben und Gesundheit von Angehörigen der Sicherheitsorgane.
- f) Nutzung der vorhandenen inoffiziellen Kräfte, die zur Lösung von personen- und vorgangsbezogenen Aufgaben in der BRD und in Westberlin eingesetzt werden.

3.4. Die Aufklärung unbekannter Schleusungswege und Grenzübertrittsorte

Ausgehend von dem außerordentlich hohen Anteil von gelungenen Grenzdelikten, bei denen die Schleusungswege oder Grenzübertrittsorte sowie die näheren Umstände unbekannt sind, ist es notwendig, diese Delikte unter Berücksichtigung der gesamten Vielfalt und Breite der vom Gegner angewandten Mittel und Methoden und ausnutzbaren

BSU
000099

Wege aufzuklären, insbesondere, um eine wiederholte Benutzung dieser Wege zu verhindern, Lücken im Kontroll- und Sicherungssystem zu schließen und erkannte begünstigende Bedingungen zu beseitigen bzw. in ihrer Wirkung einzuschränken.

Zur Aufdeckung und Suche unbekannter Schleusungswege und Grenzübertrittsorte ist erforderlich, die

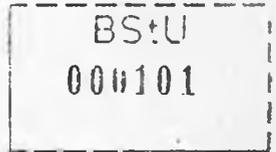
- gründliche Analyse des gegnerischen Vorgehens,
- zielstrebige Beschaffung von Informationen durch IM mit Feindverbindungen über Absichten und Pläne der Menschenhändlerbanden, Geheimdienste und anderer Feindorganisationen oder Einzelpersonen über neue Schleusungswege und -methoden,
- ständige operative Durchdringung und Analysierung der Sicherheitsbedingungen in den Verantwortungsbereichen, vor allem bei der
 - . Sicherung der Transitwege (siehe Abschnitt III/3.2. der Instruktion) und der
 - . Sicherung der Staatsgrenze (siehe Abschnitt III/3.3. der Instruktion),
- inoffizielle Arbeit unter Rückkehrern in Abstimmung mit der Hauptabteilung VII zur Überprüfung der Angaben im Rahmen der Befragungen im zentralen Aufnahmeheim,

- Aufklärung der Schleusungswege und Grenzübertritts-orte von Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, im engen Zusammenwirken mit den Dienst-einheiten der Linie IX sowie der Deutschen Volks-polizei und die
- Erarbeitung und gründliche politisch-operative Ein-schätzung aller Anhaltspunkte für bisher unbekann-te Schleusungswege und Grenzübertrittsorte.

Umfassender und gründlicher ist die Aufklärung der Schleusungswege/Grenzübertrittsorte solcher Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, im Rahmen von Ermittlungsverfahren, die gegen alle Bürger der DDR, die nach dem 1. 1. 1972 die DDR ungesetzlich ver-ließen, gemäß § 213 StGB eingeleitet werden, vorzuneh-men. Die Aufklärung erfolgt in diesen Fällen

- . im Zusammenwirken mit der bzw. durch Einflußnahme auf die Deutsche Volkspolizei und
- . durch Diensteinheiten des Ministeriums für Staats-sicherheit, vor allem mittels des Einsatzes von IM und anderen spezifischen Mitteln und Methoden.

Durch die Leiter der Diensteinheiten der Linie VII und der Kreisdienststellen/Objektdienststellen ist zu sichern, daß alle wesentlichen Ermittlungsergeb-nisse der Deutschen Volkspolizei darüber im Ministe-rium für Staatssicherheit zusammenfließen.



Es ist zu gewährleisten, daß

. für Ermittlungen durch Angehörige der Dezernate II der Kriminalpolizei in den Wohn- und Arbeitsbereichen der Täter sowie

. für Zeugenvernehmungen oder Befragungen von Bürgern

im Rahmen des Zusammenwirkens Vereinbarungen zur wirksameren Aufklärung von Grenzübertrettsorten und Schleichungswegen getroffen werden.

Diese Vereinbarungen sind zu konzentrieren auf

1. Zielgerichtete, gründliche Hausdurchsuchungen, um Anhaltspunkte festzustellen zu

- Kontakten mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins (Briefe, Fotos, Adressen, Notizen, Telefonnummern und -rechnungen usw.),

- Verbindungen zu anderen Personen innerhalb der DDR sowie in nichtsozialistische Staaten und Westberlin,

- Kontakten zu Bürgern der DDR, die die DDR ungesetzlich verlassen haben,

- möglichen Aufenthaltsorten innerhalb der DDR oder CSSR und VR Polen (Schriftverkehr u. a.).

2. Gründliche Ermittlungen zu Personen zu

- Rückverbindungen zu Personen, die bereits früher

BS:U
000102

die DDR verlassen haben bzw. Verbindungen zu Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins,

- Aufenthaltsorten,
- Kontakten mit Personen im Wohn-, Arbeits- und Freizeitbereich (Besuche, Telefonate von der Arbeitsstelle, Äußerungen u.a.).

3. Überprüfung der Karteien und andere Möglichkeiten

- genehmigte Reisen (durch PM) in das sozialistische Ausland,
- Reisen mit dem Reisebüro oder Interflug in sozialistische Staaten,
- Hinweise über Einreisen von Bürgern nichtsozialistischer Staaten oder Westberlins zu Personen, zu denen die Person Verbindungen unterhielt.

4. Einleitung der offiziellen Postüberwachung, dabei sind nicht nur Familienangehörige einzubeziehen, sondern alle Personen, zu denen Rückverbindungen zu erwarten sind.

5. Ermittlungersuchen an Grenz-Volkspolizeikreisämter

- Auswertung vorhandener Spuren bei vollendeten Grenzdurchbrüchen mit unbekanntem Tätern.

000103

Es ist zu gewährleisten, daß bei Tätern, deren Schleusungswege voll verantwortlich durch Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit untersucht werden,

- die Möglichkeiten, die das Ermittlungsverfahren erschließt, für unsere Handlungen voll genutzt werden,
- die Bearbeitung im Rahmen registrierter Materialien, überwiegend als OPK, mit dem Ziel der Aufklärung des Schleusungsweges sowie der Feststellung, Kontrolle und Sicherung der Rückverbindungen durchgeführt wird,
- die Kontrolle durch IM sowie weitere geeignete Kräfte und Mittel zur Feststellung des Aufenthaltsortes in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin sowie zur Feststellung der vom Täter aktivierten Rückverbindungen führt,
- in begründeten und aussichtsreichen Fällen zuverlässige und überprüfte IM nach dem Operationsgebiet geschickt werden, die einzusetzen sind für
 - . Ermittlungen im Operationsgebiet,
 - . das legendierte Aufsuchen von Bekannten und Verwandten des Täters,
 - . direktes Aufsuchen der Täter im Operationsgebiet. (Solche IM sollten dem Täter persönlich bekannt sein. Sie sollten zusätzlich avisiert sein und

einleuchtende Gründe für den Besuch haben;
- zum Beispiel: Übergabe von Zeugnissen, Schriftstücken, Gegenständen an den Täter.)

Für die zentrale Zusammenfassung der Ergebnisse der Aufklärung und Analyse unbekannter Fluchtwege und Grenzübertrittsorte ist die Zentrale Koordinierungsgruppe verantwortlich. Die Bezirksverwaltungen und Hauptabteilungen arbeiten gemäß ihrer Verantwortlichkeit zu.

- 3.5. Der zielgerichtete Einsatz der IM/GMS zur Erarbeitung, Überprüfung und Verdichtung von Ersthinweisen unter Ausnutzung durchzuführender Sicherheitsüberprüfungen

Der zielgerichtete Einsatz der IM/GMS zur Erarbeitung, Überprüfung und Verdichtung von Ersthinweisen unter Ausnutzung durchzuführender Sicherheitsüberprüfungen hat bedeutenden Einfluß auf die Lageeinschätzung und ist für die politisch-operative Differenzierung innerhalb bedeutsamer operativer Personenkreise wesentlich.

Es ist durchzusetzen, daß

- die Qualität der Sicherheitsüberprüfungen und die Erarbeitung begründeter Aussagen zu Personen generell durch den Einsatz von IM/GMS zur Aufklärung erhöht wird;

In den Mittelpunkt der operativen Bearbeitung und Prüfung sind die Personen zu stellen, bei denen nach den geltenden gesetzlichen Regelungen Ablehnungskriterien in Anwendung kommen müssen;

- die Nutzung der IM/GMS zur Erarbeitung von Ersthinweisen, besonders bei ihrem Einsatz zur Durchführung von Wiederholungsüberprüfungen bereits bestätigter Einsatzkader, zielgerichtet und planmäßig organisiert wird, sofern zu diesen Personen keine vorbeugende politisch-operative Personenkontrolle gemäß der Richtlinie 1/71 durchgeführt wird.

Bei diesen Überprüfungen sind neben den bereits an anderer Stelle genannten Faktoren besonders zu berücksichtigen:

- . verfestigte, häufige Kontakte zu Bürgern des nicht-sozialistischen Auslandes,
- . Veränderungen in den Besitzverhältnissen, Verkäufe hochwertiger Gebrauchsgüter, Kontenbewegungen,
- . Vernachlässigung gesellschaftsgemäßer Pflichten (Verschuldungen, Unterhaltspflichten, Mißverhältnis Einkommen - Ausgaben),
- . offene bzw. verdeckte Arbeits- und Familienkonflikte.

- 3.6. Die optimale Nutzung der Mittel, Methoden und Möglichkeiten spezieller Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit zur Erarbeitung von Ersthinweisen

Durch die Diensteinheiten M, PZF und 26 sind nachfolgend genannte Möglichkeiten zur Erarbeitung von Ersthinweisen zu nutzen:

Durch die Arbeit der Abteilungen M und PZF

- Verstärkte Fahndung bei der Kontrolle des Brief- und Grobsendeverkehrs mit der BRD und Westberlin, insbesondere zur Feststellung von Sendungen,
 - . die Dokumente beinhalten wie Fahrerlaubnisse, andere Befähigungsnachweise wie Ausbildungsabschlüsse, Abschlußzeugnisse,
 - . in denen Paßbilder verschickt werden,
 - . an das sogenannte Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten oder ähnliche Institutionen,
 - . von und an Vertretungen nichtsozialistischer Staaten in der DDR, der BRD und Westberlin sowie dem sozialistischen Ausland,
 - . an die Menschenrechtskommission der UNO und andere UNO-Kommissionen,
 - . an das internationale Rote Kreuz und dessen Zweigorganisationen,

BS:U
000107

- . an bekannte Rechtsanwälte, die sich mit der Familienzusammenführung befassen,
 - . mit eingelegten Zweitbriefen mit der Bitte um Weiterleitung an dritte Personen,
 - . mit solchen Angaben des Absenders wie Wohnheime, Flüchtlings- und Durchgangslager und
 - . die ein enges Liebesverhältnis vermuten lassen;
- und die gezielte Kontrolle des Briefverkehrs mit der BRD und Westberlin sowie auch innerhalb der DDR seitens der Abteilungen M bei festgestellten territorialen Schwerpunktbereichen des Auftretens dieser Delikte.

Durch die Abteilung 26

- Verstärkte Erarbeitung von Hinweisen im Rahmen der Kontrolle des grenzüberschreitenden Fernsprechkverkehrs mit der BRD und Westberlin, entsprechend den Informationsbedarfskomplexen im Abschnitt III/1 der Instruktion;
- Durchführung von Maßnahmen A und B in solchen territorialen Bereichen und Objekten, die einen Schwerpunktbereich bilden;
- ständige Erarbeitung von Hinweisen auf ungesetzliches Verlassen und des staatsfeindlichen Menschenhandels im Zusammenhang mit der Realisierung von Aufträgen A und B, die aus anderen Bearbeitungsgründen erteilt wurden.

4. Die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der Deutschen Volkspolizei und anderer Organe des Ministeriums des Innern und die Grundsätze des Zusammenwirkens

Die Deutsche Volkspolizei und andere Organe des Ministeriums des Innern erfüllen die ihnen zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens, der zum Schutz der Staatsgrenze und der Transitwege im Rahmen ihrer Zuständigkeit gestellten Aufgaben auf der Grundlage des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei, der Verordnung zum Schutz der Staatsgrenze, der Grenzordnung, anderer gesetzlicher Bestimmungen, des Befehls 0059/74 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei, der Dienstvorschrift 08/74 und anderer Weisungen des Ministeriums des Innern.

Zur weiteren Erhöhung ihrer Wirksamkeit bei der Lösung dieser Aufgaben ist das prinzipiell-parteiliche, kameradschaftliche operative Zusammenwirken mit ihnen unter strikter Durchsetzung der grundsätzlichen Einheit von politisch-operativer Abwehrarbeit und operativem Zusammenwirken noch qualifizierter zu gestalten. Eine hohe Qualität der operativen Basis von OibE, IM in Schlüsselpositionen und weiteren IM/GMS sowie deren aufgabenbezogener Einsatz ist als entscheidende Voraussetzung dafür ständig zu gewährleisten.

Durch die ständige Qualifizierung und Vervollkommnung des operativen Zusammenwirkens

- ist auf der Grundlage der gemeinsamen Lageeinschätzung das einheitliche, abgestimmte Vorgehen der Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit und der Deutschen Volkspolizei sowie der anderen Organe des Ministeriums des Innern bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens unter strikter Wahrung ihrer spezifischen Verantwortung ständig zu gewährleisten, sind die Kräfte und Mittel des Ministeriums für Staatssicherheit noch stärker auf die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels zu konzentrieren;
- sind die Deutsche Volkspolizei und andere Organe des Ministeriums des Innern bei der vollen Entfaltung ihrer Potenzen zur wirksamen Lösung der ihnen übertragenen Aufgaben zu unterstützen;
- sind die Möglichkeiten der Deutschen Volkspolizei und der Organe des Ministeriums des Innern weiter zu erschließen und optimal zu nutzen, besonders für die operative Vorgangsbearbeitung, die operative Personenaufklärung und -kontrolle;
- ist die rechtzeitige Information des Ministeriums für Staatssicherheit über alle Erscheinungen und Vorkommnisse zu sichern, die für die Einschätzung der politisch-operativen Lage wichtig sind oder die Zuständigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit berühren. Jede Information, die einen Zusammenhang mit Schleusertätigkeit vermuten läßt, ist der zuständigen Dienstseinheit des Ministeriums für Staatssicherheit sofort zu übermitteln;

- sind ständig weitere günstige Voraussetzungen im Ministerium des Innern und seinen Organen für ein qualifiziertes, den Grundsätzen der Geheimhaltung und Konspiration entsprechendes operatives Zusammenwirken zu schaffen, insbesondere durch Einflußnahme auf den Einsatz geeigneter Kader auf der Grundlage der Lösung der Aufgabenstellung "Wer ist wer?".

Es ist darauf Einfluß zu nehmen, daß vor allem die Kriminalpolizei, der Dienstzweig Paß- und Meldewesen, die Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei, der Strafvollzug und die Abteilungen Innere Angelegenheiten durch höhere Wirksamkeit der Arbeitsprozesse ihren Beitrag zum Erreichen der gesellschaftlichen Ziel- und Aufgabenstellungen auf diesem Gebiet entscheidend erhöhen.

Die Kriminalpolizei nimmt auf Grund der sich aus ihren Verantwortungen und Möglichkeiten ergebenden zentralen Stellung einen besonderen Platz im operativen Zusammenwirken ein. Es ist insbesondere darauf hinzuwirken, operativ zu nutzen und zu unterstützen, daß diese Möglichkeiten der Kriminalpolizei gründlich ausgeschöpft werden.

Der Dienstzweig Paß- und Meldewesen hat seine vielfältigen Möglichkeiten zum vorbeugenden Verhindern sowie zum Erkennen von Anzeichen des ungesetzlichen Verlassens umfassender zur Wirkung zu bringen.

BSU
000111

Das Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ist noch erfolgreicher zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens zu nutzen, indem

- alle Anträge ohne Verzögerung mit dem Ministerium für Staatssicherheit abgestimmt werden;
- das Niveau der Aufklärung der Antragsteller und der Prüfung des Wahrheitsgehaltes der Unterlagen, welche die Dringlichkeit und Berechtigung der Reise begründen, entscheidend erhöht wird;
- die vorbeugende und aufklärende Wirkung der Gespräche mit den Antragstellern vergrößert wird;
- die Einflußnahme der Deutschen Volkspolizei gegenüber den Staats- und Wirtschaftsorganen, Betrieben und Einrichtungen mit dem Ziel verstärkt wird, die Zustimmung der Arbeitsstelle zur Reise mit höchster Verantwortung zu erteilen sowie die Information an die Deutsche Volkspolizei über Reiseabsichten, die bereits von der Arbeitsstelle nicht unterstützt wurden, sicherzustellen;
- die Maßnahmen der Deutschen Volkspolizei nach Wiedereinreise in die DDR qualifiziert werden.

Gegenüber Personen, bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie eine Reise über die Staatsgrenze der DDR zum ungesetzlichen Verlassen mißbrauchen wollen

oder bei denen andere Gründe vorliegen, sind die Möglichkeiten zur Anwendung der Ausreisesperre bzw. des zeitweiligen Ausschlusses vom paß- und visafreien Verkehr verantwortungsbewußt zu prüfen und zu nutzen.

Eine höhere Wirksamkeit ist im Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren für die Einreise in das Grenzgebiet und bei Anträgen auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten, die beim Paß- und Meldewesen gestellt werden, zu erreichen.

Die Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei haben sich in der Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Helfern der Deutschen Volkspolizei, den Hausbuchbeauftragten, Wohnbezirkssausschüssen der Nationalen Front und anderen gesellschaftlichen Kräften stärker auf die Erarbeitung von Ersthinweisen und über begünstigende Bedingungen für das ungesetzliche Verlassen zu konzentrieren.

Durch eine höhere Wirksamkeit des Organs Strafvollzug (sowie der Arbeitsgebiete I und II der Kriminalpolizei) bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in den Strafvollzugseinrichtungen sowie Untersuchungshaftanstalten und bei der Erziehung der Strafgefangenen sind Ausbrüche, Entweichungen, Geiselnahmen, andere Gewalttaten und provokatorische Handlungen sowie im Anschluß daran vorgesehene Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR und Absichten zum ungesetzlichen Verlassen nach Haftentlassung rechtzeitig aufzudecken und mit allen Mitteln und Methoden zu verhindern.

BSTU
000113

Der Rückgewinnungs- und Wiedereingliederungsprozeß wiedergutmachungswilliger Strafgefangener und Untersuchungshäftlinge ist aktiv zu unterstützen.

Die sich aus der Erfüllung der Aufgaben der Abteilungen Innere Angelegenheiten bei

- der Bearbeitung von Anträgen auf Übersiedlung nach der BRD und Westberlin, Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlinern sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, die bei ihnen gestellt werden und
- der wirksamen Wiedereingliederung Straftentlassener und der Betreuung kriminell Gefährdeter

ergebenden Möglichkeiten zum Erkennen von Ersthinweisen auf ungesetzliches Verlassen bzw. provokatorische Handlungen in der Öffentlichkeit sowie zur Beseitigung entschlußfördernder Konfliktsituationen beim genannten Personenkreis sind allseitig zu nutzen. (Ergänzende Hinweise dazu im Auskunftsmaterial)

5. Erarbeitung von Ersthinweisen im Zusammenwirken mit weiteren Organen und Einrichtungen

Das abgestimmte Zusammenwirken mit den anderen Organen und Einrichtungen bei der Organisierung einer wirk-samen vorbeugenden Tätigkeit ist Grundlage für die ziel-strebige und systematische Nutzung der Kräfte, Mittel und Möglichkeiten dieser Institutionen für die Erarbei-tung von Ersthinweisen oder die Ergänzung bereits vor-liegender Informationen des Ministeriums für Staats-sicherheit.

Unter Berücksichtigung der spezifischen Funktionen die-ser Organe und Einrichtungen und der sich daraus erge-benden differenzierten Möglichkeiten für die Erarbei-tung von Ersthinweisen oder die Nutzung gespeicherter oder vorhandener Informationen und zur umfassenden Wahr-nehmung der Initiativpflicht des Ministeriums für Staats-sicherheit für das Zusammenwirken sind folgende Voraus-setzungen für eine qualifizierte Nutzung dieser Mög-lichkeiten erforderlich:

- Einsatz bzw. Schaffung einer ausreichenden inoffiziel-len Basis in diesen Organen und Einrichtungen, ein-schließlich von Offizieren im besonderen Einsatz;
- Organisierung eines straffen, kontinuierlichen, ziel-gerichteten offiziellen Zusammenwirkens nach erfolg-ter Klärung der Frage "Wer ist wer?" bei den Partnern.

Das Zusammenwirken zur Erarbeitung von Ersthinweisen ist insbesondere auf Leiter und Funktionäre folgender Organe und Einrichtungen zu konzentrieren:

- a) Staatliche und wirtschaftsleitende Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie gesellschaftliche Organisationen bzw. spezielle Funktionalorgane der Leiter, wie Kaderabteilungen, Reisestellen, Kontroll- und Beratungsgruppen und ähnliche Einrichtungen zur Erarbeitung von Informationen über
- feindliche Beeinflussungs- oder Abwerbungsversuche,
 - Konfliktsituationen,
 - operativ bedeutsame Kontakthandlungen oder
 - ein mögliches beabsichtigtes ungesetzliches Verlassen im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der
 - . Auswahl und Bestätigung von Reisen in das nichtsozialistische Ausland und Staaten mit speziellen Reiseregulungen aus dienstlichen oder anderen Gründen,
 - . Aufklärung und Bestätigung von Reisekadern,
 - . Auswertung von Reisen in das nichtsozialistische Ausland,
 - . Befürwortung von Reisen in dringenden Familienangelegenheiten,

BSTU
000116

- . Betreuung ausländischer Arbeiter und Verhandlungspartner,
 - . sorgfältige Bearbeitung und Auswertung von Eingaben zur Feststellung von Konfliktsituationen oder möglichen provokatorisch-demonstrativen Handlungen.
- b) Organe der örtlichen Volksvertretungen, insbesondere
- Abteilung Volksbildung zur Erarbeitung einschlägiger Informationen über
 - . Auswahl und Bestätigung von Bewerbern für einen späteren Auslandseinsatz, Auslandsstudium, Bewerbern für die Seefahrt,
 - . Jugendliche, die sich in tatsächlichen oder vermeintlichen Konfliktsituationen befinden.
 - Abteilungen/Referate Jugendhilfe zur Erarbeitung von Informationen über
 - . kriminell gefährdete Jugendliche, deren Eltern oder Elternteil in der BRD/Westberlin wohnhaft sind,
 - . Reaktionen über abgelehnte Anträge auf Familienzusammenführung bei Kindern, deren Eltern die DDR ungesetzlich verlassen haben,
 - . Jugendliche, die sich in Jugendwerkhöfen befinden bzw. eingewiesen werden sollen.

- Abteilungen Gesundheitswesen zur Erarbeitung von Informationen über
 - . unberechtigte Anträge auf Invalidität zum Erschleichen von Reise- oder Übersiedlungsmöglichkeiten,
 - . Ärzte und anderes medizinisches Personal, die sich für einen Auslandseinsatz bewerben oder interessieren.

- Abteilungen Wohnraumlenkung zur Erarbeitung von Informationen
 - zu Personen, die im Zusammenhang mit nicht sofort lösbaren Wohnraumproblemen
 - . ein ungesetzliches Verlassen oder
 - . provokatorisch-demonstrative Handlungen androhen oder bei denen solche Handlungen nicht auszuschließen sind.

- c) Wehrkreiskommando zur Erarbeitung von Informationen zum ungesetzlichen Verlassen im Zusammenhang mit
 - . Selbstbewerbern für die Grenztruppen der DDR oder
 - . operativ bedeutsamen Kontakten, die bei den Mustergesprächen erarbeitet werden können.

Zur Gewinnung von Zusatzinformationen zu bereits vorliegenden Ersthinweisen sind solche Organe, Institutionen und Einrichtungen zu nutzen wie

- . Reisebüro,
- . Bankinstitute,
- . Staatsanwaltschaften und Gerichte,
- . Staatliche Notariate/Liegenschaftsdienste,
- . Versicherungsanstalten, Einrichtungen des Annoncenwesens,
- . bestimmte Handelseinrichtungen wie Spezialverkaufsstellen, Ausleihdienste.

Es ist die Erarbeitung solcher Informationen möglich, die im Zusammenhang stehen mit

Einreisen, Verkauf von Immobilien oder Fahrzeugen, Auflösung von Versicherungen oder Sparkonten, Kauf von Immobilien, Kauf von Wasserfahrzeugen, Anforderung notarieller Beglaubigungsschreiben, familiären Konfliktsituationen.

6. Anforderungen an den Informationsaustausch bei erarbeiteten bzw. weiterbearbeiteten Ersthinweisen an die operative Speicherung von Ersthinweisen und an die Nutzung geeigneter Speicher zur Überprüfung und weiteren Verdichtung von Ersthinweisen

Bei der Gestaltung einer wirksamen Auswertungs- und Informationstätigkeit, einschließlich aller informationellen Prozesse (Informationsgewinnung/-verarbeitung/-beziehungen) zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels, insbesondere im Rahmen der Erarbeitung von Ersthinweisen und ihrer weiteren Verdichtung und Bearbeitung, ist von den im Befehl 299/65 bereits grundsätzlich geregelten Informationsprozessen im MfS, den Regelungen meiner Weisung vom 19. 2. 1975 zum Aufbau und der Nutzung der Datenbank "Ungesetzliche Grenzübertritte", der Primärdatenerfassungsordnung und den Festlegungen meines Befehls 1/75 auszugehen.

Bei der weiteren Ausgestaltung der Informationsprozesse im Zusammenhang mit der umfassenden Durchsetzung dieser Instruktion sind folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

1. Die informationellen Prozesse sind inhaltlich, in ihrem Umfang und nach dem zeitlichen Ablauf einfach, aktuell und rationell zu gestalten, so daß der Gesamtüberblick der jeweiligen Leitungsebene und die daraus abzuleitenden Koordinierungsmaßnahmen mit einem möglichst minimalen Arbeitsaufwand durchgeführt werden können.

2. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten sind in ihren Verantwortungsbereichen voll verantwortlich für die politisch-operative Auswertungs- und Informationstätigkeit, vor allem zur Sicherung einer lückenlosen Erfassung, Speicherung und Auswertung unter Nutzung der im Ministerium für Staatssicherheit einheitlichen Speichermöglichkeiten (VSH, KK) und der notwendigen Weiterleitung von Informationen.

Diese Eigenverantwortung der Linien/Dienstseinheiten umfaßt sowohl die ständige analytische Durchdringung des Gesamtverantwortungsbereiches bei Konzentration auf die Schwerpunktbereiche und Schwerpunkte als auch die vollständige analytische Verarbeitung aller den Verantwortungsbereich betreffenden Hinweise.

3. Die Informationsbeziehungen zwischen den operativen Dienstseinheiten, der operativen Dienstseinheiten zu den Bezirkskoordinierungsgruppen und zur Zentralen Koordinierungsgruppe und der Bezirkskoordinierungsgruppen zur Zentralen Koordinierungsgruppe sind unter Vermeidung von Informationsverlusten sowie unnötigen Doppelinformationen zu gestalten.

Der Informationsaustausch hat zu gewährleisten, daß alle operativ bedeutsamen Informationen bei den für die Bearbeitung der ZOV bzw. Koordinierung verantwortlichen Dienstseinheiten zur Organisierung einer wirksamen Bearbeitung jedes einzelnen Hinweises und

BStU
000121

zur systematischen Analyse der politisch-operativen Lage zusammenfließen. Der Austausch der Informationen hat unter strengster Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung zu erfolgen.

4. Die Informationsbeziehungen sind in der Regel zu gestalten als

- ein allgemeiner informativer Informationsfluß über die Existenz von Hinweisen zu Personen, Sachverhalten und analytischen Werten, die entsprechend ihrer Bedeutsamkeit (die dafür notwendigen Kriterien sind aus dem folgenden 5. Grundsatz abzuleiten) der jeweils übergeordneten Ebene bzw. Koordinierungsgruppe zuzuleiten sind

KD/OD/Abt. - AIG BV (HA) - EKG - ZKG.

Dieser Informationsbedarf der Zentralen Koordinierungsgruppe (KK, Analysen/Einschätzungen) ist durch die Bezirkskoordinierungsgruppen abzusichern. Die für die Zentrale Koordinierungsgruppe bestimmten KK sind von den AIG über die Bezirkskoordinierungsgruppen an die Zentrale Koordinierungsgruppe zu leiten; sofort meldepflichtige Informationen sind durch die operative Diensteinheit unverzüglich dem Leiter der Bezirksverwaltung/Verwaltung, Hauptabteilung, der Zentralen Koordinierungsgruppe und Bezirkskoordinierungsgruppe zu übermitteln;

BStU
000122

- . ein auf den operativen Inhalt, einschließlich der Bearbeitung, Abstimmung und Koordinierung bezogener Informationsfluß, der entsprechend der konkreten operativen Bedeutsamkeit des jeweiligen Materials/Sachverhaltes sehr vielgestaltig sein kann, wobei der informative Informationsfluß, einschließlich Rückfluß/Ergänzungen entsprechend der Bedeutsamkeit gewährleistet sein muß. Wesentliches Merkmal ist der unmittelbare Austausch des gesamten Informationsinhaltes zwischen den Diensteinheiten entsprechend den Festlegungen zur Durchsetzung der Koordinierung.
5. Die von inoffiziellen und offiziellen Quellen (einschließlich der in anderen Organen vorhandenen Informationsspeicher, die zielstrebig zu nutzen sind) sowie operativ-technischen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit erarbeiteten Ersthinweise/Informationen sind nach ihrer Bedeutsamkeit in den verschiedenen Speichern (VSH, KK) und Ebenen zu sichern, zu erfassen und zu speichern und bei qualitativen Veränderungen im Ergebnis einer planmäßigen Überprüfungs-, Vergleichs- und Verdichtungsarbeit der jeweils höheren Erfassungs-/Speicherart und Ebene zuzuführen.
- . Alle politisch-operativen Informationen zu Personen mit geringer operativer Bedeutsamkeit sind gemäß 3. Durchführungsbestimmung zum Befehl 299/65 in der VSH-Kartei der jeweiligen KD/OD/operativen Abteilung zu erfassen.

Nach dem Grundsatz des direkten Austausches sind die Informationen zu Personen, die nicht im Verantwortungsbereich wohnhaft sind/arbeiten und zu denen keine eigene Bearbeitung erfolgt, der für den Hauptwohnsitz zuständigen Dienstseinheit direkt zu übermitteln.

- Unter Beibehaltung der Speicherung in der VSH-Kartei sind bei Feststellung solcher Erscheinungen/Verhaltensweisen/Handlungen, die den Verdacht eines ungesetzlichen Verlassens der DDR/einer ungesetzlichen Verbindungsaufnahme zu Menschenhändlerbanden nicht ausschließen oder noch nicht eindeutige Merkmale/Sachverhalte vorliegen, aber auf Grund der Erkenntnis über Handlungen gemäß §§ 105/213 StGB damit zusammenhängen können, Personenkerbblockkarten anzulegen und in den jeweiligen Dienstseinheiten und den AIG der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen/Hauptabteilungen zu speichern.

Durch die ZAIG ist gründlich zu prüfen, inwieweit die Regelungen der beiden vorgenannten Punkte durch Informationsfluß von PKK-DDR bis zur AIG ohne aktive Erfassung in der Abteilung XII - bezogen auf Hinweise im Zusammenhang mit Grenzdelikten - unter Umständen vereinfacht werden kann.

- Bei Verdacht auf feindliche Handlungen oder andere politisch-operativ bedeutsame Erscheinungen/Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem ungesetzlichen Verlassen der DDR/staatsfeindlichem Menschenhandel ist generell eine Erfassung und Speicherung mittels PKK und DKK sowie die Gewährleistung aller daraus

resultierenden Informationsflüsse erforderlich, einschließlich der Informationsflüsse zur Bezirkskoordinierungsgruppe und der Zentralen Koordinierungsgruppe - insbesondere zu Personen/Sachverhalten, die in OV/VAO und OPK bearbeitet werden - und der Sofortmeldepflicht entsprechend der Meldeordnung des Ministeriums für Staatssicherheit.

Die erfassende Diensteinheit ist verantwortlich für die operative Bearbeitung und hat die Informationsflüsse zu sichern, einschließlich der Nutzung der Möglichkeiten über die auch aktiv erfaßten Personen-Hinweiskarten (F 402) gemäß 3. Durchführungsbestimmung zum Befehl 299/65 in der für den Hauptwohnsitz oder die Arbeitsstelle zuständigen Diensteinheit einzulegen.

6. Die in den KK als auch in anderen Formen gespeicherten Informationen sind durch ständige Vergleichs- und analytische Arbeit umfassend für die politisch-operative Arbeit zu nutzen. Mit ihrer Hilfe sind vor allem Verdachtsmomente zu Personen zu verdichten, Zusammenhänge bei feindlichen und verdächtigen Handlungen sowie Erscheinungen aufzudecken, Entwicklungstendenzen und Veränderungen in den Richtungen der feindlichen Angriffe sowie der dabei angewandten Mittel und Methoden zu erkennen und die politisch-operativen Schwerpunkte der jeweiligen Leitungsebene zu bestimmen.

BSU
000125

7. Zur Durchsetzung der Aufgabenstellungen und vorgenannten Grundsätze haben die ZAIG und die Zentrale Koordinierungsgruppe, die AIG der Hauptabteilungen/Bezirksverwaltungen/Verwaltungen und die Bezirks Koordinierungsgruppen einheitlich und abgestimmt anzuleiten und wertvolle Erfahrungen und neue Erkenntnisse der Auswertungs- und Informationstätigkeit zu vermitteln.

8. Die konkrete Gestaltung der Arbeitsbeziehungen zwischen den AIG der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen und den Bezirks Koordinierungsgruppen (Informationsaustausch, Abstimmung, technisch-organisatorische Details) sind auf der Grundlage der in den dienstlichen Bestimmungen für die AIG und Bezirks Koordinierungsgruppen enthaltenen Arbeitsgrundsätzen von den Leitern der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen festzulegen.

Die detaillierte Ausgestaltung der informationellen Prozesse im Zusammenhang mit dem ungesetzlichen Verlassen der DDR/staatsfeindlichen Menschenhandel sowie die sich daraus ergebenden Veränderungen im Befehl 299/65, den Anlagen und Durchführungsbestimmungen zum Befehl ist von der ZAIG in Zusammenarbeit mit der Zentralen Koordinierungsgruppe vorzunehmen und nach Bestätigung durch mich durchzusetzen..

Die Informationsflüsse und -beziehungen im Zusammenhang mit Aktionen und Einsätzen von den Linien und Dienst-einheiten des Ministeriums für Staatssicherheit zum ZOS werden in den jeweiligen Einsatzbefehlen geregelt.

BSU
000126

7. Die Weiterbearbeitung von Ersthinweisen in den verschiedenen Formen, insbesondere durch die politisch-operative Personenkontrolle

Auf der Grundlage der Einschätzungen der im Teil III genannten Informationen und Ersthinweise sind die notwendigen Entscheidungen zu treffen über

- Einleitung von Sofortmaßnahmen mit dem Ziel der unmittelbaren Festnahme;
- sofortige Bearbeitung in Vorgängen;
- Einleitung differenzierter Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens oder der Schleusung;
- eine Übergabe an die Deutsche Volkspolizei, sofern keine Verantwortlichkeit des Ministeriums für Staatsicherheit vorliegt und die Gewährleistung der Geheimhaltung und Konspiration dies zuläßt, bei Gewährleistung des weiteren Informationsaustausches oder
- die politisch-operative Personenkontrolle.

Die Kontrolle von Personen entsprechend der Richtlinie 1/71 erfolgt mit der generellen Zielstellung des rechtzeitigen Erkennens und Aufklärens, der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels in der DDR und anderen sozialistischen Ländern, einschließlich der Auffindung, Schaffung und Nutzung von Ansatzpunkten und Voraussetzungen für die Bandenbekämpfung.

BSU
000127

Es ist zu gewährleisten, daß beim Vorliegen operativ bedeutsamer Anhaltspunkte folgende Personen unter operative Personenkontrolle gestellt werden:

- . Rückverbindungen von Personen, die ausgeschleust wurden oder auf anderen Wegen die DDR ungesetzlich verließen bzw. ausgewiesen wurden;
- . Rückkehrer und Zuziehende, vor allem jene, die als Wiederholungstäter angefallen sind;
- . Personen, die Anträge auf legalen Verzug nach der BRD gestellt haben, vor allem wenn

sie schon wegen Vorbereitungshandlungen zum ungesetzlichen Verlassen angefallen sind,

sie Geheimnisträger, Zuziehende, Haftentlassene, Asoziale oder Personen mit aktiver Westverbindung sind

und deren Antrag abgelehnt wurde;

- . Personen, die wegen Grenzdelikten oder als Täter von provokativ-demonstrativen Handlungen vorbestraft sind;
- . Personen, die Liebesverhältnisse mit relativ festen Bindungen zu Bürgern der BRD, anderer nichtsozialistischer Länder sowie Westberlins unterhalten;

- . Personen, bei denen damit zu rechnen ist, daß sie durch bereits ausgeschleuste Personen bei Banden, als schleusungswillig angegeben wurden;
- . Personen, die gezielt versuchen, mit Angehörigen oder Zivilpersonen der Grenzübergangsstellen oder mit Angehörigen der Grenztruppen der DDR Verbindungen aufzunehmen, die auf die Vorbereitung des ungesetzlichen Verlassens hindeuten;
- . Personen, die verwandtschaftliche oder bekanntschaftliche Verbindungen zu Angehörigen von Menschenhändlerbanden unterhalten.

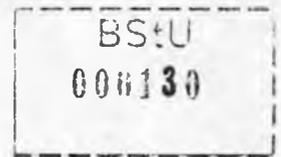
Für die Einleitung der OPK sind darüber hinaus die unter III/2 und III/3 genannten Anhaltspunkte und Personenkategorien zu beachten.

Bei der Organisierung der OPK zum rechtzeitigen Erkennen sowie zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels sind die für diese Delikte charakteristischen Merkmale zu beachten, zu denen gehören:

- . Zwischen Tatentschluß, Vorbereitung und Versuch liegen besonders bei Jugendlichen in der Regel nur relativ kurze Zeiträume, oft nur wenige Stunden;
- . In zunehmendem Maße werden in der BRD, in anderen nichtsozialistischen Staaten sowie in Westberlin lebende Verwandte, Bekannte, Freunde in die aktive Vorbereitung und Durchführung der Abwerbung/Ausschleusung einbezogen;

BSU
00W129

- . Die Instruierung der Bürger der DDR über ihre Ausschleusung erfolgt in der Regel außerhalb ihres Wohn- und Arbeitsbereiches, vorwiegend in der Hauptstadt der DDR und in sozialistischen Ländern;
- . Vorbereitungshandlungen des ungesetzlichen Verlassens der DDR werden in der Regel im Arbeits- und Freizeitbereich usw. wenig sichtbar;
- . Die von den Personen zur Tatausführung in Erwägung gezogenen Möglichkeiten zum ungesetzlichen Verlassen können sehr verschiedenartig sein. Auf der Grundlage von charakteristischen Persönlichkeitsmerkmalen, vorhandenen Hinweisen und unseren Erfahrungen ist deshalb sehr sorgfältig mit Versionen zu arbeiten. Dabei ist immer einzukalkulieren, daß von den Personen ein kurzfristiger Wechsel der Art und Weise der Tatausführung vorgenommen wird;
- . Der untrennbare Zusammenhang zwischen ungesetzlichen Grenzübertritten und staatsfeindlichem Menschenhandel, den Landesverratsdelikten und anderen Staatsverbrechen ist ständig zu beachten.
Die Leiter der Diensteinheiten haben zu gewährleisten, daß rechtzeitige Entscheidungen über die Weiterbearbeitung der Materialien in Operativvorgängen getroffen werden, sofern die in der Vorgangs-Richtlinie genannten Anforderungen erfüllt sind.



Teil IV

Wirksame Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels

BS:U
000131Teil IVSeite

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1. | Grundsätze der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels | 133 - 135 |
| 2. | Die Ausrichtung der operativen Kräfte des MfS, insbesondere der IM, auf die Verhinderung - ständiges Arbeitsprinzip bei allen operativen Prozessen | 136 - 139 |
| 3. | Die Beherrschung und Anwendung der Fahndung, insbesondere der operativen Fahndungsmöglichkeiten der Linie VI, durch die Leiter operativer Dienststellen - ein bedeutsamer Faktor der effektiven Verhinderung | 140 - 142 |
| 4. | Die Durchführung von Vorbeugungsgesprächen (Verhinderungsgesprächen) mit Personen, zu denen Hinweise auf geplantes ungesetzliches Verlassen der DDR vorliegen | 142 - 145 |
| 5. | Maßnahmen zur Verhinderung antisozialistischer provokativ-demonstrativer Handlungen | 146 - 150 |
| 6. | Maßnahmen zur Vorhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels unter Einbeziehung von Diplomaten und Angehörigen der westlichen Besatzungsmächte | 150 - 151 |
| 7. | Die Verhinderung von Aktionen des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens über sozialistische Länder | 152 - 155 |

BSU
000132Seite

8. Politisch-operative Aufgaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit Übersiedlungen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, Familienzusammenführung und Eheschließungen mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR 156 - 159
9. Spezifische Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Handlungen 159 - 164

1. Grundsätze der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels

Die Verhinderung ist wichtiger Inhalt aller politisch-operativen Prozesse und muß die Handlungen der operativen Kräfte ausnahmslos aller Linien und Dienststeinheiten bestimmen. Sie ist maßgeblich für das Ministerium für Staatssicherheit und die Organisation des Zusammenwirkens mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen. Bei allen Prozessen der Verhinderung ist die Herausarbeitung von Ansatzpunkten und Möglichkeiten zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden vorrangiges Prinzip.

Die Verhinderung erfordert umfassendes und zielbewußtes politisches Handeln.

Maßstab der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit, insbesondere der Führung operativer Prozesse und des Einsatzes der IM, ist die Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und die Vermeidung weiterer Schäden.

Qualifizierter Einsatz der IM, Suche und Auswahl perspektivreicher IM, Vervollkommnung ihrer Anleitung und Instruierung mit dem Ziel der politisch-operativen Bearbeitung von Bürgern der DDR, die aus einem verfestigten feindlichen Standpunkt heraus die Absicht haben, die DDR mit allen Mitteln ungesetzlich zu verlassen; qualifizierter Einsatz der IM zur Feststellung von Angehörigen der Menschenhändlerbanden sind entscheidende Seiten der Maßnahmen, die der Verhinderung dienen.

Dazu gehören ferner:

- Verhinderung der Entstehung von Tatentschlüssen bei Bürgern der DDR,
- Vorbeugungsgespräche,
- Verhinderung von provokativ-demonstrativen Handlungen,
- Entlassung aus der Staatsbürgerschaft in begründeten Fällen,
- Einschränkung und Unterbindung der Aktionen der Menschenhändlerbanden.

Dazu gehören auch das Erkennen, Entwickeln und Nutzen von Widersprüchen zwischen Bürgern des nichtsozialistischen Auslandes und ehemaligen DDR-Bürgern. Durch vielgestaltige politisch-operative Maßnahmen ist die Eingliederung ehemaliger DDR-Bürger in die gesellschaftlichen Verhältnisse der BRD oder Westberlins zu erschweren.

Mit gezielt zurückgeführten DDR-Bürgern, mit IM, OibE und offiziellen Kräften sind gefährdete Bürger unseres Staates zu beeinflussen, um sie von ihrem Vorhaben abzubringen bzw. bei schwankenden Personen die Motivbildung zum ungesetzlichen Verlassen zu verhindern.

Durch IM sind bei Personen, die das ungesetzliche Verlassen der DDR beabsichtigen,

- Zweifel an der Realisierbarkeit zu wecken,
- Trennung von Liebesverhältnissen sowie die
- Beseitigung von Konfliktsituationen zu forcieren.

Soweit möglich, ist bei solchen Personen die Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Aufdeckung der Praktiken der Menschenhändlerbanden zu wecken.

Die Verhinderung erfordert die ständige Vervollkommnung der Sicherung der Staatsgrenze, einschließlich der Grenzübergangsstellen gegen alle Formen und Methoden ihrer Überwindung, vor allem zur Unterbindung terroristischer Handlungen.

Dazu gehört auch die Vorbereitung aller operativen Kräfte und ihr schlagkräftiger Einsatz bei Sofortmaßnahmen und Fahndungen. Diese oft letztmöglichen Maßnahmen der Verhinderung haben besondere Bedeutung, um negative politische Auswirkungen zu verhindern.

Festnahmen an der Grenze, Fahndungen mit großem Kräfteaufwand und ähnlich geartete Maßnahmen müssen immer mehr zur Ausnahme werden. Die Maßnahmen der Verhinderung haben sich durch Rechtzeitigkeit des Einsatzes der IM, der operativen Prozesse, der politisch-operativen Sofortmaßnahmen u.a. Handlungen vorbeugenden Charakters auszuzeichnen.

2. Die Ausrichtung der operativen Kräfte des Ministeriums für Staatssicherheit, insbesondere der IM, auf die Verhinderung - ständiges Arbeitsprinzip bei allen operativen Prozessen

Die operativen Kräfte des Ministeriums für Staatssicherheit sind so auf die Vorbeugung, das rechtzeitige Erkennen und Verhindern zu konzentrieren, daß

- die Beeinflussungsversuche des Feindes weitgehend unwirksam bleiben,
- Bürger der DDR von ihrem Vorhaben, unseren Staat zu verlassen, zurücktreten bzw. rechtzeitig daran gehindert werden,
- Aktionen der Menschenhändlerbanden nicht durchgeführt werden können.

Leiter und Mitarbeiter der operativen Dienstseinheiten haben bei der Erarbeitung, vor allem jedoch bei der Überprüfung und weiteren Aufklärung von Ersthinweisen, bei der OPK, vor allem jedoch bei der Bearbeitung operativer Vorgänge, ständig den Verhinderungsgesichtspunkt zu beachten.

Bei operativen Personenkontrollen sowie solchen Vorgängen, die mit anderer Zielrichtung bearbeitet werden, sind Gesichtspunkte der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens ständig zu beachten.

Leiter und Mitarbeiter der operativen Dienststeinheiten haben ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Einleitung operativer Sofortmaßnahmen ständig zu entwickeln und die IM/GMS so zu qualifizieren, daß sie entsprechend ihren Handlungsmöglichkeiten selbständig operative Sofortmaßnahmen einleiten und durchführen.

Für die Einleitung und energische Durchsetzung operativer Sofortmaßnahmen sind Handlungsvarianten zu entwickeln, zu erproben und zu vervollkommen.

Die Einleitung operativer Sofortmaßnahmen wird vor allem notwendig bei Informationen über unmittelbar bevorstehende Aktionen krimineller Menschenhändlerbanden, Grenzdurchbrüche von Personengruppen oder Einzelpersonen, Terrorhandlungen, provokative Demonstrationshandlungen, Gefahr der terroristischen Inbesitznahme von Luft-, Land- und Wasserfahrzeugen zum Zwecke des Grenzdurchbruches oder andere Gefährdungen der Sicherheit der Staatsgrenze der DDR.

Sofortmaßnahmen sind so durchzuführen, daß

- Schäden für die DDR, ihre Bürger und die anderer sozialistischer Bruderländer verhindert,
- die Täter gefaßt,
- Beweise zur Tat und zum Täter gesichert,
- Ansatzpunkte und Möglichkeiten für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden erschlossen

werden.

BStU
000138

In Abhängigkeit vom vorliegenden Sachverhalt sind bei Vorliegen des dringenden Tatverdachtes unter Berücksichtigung von Ort und Zeit und Bedingungen als Sofortmaßnahmen einzuleiten:

- Verstärkte Sicherung gefährdeter Territorien, Streckenabschnitte der Transitwege und Grenzabschnitte durch operative Mitarbeiter, IM/GMS sowie im Zusammenwirken mit zuständigen Sicherheitsorganen;
- Spezielle Überwachungsmaßnahmen zur exakten Bestimmung des Zeitpunktes der Schleusungsaktion bzw. des ungesetzlichen Verlassens, zur Feststellung der wahrscheinlichen Wegstrecke, weiterer beteiligter Personen usw.;
- operative Beobachtung der Tatverdächtigen sowie der Objekte, in denen Tatmittel gelagert werden, um deren Sicherstellung vorzubereiten und durchzuführen;
- Überprüfung zur Feststellung des Aufenthaltes von Verdächtigen;
- Auslösung von Fahndungen, wenn sich der/die Täter bereits auf dem Weg zur Staatsgrenze befinden;
- Überwachung von Zusteigorten an Transitstrecken, von Versteckmöglichkeiten im Grenzgebiet u.a.m.

Dazu gehören auch, sofern das Sachverhalt und Zeit zulassen,

- Ablehnung von antrags- und genehmigungspflichtigen Reisen in sozialistische Länder und Reisen in dringenden Familienangelegenheiten in nichtsozialistische Staaten und Westberlin;
- Beantragung von Fahndungsersuchen bei der Hauptabteilung/Abteilungen VI an der Staatsgrenze zur VR Polen und zur CSSR sowie am Flughafen Schönefeld in Verbindung mit der Beantragung von Kontrollmaßnahmen durch die Organe der Zollverwaltung der DDR mit dem Ziel der Verhinderung der Ausreise in sozialistische Länder;
- Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen in Verbindung mit den Bruderorganen beim Aufenthalt der verdächtigen Person in sozialistischen Ländern über den Bereich Koordinierung der Hauptabteilung VI bzw. über die Abteilung X des Ministeriums für Staatssicherheit.

BS:U
000140

3. Die Beherrschung und Anwendung der Fahndung, insbesondere der operativen Fahndungsmöglichkeiten der Linie VI durch die Leiter operativer Dienstseinheiten - ein bedeutsamer Faktor der effektiven Verhinderung
-

Durch die Leiter der operativen Dienstseinheiten sind die Möglichkeiten der Volkspolizei in Verbindung mit der Fahndungsführungsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit zur operativen Fahndung nach Personen und Sachen in bezug auf Delikte nach §§ 213/105 StGB umfassend zu erschließen und zu nutzen.

Diese Möglichkeiten bestehen

1. bei Verbrechen, welche die Sicherheit des Staates gefährden, in der Einleitung einer Großfahndung;
2. bei Vorliegen von strafbaren Handlungen, die eine hohe Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellen, wie z.B. Grenzdurchbrüche in das Gebiet der DDR oder Vorbereitungshandlungen, die darauf abzielen, die Staatsgrenze der DDR gewaltsam zu durchbrechen, in der Einleitung von Eilfahndungen Stufe I;
3. bei Vorliegen von Informationen zu Personen, bei denen der Verdacht des Verstoßes gegen § 213 StGB gegeben ist, in Einleitung von Eilfahndungen Stufe II.

BS:U
000141

Die Berechtigung zum Auslösen von Groß- und Dillfahndungen sowie die Gestaltung des Zusammenwirkens zwischen der Deutschen Volkspolizei, dem Ministerium für Staatssicherheit und anderen Schutz- und Sicherheitsorganen ist in der

Fahndungsordnung des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 15. 7. 1965 in der Fassung vom 18. Mai 1973

geregelt.

Für den Einsatz geeigneter IM/GMS bei Fahndungen der Deutschen Volkspolizei wie auch bei Fahndungen des Ministeriums für Staatssicherheit sind Varianten zu erarbeiten. In ihnen sind die Einsatzrichtung, die Einsatzmethode und der Informationsweg bei Fahndungsfeststellungen zu erfassen und in Fahndungsakten, die beim persönlichen Beauftragten des Kreisdienststellenleiters geführt werden, zu dokumentieren. Diese Fahndungsakten gewährleisten einen schnellen und zielgerichteten Einsatz der IM/GMS im Bedarfsfall und eine entsprechende Abstimmung mit den anderen Sicherheitsorganen. Deshalb sollten diese Einsatzvarianten mit den im Plan des Zusammenwirkens enthaltenen Varianten für Fahndungen im wesentlichen übereinstimmen.

Wichtige Fahndungen sind mit der Zentralen Koordinierungsgruppe abzustimmen.

Zur Erzielung einer höchstmöglichen Wirksamkeit der Fahndungsmaßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels bei gleichzeitiger Herausarbeitung und Nutzung von Ansatzpunkten zur Bandenbekämpfung ist vor der Beantragung von Fahndungen von der Möglichkeit der Fahndungsberatung der Linie VI Gebrauch zu machen.

4. Die Durchführung von Vorbeugungsgesprächen (Verhinderungsgesprächen) mit Personen, zu denen Hinweise auf geplantes ungesetzliches Verlassen der DDR vorliegen

Mit Personen, die keinen verfestigten feindlich-negativen Standpunkt besitzen, sich in bestimmten Konfliktsituationen befinden oder aus anderen Gründen ein ungesetzliches Verlassen beabsichtigen und noch keine schwerwiegenden Handlungen zur Realisierung dieser Absicht begangen haben, sind Vorbeugungsgespräche zu führen.

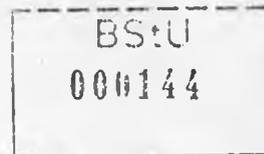
Das Ziel von Vorbeugungsgesprächen muß darin bestehen:

1. Den Rücktritt von diesem Vorhaben zu erreichen, diese Person nicht aus der sozialistischen Gesellschaft ausbrechen zu lassen und diesen Rücktritt zu dokumentieren.
2. Operativ-relevante Kontakte zu klären, zu bearbeiten bzw. zu zerschlagen.

3. Die Ursachen und begünstigenden Bedingungen für das beabsichtigte ungesetzliche Verlassen zu klären und besonders die Ursachen für Konflikte auszuräumen, vor allem im Zusammenwirken mit anderen Organen und Einrichtungen bzw. durch diese.
4. Geeignete Personen aus diesen Kreisen als IM-Kandidaten auszuwählen.
5. Zu prüfen, ob und welche strafrechtlich relevanten Handlungen bereits begangen wurden (Überprüfungsmaßnahmen bzw. Prüfungshandlungen entsprechend § 95 StPO) und im Zusammenhang damit auch zu prüfen, ob eine beabsichtigte Straftat in Richtung § 213 StGB nur vorgetäuscht wird, um staatliche Organe und gesellschaftliche Einrichtungen zu erpressen (Erhalt einer Wohnung u.a.).
6. Hinweise auf andere, noch nicht bekannte Personen zu erarbeiten und andere Sachverhalte zu klären.
7. Feindliche oder negative politisch-ideologische Einflüsse im konkreten Arbeits- oder Freizeitbereich aufzuklären und zurückzudrängen.

Vorbeugungsgespräche sind in Abstimmung mit der Linie IX durchzuführen, wenn

1. der Prozeß der Entschlußfassung für die Durchführung eines ungesetzlichen Grenzübertrittes noch nicht überschritten ist;



2. eine Entschlußfassung für einen ungesetzlichen Grenzübertritt zwar vorliegt, von der betreffenden Person jedoch noch keine Handlungen begangen wurden, die den Straftatbestand des § 213 StGB verletzen;
3. In Einzelfällen wird auch bei Vorliegen strafrechtlich relevanter Handlungen unter Berücksichtigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit entsprechend § 25 StGB die Durchführung von Aussprachen oder Befragungen und die Einleitung von gesellschaftlichen Erziehungs- und Kontrollmaßnahmen möglich sein;
4. andere Hinweise zu beabsichtigtem, geplantem oder vorbereitetem ungesetzlichen Verlassen vorliegen und - wie auch bei dem bisher Genannten, keine verfestigte feindliche oder negative Einstellung vorliegt, besonders bei Kindern und Jugendlichen (bei Letzteren in der Regel im Zusammenhang mit deren Erziehungssträgern).

Es sind weitere Maßnahmen notwendig, die im Zusammenhang mit Vorbeugungsgesprächen durchzuführen sind, wie:

- die Trennung von Liebesverhältnissen und anderen Kontakten in das nichtsozialistische Ausland durch den Einsatz von IM und andere geeignete operative Maßnahmen;
- die Feststellung der Reaktion der betreffenden Person auf das Vorbeugungsgespräch;
(Einsatz von IM bzw. die Nutzung der Möglichkeiten von Fachabteilungen 26 oder M).

Ein Hauptproblem für die erfolgreiche Durchführung von Vorbeugungsgesprächen ist die tatsächliche Ausräumung/Einschränkung der herausgearbeiteten Konfliktsituationen. Es sind unbedingt staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen einzubeziehen, da es sich in der Mehrzahl um Probleme wie

Unzufriedenheit über Wohnverhältnisse,

Schwierigkeiten im Beruf bzw. in der Schule oder

Schwierigkeiten in der Familie

handelt.

In Einzelfällen sind zusätzlich Kontrollmaßnahmen der Deutschen Volkspolizei oder des Ministeriums für Staatssicherheit einzuleiten.

Der zuständige Leiter hat zu entscheiden, ob eine operative Personenkontrolle zur Klärung weiterer Anhaltspunkte auf Tatbeteiligte oder zur Prüfung, ob der Täter wirklich von seinen Plänen Abstand genommen hat oder nicht, neue Straftaten vorbereitet und durchführt, notwendig wird.

Die Personen, mit denen Aussprachen geführt wurden, sind in der Kerblockkartei der zuständigen Kreisdienststellen zu registrieren und das vorhandene Material ist griffbereit zu speichern.

5. Maßnahmen zur Verhinderung antisozialistischer provokativ-demonstrativer Handlungen

Im Rahmen der Pläne und Maßnahmen des Gegners zur Organisation subversiver Aktivitäten spielt die Inspizierung und konkrete Anleitung feindlicher und negativer Kräfte zu provokativ-demonstrativen Handlungen eine maßgebliche Rolle.

Im Vordergrund aller Maßnahmen steht die Vorbeugung gegen provokative Demonstrationshandlungen.

Das erfordert insbesondere

- die allseitige Erfassung und verstärkte Kontrolle der Personen,

deren Übersiedlungsanträge abgelehnt wurden und die die Gründe der Ablehnung nicht anerkennen;

deren Reiseanträge in die BRD und das übrige kapitalistische Ausland abgelehnt wurden, weil der Verdacht besteht, daß sie die Ausreise zu einem Verbleib in der BRD bzw. dem übrigen kapitalistischen Ausland nutzen wollten und bei denen die Gründe des Reiseantrages noch bestehen;

- die verstärkte Absicherung solcher Orte, die auf Grund ihrer zentralen Lage und anderen Gegebenheiten besonders öffentlichkeitswirksam sind, wie zum Beispiel zentrale öffentliche Plätze und Gebäude, die

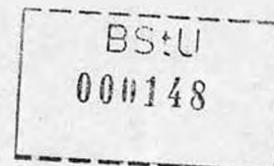
unmittelbare Umgebung von Vertretungen kapitalistischer Staaten, Grenzübergangsstellen, Transitstrecken, Aufenthaltsorte ausländischer Delegationen;

- die verstärkte Absicherung politischer Höhepunkte, wie zum Beispiel zentrale Veranstaltungen, Delegationsbesuche in staatlichen Einrichtungen und Betrieben, internationale Beratungen, Meetings sowie andere politische Höhepunkte, bei denen eine Vielzahl von Bürgern und Besuchern aus dem kapitalistischen Ausland zugegen ist.

Die verstärkte Konzentration der Kräfte, insbesondere der IM/GMS, auf die Kontrolle möglicher Täter und die Sicherung für provokative Demonstrativhandlungen besonders geeigneter Objekte, Territorien und gesellschaftlicher Ereignisse setzt zugleich die Erhöhung der Wachsamkeit vor provokativen Demonstrativhandlungen im Gesamtverantwortungsbereich aller Dienstseinheiten voraus. Das Auftreten von Demonstrativtätern kann auch an weniger bedeutungsvollen Orten und zu Zeiten erfolgen, die von vornherein keine besonderen politischen Höhepunkte aufweisen.

Beim Auftreten von Demonstrativtätern ist sofort jedwede Entfaltung und Fortführung der Tat zu unterbinden. Die Verantwortlichen stützen sich hierbei je nach der Art des Ereignisses auf die Mitwirkung

- aller Organe, die im Zusammenwirken für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung an den Grenzübergangsstellen (PKE, Zoll, Grenztruppen der DDR, DVP)



sowie

- Angehöriger solcher Organe, die

für die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf
Straßen und Plätzen (wie zum Beispiel Verkehrs-
und Schutzpolizei),

für den Schutz des Lebens und die Gesundheit der
Bürger (wie zum Beispiel DRK, Feuerwehr),

die Sicherung diplomatischer Vertretungen (wie
zum Beispiel WKM),

für Ordnung und Sicherheit in staatlichen, gesell-
schaftlichen und betrieblichen Objekten (wie zum
Beispiel Hauswache, Pförtner)

verantwortlich sind.

Bei Demonstrationshandlungen im gegenüberliegenden
Grenzgebiet ist durch den Einsatz speziell dazu befähig-
ter inoffizieller Mitarbeiter zu sichern, daß

- der Gesamtablauf der Handlung beweiskräftig dokumen-
tiert wird,
- Vertreter westlicher Massenmedien erkannt und deren
Personalien festgestellt werden,
- Einzelpersonen dazu veranlaßt werden, ihre Handlung
einzustellen,

BS:U
000149

- über Positionen im Bundesgrenzschutz, der Polizeieinheiten von Berlin (West) sowie des Zollgrenzdienstes der BRD und Berlin (West) für Ruhe und Ordnung an der Staatsgrenze zur DDR und ihrer Hauptstadt gesorgt wird.

Die Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD und Berlin (West) stellen für die Linie VI einen besonderen Schwerpunktbereich für das Auftreten von Personen mit provokativen Demonstrationshandlungen dar.

Die Leiter der Paßkontrolleneinheiten sind verantwortlich, daß im Zusammenwirken mit allen an den Grenzübergangsstellen eingesetzten Kontroll- und Sicherungskräften, einschließlich der Deutschen Volkspolizei sowie zivilen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen durch

ständige Beobachtung des Hinterlandes, der Flanken und des gegnerischen Vorfeldes

Anzeichen auf derartige Handlungen rechtzeitig erkannt werden.

Durch sachliches und politisch kluges, aber energisches Auftreten gegenüber Demonstrationstätern sind diese

- von anderen Personen zu isolieren und - ohne Aufsehen in der Öffentlichkeit zu erregen - festzunehmen oder
- je nach Ausmaß und Vergehen der Täter zu überzeugen, von ihrer Tat freiwillig Abstand zu nehmen.

Die Zuführung der Täter hat unauffällig, sicher und unter Vermeidung jeder Art von Kontakten unter den Tätern, Mittätern, Beteiligten und Zeugen zu erfolgen. Unbedingt sind Selbsttötungsversuche zu unterbinden.

6. Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und staatsfeindlichen Menschenhandels unter Einbeziehung von Diplomaten und Angehörigen westlicher Besatzungsmächte

Diplomaten und Angehörige der westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien und Frankreich) unterliegen auf Grund internationaler Abkommen und innerstaatlicher Festlegungen der DDR bei ihren Reisen von und nach Berlin (West) sowie bei Ein- und Durchreisen in bzw. durch das Staatsgebiet der DDR keiner Zollkontrolle.

Auf Grund der diesen Personen gewährten Sonderrechte und Kontrollbefreiungen im grenzüberschreitenden Verkehr stehen sie ständig im Blickpunkt der kriminellen Menschenhändlerbanden, um sie für ihre verbrecherische Tätigkeit, die gewerbsmäßig betriebene Abwerbung und Ausschleusung von Bürgern der DDR, einzusetzen und auszunutzen.

Die Aufdeckung und Verhinderung dieser Angriffe erfordert die Erschließung und Nutzung aller Möglichkeiten zur Kontrolle und Überwachung dieser Personen bei besonderer Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung.

BSU
000151

Insbesondere ist es erforderlich,

1. mit Hilfe inoffizieller Mitarbeiter innerhalb der kriminellen Banden oder in deren Stützpunkten Hinweise zu erarbeiten, die weitere gezielte Kontrollmaßnahmen ermöglichen.
2. Analog dieser Forderung sind vor allem die inoffiziellen Möglichkeiten der Linie II gezielt zur Erarbeitung derartiger Hinweise einzusetzen.
3. Die Paßkontrolleinheiten der Linie VI gewährleisten eine lückenlose Erfassung der Ein-, Aus- und Durchreisen von
 - a) Diplomaten und anderen Mitarbeitern ausländischer Vertretungen mit Ausweisen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR,
 - b) Armeeeingehörigen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die die Hauptstadt der DDR von Berlin (West) aus aufsuchen.
4. Die beim Grenzübertritt erkannten oder getroffenen Feststellungen sind ständig zu analysieren und nach Anhaltspunkten für das Vorliegen von Straftaten nach §§ 213/105 StGB zu untersuchen und in Abstimmung mit der Linie II weitere gezielte Maßnahmen einzuleiten.
5. Durch die Abwehrarbeit sind Hinweise zu Bürgern der DDR zu erarbeiten, die zum Zwecke des ungesetzlichen Verlassens ohne Beteiligung von kriminellen Banden zu Diplomaten, nichtdiplomatischen Mitarbeitern oder Besatzern Kontakte herstellen.

7. Die Verhinderung von Aktionen des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens über sozialistische Länder

Der Mißbrauch der Möglichkeiten der Ausreise von Bürgern der DDR in sozialistische Länder zur Vorbereitung und Durchführung von Straftaten des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels erfordert die zielstrebige Zusammenarbeit zwischen den verschiedensten Dienststeinheiten und Linien des Ministeriums für Staatssicherheit im Innern der DDR, den Operativ-Gruppen der Hauptabteilung VI in der CSSR, Ungarischen VR und VR Bulgarien und den Bruderorganen.

Mit dem Ziel der Verhinderung sind im Rahmen dieser Zusammenarbeit durchzusetzen:

- der Einsatz von IM und spezifischer Mittel zur Kontrolle und Überwachung in sozialistischen Staaten;
- Beobachtungen während des Aufenthaltes in sozialistischen Staaten und Übergabe an andere Bruderorgane;
- Fahndungen an Grenzübergangsstellen sozialistischer Staaten zu nichtsozialistischen Staaten zum Zwecke der Durchführung gezielter Paß- und Zollkontrollen oder zur Festnahme.

Die Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit obliegt dem Bereich Koordinierung der Hauptabteilung VI in Verbindung mit der Abteilung X des Ministeriums für Staatssicherheit.

Dadurch ist es möglich, Bürger der DDR und Bürger nichtsozialistischer Staaten, gegen die begründete Verdachtsmomente vorliegen, unter operativer Kontrolle zu halten. Diese Kontrolle ist in mehreren Staaten möglich (CSSR, Ungarische VR, VR Bulgarien, VR Polen u.a. außer Rumänien), wenn die dazu erforderlichen Voraussetzungen vorliegen.

Im Interesse der weiteren Erhöhung der Qualität und der Effektivität haben die kontrollersuchenden Dienst-einheiten folgende Voraussetzungen einzuhalten:

1. Die vorliegenden Erstinformationen zu Personen oder Sachverhalten müssen überprüft und verdichtet sein.
2. Die operativen Möglichkeiten im Innern der DDR müssen ausgeschöpft sein, die Ausreise des Bürgers der DDR ist ohne politische oder operativ negative Auswirkungen nicht zu verhindern.
3. Die Kontrollersuchen müssen auf die reale Bewältigung von Teilzielen der Bearbeitung gerichtet sein.

BSU
000154

Die Kontrollersuchen müssen beinhalten:

- a) auftraggebende Dienst Einheit - operativer Mitarbeiter - Telefonnummer (Tag und Nacht);
- b) Sachverhalt:
(hier ist in kurzer Form der dem Kontrollersuchen zugrunde liegende Sachverhalt darzulegen, wobei streng zu trennen ist zwischen erwiesenen Tatsachen und Vermutungen bzw. Versionen);
- c) Zielstellung der einzuleitenden Maßnahmen:
(sie muß konkret gehalten und realisierbar sein. Jedes schablonenhafte Herangehen bei der Zielfestlegung birgt in sich die Gefahr, daß die gewünschten bzw. erforderlichen Ergebnisse nicht erarbeitet werden können);
- d) große Personalien, 6 Lichtbilder neuesten Datums und nach Möglichkeit Ganzfotos aus der Bewegung;
- e) kurze Personenbeschreibung (besondere Merkmale);
- f) operativ zu beachtende Persönlichkeitseigenschaften (Leidenschaften, Eigenarten, besondere Verhaltensweisen, Hobbys u.a.);
- g) bei der Realisierung des Kontrollersuchens zu beachtende Verbindungen
(Verbindungen, die nicht unmittelbar in Beziehung zu den Fakten des operativen Sachverhaltes stehen, jedoch bei der Durchführung operativer Maßnahmen zu beachten sind);

BS:U 000155

- h) Angaben zur Gestaltung und zum Ablauf der Reise wie:
- Reiseart (Gruppentourismus, Individualreisender u.a.),
 - Reisettermin,
 - Reiseziel (Land - Aufenthaltsort - Unterkunft),
 - Reiseroute (beginnend vom Abfahrtsort in der DDR bis zum Aufenthaltsort im sozialistischen Ausland und zurück, mit besonderer Hervorhebung der Transitländer und zu passierenden Grenzübergangsstellen),
 - benutzte Verkehrsmittel (bei eigenen Kfz: Typ, Farbe, polizeiliches Kennzeichen; bei Sportbooten: Typ, Farbe, Antriebsart);
- i) mitreisende Personen (kleine Personalien und Angaben, ob und inwieweit sie die Erfüllung des Kontrollersuchens beeinflussen können);
- j) bereits durch die auftragsersuchende Dienst Einheit eingeleitete Maßnahmen im sozialistischen Ausland;
- k) Deckbezeichnung.

Während der Realisierung des Auftrages ist ein ständiger Informationsaustausch zwischen der Hauptabteilung VI und der auftraggebenden Dienst Einheit zu gewährleisten.

8. Politisch-operative Aufgaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit Übersiedlungen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, Familienzusammenführungen und Eheschließungen mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR
-

Die politisch-operativen Aufgaben im Zusammenhang mit

- Übersiedlungen von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,
- Familienzusammenführungen und Eheschließungen mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins,
- Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR

sind in den Gesamtkomplex der Maßnahmen zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens sowie Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels einzuordnen und ständig weiter zu qualifizieren.

Zur qualifizierten Durchsetzung der politisch-operativen Aufgabenstellung im Zusammenhang mit Übersiedlungen, Familienzusammenführungen und Eheschließungen sowie zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens sind die Aufgaben und Maßnahmen zur operativen Aufklärung der Antragsteller weiter zu verstärken.

BSTU
000157

Sie sind besonders darauf zu richten,

- gesicherte Erkenntnisse über das Persönlichkeitsbild der beteiligten Personen, ihr Verhalten im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich sowie zu den Verbindungen in bzw. außerhalb der DDR zu erarbeiten;
- die Ursachen, Motive bzw. Beweggründe für die Antragstellung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Pläne und Absichten umfassender in Erfahrung zu bringen, um die in diesem Zusammenhang auftretenden sicherheitspolitischen Probleme, wie den Einfluß der feindlichen Kontaktpolitik und -tätigkeit, die zu erwartenden Folgen und Gefahren durch Vorliegen von Ausschlußgründen, zu erwartende operativ bedeutsame Rückverbindungen im Genehmigungsfalle und andere umfassender operativ einzuschätzen, damit gesicherte differenzierte Entscheidungen getroffen werden können.

Dabei sind besonders zu beachten mögliche negative Folgen durch Einreisen in die DDR von übersiedelten Personen und die sich daraus ergebenden Erfordernisse zur Prüfung, ob zur Abwendung von Gefahren für die DDR die Einleitung einer Reisesperre notwendig ist.

Weiterhin ist zu sichern, daß in den Fällen der Übersiedlung und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, in denen sich der Antragsteller in Haft befindet, die Prüfung und Vorbereitung der Entscheidung bereits während der Haft erfolgt, um zu gewährleisten, daß die Übersiedlung unmittelbar nach der Haftentlassung realisiert wird, damit erneute Straftaten ausgeschlossen werden.

BStU
000158

In solchen Fällen, in denen neben der Antragstellung auf Übersiedlung, Familienzusammenführung und Eheschließung sowie Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR im Ergebnis der Prüfung bereits Vorbereitungs- handlungen zum ungesetzlichen Verlassen festgestellt wurden, ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von den Leitern der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen im operativen Zusammenwirken mit den Chefs der Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei zu entscheiden, ob die Einleitung strafprozessualer Maßnahmen zweckmäßig ist oder aus politisch-operativen Erwägungen eine Übersiedlung vorgeschlagen werden sollte bzw. welche anderen Maßnahmen einzuleiten sind, damit die Antragsteller endgültig von ihrem Vorhaben Abstand nehmen.

Zu Personen, bei denen Ausschlußgründe auf Übersiedlung, Familienzusammenführung und Eheschließung sowie Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR vorliegen, sind rechtzeitig wirksame Maßnahmen der operativen Kontrolle einzuleiten, damit ein ungesetzliches Verlassen bzw. andere negative Handlungen, insbesondere demonstrative Handlungen in der Öffentlichkeit, verhindert werden.

Weiterhin sind im Zusammenhang mit der Prüfung der Anträge und Antragsteller die Übersiedlungen und Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR, besonders nach der BRD und Westberlin zur Desinformation und Täuschung des Gegners, zum Beispiel

BSTU
000159

- desorientierendes Ansprechen und andere irreführende Maßnahmen mit Übersiedlungskandidaten im Rahmen des Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahrens,
- fingierte Treffvorbereitungen mit bereits übersiedelten Personen im Operationsgebiet u.a.

stärker zu nutzen.

Dafür geeignete Fälle sind systematisch aufzubereiten, allseitig zu prüfen und zur Durchführung der erforderlichen Aufgaben- und Maßnahmenkomplexe von den Leitern der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen und den Kreisdienststellen an die Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen zur Entscheidung heranzutragen.

9. Spezifische Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Handlungen

Die Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze, insbesondere an den Grenzübergangsstellen, ist integrierter Bestandteil der Sicherung

der Staatsgrenze der DDR,

der Transitstrecken und Verkehrswege sowie

der Schwerpunktbereiche durch die zuständigen Fachabteilungen und Kreis- und Objektdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit.

Im Zusammenwirken der Sicherheits- und Schutzorgane

der Grenztruppen der DDR und der Grenzbrigade
Küste,

der Deutschen Volkspolizei und

der Organe der Zollverwaltung der DDR

ist an der Staatsgrenze und an den Grenzübergangsstellen zu garantieren, ständig vorbereitet und in der Lage zu sein, unmittelbare Angriffe wirkungsvoll, einheitlich handelnd, dabei nach außen hin möglichst unauffällig, abzuwehren und im Keime zu vereiteln.

Das erfordert, hohe Wachsamkeit, Geheimhaltung und straffe Disziplin zu wahren, ein wirksames Netz von Sicherungs-, Sperr- und Alarmanlagen zu schaffen sowie ein hohes Niveau der Kontrolltätigkeit und ein einheitliches Auftreten und Handeln zu sichern.

Die Leiter und Mitarbeiter der Diensteinheiten, die OPK und Operativvorgänge bearbeiten, haben bei der Planung von Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels grundsätzlich davon auszugehen, daß

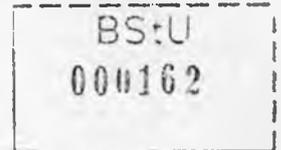
1. alle Angriffe auf die Staatsgrenze und Grenzübergangsstellen die Gefahr schwerer Grenzprovokationen in sich tragen;

2. der/die Täter nicht vor der Anwendung von Waffen zurückschrecken und derart verbrecherische Mittel und Methoden wie Geiselnahme, Sprengungen, Einsatz schwerer Fahrzeuge zum gewaltsamen Durchbruch, bis zur gewaltsamen Entführung von Luftfahrzeugen in ihre Vorbereitungsplanungen und -handlungen aufnehmen;
3. derartige Gewalt- und Terrorakte an der Staatsgrenze und den Grenzübergangsstellen stets mit politischen Provokationen verbunden sind und deshalb alles getan werden muß, um diese Vorhaben bereits im Vorbereitungs- und in der ersten Phase des Versuchsstadiums zu vereiteln.

Die Abteilung XXII hat in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Terrorabwehr der Hauptabteilung VI und den Leitern der zuständigen Dienststeinheiten der Linie VI, besonders den Leitern der Paßkontrolleinheiten sowie der Hauptabteilung I, die zur Abwehr derartiger Verbrechen erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen und zu koordinieren.

Die Arbeitsgruppe Terrorabwehr der Hauptabteilung VI hat die Aufgabe, in Verbindung mit den Leitern der Abteilungen VI und den Paßkontrolleinheiten zu gewährleisten, daß an den Grenzübergangsstellen

alle Mitarbeiter der Paßkontrolle und darüber hinaus differenziert die Mitarbeiter der anderen Organe über die Mittel und Methoden des Gegners informiert sind, die eigenen Abwehrmöglichkeiten kennen und beherrschen und in der Lage sind, alle Feindhandlungen rechtzeitig zu erkennen und wirksam zu verhindern.



Zur Verhinderung gewaltsamer Angriffe gegen Grenz-
übergangsstellen ist erforderlich, die

konsequente Durchsetzung der Betretungsordnung an
allen Grenzübergangsstellen;

Anbringung zweckmäßiger und stabiler Sicherheits-
elemente in den Abfertigungs-, Kontroll- und Siche-
rungsbereichen, wie Signal- und Alarmanlagen, Roll-
sperrern, Sicherheitsschlagbäumen; Passagensperrern
und Reifentöteranlagen an Straßen-Grenzübergangs-
stellen;

Installierung zweckmäßiger Blocksysteme zur Verhin-
derung unberechtigter Ausfahrten;

Übernahme von Kontrollaufgaben der Zollverwaltung
durch Mitarbeiter der Paßkontrolleinheiten im Rah-
men der fahrenden Kontrolle in Transitzügen;

gemeinsame Sicherung von Gefahrenpunkten durch Kräf-
te der Paßkontrolleinheiten, der Grenztruppen der
DDR und der Transportpolizei an Eisenbahn-Grenzüber-
gangsstellen;

Entwicklung und Installierung von zweckentsprechenden
Schiffs-, Sperr- und Unterwassersicherungsanlagen;

qualifizierte Überwachung der Wasserstraßen an den
Häfen, Liege- und Feierabendplätzen an Binnenwasser-
Grenzübergangsstellen;

BSTU
000163

wirksame Außensicherung des gesamten Territoriums durch Einzäunung, pioniertechnische und elektronische Sicherung an den Schwerpunkt- und Gefahrenbereichen;

Durchführung einheitlich abgestimmter Sicherheitskontrollen, einschließlich gedeckter Kontrollen des Großgepäcks, von Personen, des Handgepäcks und durchgängige Überwachung des Vorfeldes, der Kontrollbereiche und Warteräume;

insgesamt gezielte Kontrolltätigkeit in Verbindung mit der Zollverwaltung und unter Einsatz spezieller konspirativer Mittel und Methoden zur Feststellung von Waffen, Sprengmitteln, radioaktiven Stoffen, Giften, Rauschmitteln, Funksendegeräten usw. an den Flughafen-Grenzübergangsstellen.

Es ist die Pflicht aller Linien und Dienstseinheiten, bei Bekanntwerden von Hinweisen, die auf derartige Verbrechen hindeuten, unverzüglich die Zentrale Koordinierungsgruppe zu informieren, um über sie sofort die Abteilung XXII und andere spezielle Kräfte und Mittel zum Einsatz zu bringen.

Durch die Linie VII ist zu gewährleisten, daß im Strafvollzug und in den Untersuchungshaftanstalten die Straf- und Untersuchungsgefangenen sicher verwahrt, bewaffnete Ausbrüche, Geiselnahmen und andere terroristische Angriffe mit dem Ziel des gewaltsamen Grenzdurchbruches rechtzeitig aufgedeckt und konsequent verhindert werden.

BSTU
000164

Die von der Abteilung XXII bzw. von der Arbeitsgruppe Terrorabwehr der Hauptabteilung VI festgelegten Maßnahmen zur Verhinderung geplanter Gewalt- und Terrorakte sind konsequent durchzusetzen.

Generell sind alle Personen, die wegen versuchtem ungesetzlichen Verlassen oder staatsfeindlichem Menschenhandel inhaftiert wurden, Auswertungsvernehmungen zu unterziehen und zwar in erster Linie mit dem Ziel, durch den/die Täter erkannte vermeintliche Lücken und Schwachstellen an den Grenzübergangsstellen, durch deren Existenz sie sich zur Tatausführung entschlossen, und darüber hinaus Mittel, Methoden und Kräfte des Feindes in Erfahrung zu bringen.

Dazu ist durch die Arbeitsgruppe Terrorabwehr der Hauptabteilung VI in Abstimmung mit der Abteilung XXII und der Hauptabteilung IX ein entsprechender Vernehmungsplan zu erarbeiten.

Die Ergebnisse dieser speziellen Vernehmungen sind der Abteilung XXII zur unverzüglichen Einleitung erforderlicher Vorbeugungsmaßnahmen zu übersenden.

BSU
000165

Teil V

Grundprinzipien der Führung und Bearbeitung
des Zentralen Feindobjektvorganges kriminelle
Menschenhändlerbanden, der Zentralen Operativ-
vorgänge und der Operativvorgänge

BSU 000166

Teil VSeite

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1. | Die spezifische Zielstellung der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden | 167 - 169 |
| 2. | Grundprinzipien der Vorgangsführung | 170 - 195 |
| 3. | Die Gewährleistung der einheitlichen und zentralisierten Bekämpfung durch die ZKG und die Verantwortung vorgangsführender und anderer Dienstseinheiten des MfS | 196 - 204 |
| 4. | Die Durchsetzung von Differenzierungsgrundsätzen bei der Bearbeitung von Personen im Rahmen der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels | 205 -219 |
| 5. | Die wirkungsvolle Erhöhung des Beitrages <u>aller</u> Dienstseinheiten für die Arbeit nach dem und im Operationsgebiet | 219 -227 |

1. Die spezifische Zielstellung der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden

In Übereinstimmung mit der generellen Zielstellung der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie hiervon abgeleitet ergeben sich für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Hintermänner und Inspiratoren nachfolgende Ziele der Vorgangsbearbeitung:

Die kriminellen Menschenhändlerbanden sind aufzuklären und ihre Rolle und Funktion im System der Feindtätigkeit gegen die DDR und andere sozialistische Staaten nachzuweisen.

Ihre Inspiratoren und Hintermänner, die verursachenden und auslösenden Aktivitäten der imperialistischen Geheimdienste, Massenmedien und anderer Organe und Einrichtungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems sind sichtbar zu machen und deren Pläne und Absichten zu erkennen.

Durch die operative Arbeit ist die Verletzung völkerrechtlicher Vereinbarungen und das Bemühen entspannungsfeindlicher Kräfte zu beweisen, durch Gründung krimineller Menschenhändlerbanden sowie deren Beauftragung, Unterstützung und Nutzung den Entspannungsprozeß aufzuhalten. Nachzuweisen ist ebenso die Verletzung in nichtsozialistischen Ländern und Westberlin geltender Rechtsnormen.



In Verbindung damit sind Möglichkeiten für offensive politische Maßnahmen von Partei und Regierung und politisch-operative Aktivitäten des MfS zu schaffen.

Die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden ist darauf auszurichten, ihre Wirkungsmöglichkeiten systematisch einzuengen und zu verschließen, sie zu verunsichern, zu desinformieren und zu zersetzen, sie in Widersprüche untereinander, zu ihren Auftraggebern und ihrer Umwelt zu bringen, ihnen damit die Fortsetzung ihrer verbrecherischen Tätigkeit zunehmend zu erschweren und letztendlich ihre Liquidierung zu erreichen.

Die kriminellen Menschenhändlerbanden, ihre Struktur, ihre Beziehungen zueinander, ihre Pläne, Absichten und Maßnahmen, Angriffsrichtungen und Schwerpunktbereiche sind aufzuklären.

Ziel und wesentlicher Inhalt der Vorgangsbearbeitung ist der Nachweis der Verwirklichung der gesetzlichen Tatbestände nach § 105 StGB bzw. § 213 StGB in Tateinheit mit § 100 StGB, einschließlich anderer Staatsverbrechen, wie Straftaten nach §§ 97, 101, 104 StGB, sofern sich das im Prozeß der Bearbeitung ergibt, sowie der Verletzung von Rechtsnormen anderer sozialistischer Länder.

Die operative Arbeit ist zu richten auf

die Verhinderung der Abwerbung von DDR-Bürgern, ihrer Einbeziehung in die Tätigkeit der Banden und ihrer Ausschleusung sowie anderer Aktivitäten der Banden;

BSTU
000169

die Verhinderung und Einschränkung von Auswirkungen des Menschenhandels, vor allem von Angriffen auf die Staatsgrenze der DDR und provokativ-demonstrativen Handlungen sowie von politischen, ideologischen, ökonomischen und anderen Auswirkungen;

das Aufdecken, Einschränken und Beseitigen von begünstigenden Bedingungen, Lücken in der Grenzsicherung u.a. sowie das Erkennen und Schließen von Schleusungswegen;

die Unterstützung der ideologischen Erziehungsarbeit unter der Bevölkerung und die Erhöhung des Rechtsbewußtseins.

Diese Ziele stehen in einem untrennbaren Zusammenhang und sind stets in ihrer Einheit zu betrachten und zu realisieren. Das gesamte Wirken aller Linien und Dienst-einheiten zur differenzierten Wahrnehmung ihrer Verantwortung zur Bandenbekämpfung ist auf die Durchsetzung dieser Ziele auszurichten.

Der vorbeugende Aspekt muß Inhalt und wesentliches Resultat der Bandenbekämpfung sein und alle operativen Aktivitäten durchdringen!

BS:U
000170

2. Grundprinzipien der Vorgangsführung

2.1. Zur Gewährleistung der einheitlich geführten und koordinierten Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Inspiratoren und Hintermänner wird durch die Zentrale Koordinierungsgruppe der

Zentrale Feindobjektvorgang kriminelle Menschenhändlerbanden (ZFO)

geführt.

Der ZFO ist das wichtigste Arbeitsinstrument der Zentralen Koordinierungsgruppe zur Bandenbekämpfung und die Grundlage für die Tätigkeit aller operativen Linien und Dienstseinheiten zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung.

Mit dem ZFO wird die volle Übereinstimmung und einheitliche Ausrichtung der operativen Bearbeitung krimineller Menschenhändlerbanden, ihrer Hintermänner und Inspiratoren, Bandenmitglieder und Stützpunkte sowie anderer in die Tätigkeit der Banden einbezogener bzw. mit ihnen in operativ relevanter Verbindung stehender Personen in Zentralen Operativvorgängen, Teilvorgängen und Operativ-Vorgängen auf das zentrale Ziel der Bekämpfung und Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden gewährleistet.

Das erfordert den einheitlich geplanten, koordinierten, höchste Konspiration gewährleistenden, effektiven Einsatz der tschekistischen Kräfte, Mittel und Methoden unter Nutzung aller sich bietenden Ansatz-

punkte und Möglichkeiten und unter Gewährleistung optimaler, den Differenzierungsgrundsätzen entsprechender Entscheidungen im Einzelfall.

Grundlagen hierfür bilden die im ZFO ständig und systematisch herauszuarbeitenden Erkenntnisse über

Hintergründe und Zusammenhänge der Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden, Pläne und Absichten des Feindes, Angriffsrichtungen, Zielgruppen, Mittel und Methoden der Banden;

Ansatzpunkte zur Qualifizierung der Bandenbekämpfung sowie Kräfte und Möglichkeiten, die auf der Grundlage der Widersprüche und Differenzierungsprozesse im Kampf gegen die Verbrechen des Menschenhandels genutzt werden können.

Durch den ZFO wird die zentrale Orientierung für die vorgangsführenden Diensteinheiten zur Sicherung besonders gefährdeter Zielgruppen und Objekte und zur Nutzung gesamtgesellschaftlicher Potenzen der Vorbeugung im Kampf gegen den Menschenhandel gewährleistet.

Im ZFO erfolgt die Zusammenführung und Verdichtung aller für den Kampf gegen die Menschenhändlerbanden bedeutsamen Informationen als Grundlage für

die Information der Partei- und Staatsführung;

die Aufbereitung von Dokumentationen und anderen Unterlagen für offensive Schritte

BSTU
000172

und als Grundlage für Orientierungen

über vorhandene und entstehende Schwerpunktbereiche sowie Angriffsrichtungen (Zielgruppen) der Tätigkeit der Menschenhändlerbanden;

über Ansatzpunkte zur Gewinnung und Einschätzung von Ersthinweisen über Erscheinungen der Bandentätigkeit;

zur Verallgemeinerung guter Erfahrungen der tschechischen Arbeit.

Gegenstand der Arbeit im ZFO sind weiter

die Einordnung der Einzelfeststellungen in ihren politisch-operativen Zusammenhang und die dementsprechend richtige Entscheidung im Einzelfall, insbesondere bei kurzfristig bekannt werdenden Aktionen der Banden, sowie

die Berücksichtigung aller vorliegenden und die Umsetzung der neuesten Erkenntnisse in der Vorgangsbearbeitung durch deren Vermittlung auf dem Weg der Anleitung und Unterstützung.

Durch den ZFO wird die ständige Übersicht über Stand und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur Aufklärung und Bekämpfung der Banden, über die Realisierung der Operationspläne sowie über neue Erfordernisse, Ansatzpunkte und Möglichkeiten und deren Umsetzung in konkrete politisch-operative Maßnahmen gewährleistet.

Im ZFO erfolgt die Planung und Organisierung offensiver Maßnahmen zur Isolierung und Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden, zur Entlarvung der Hintergründe des Menschenhandels und zur Forcierung von Widersprüchen und Differenzierungsprozessen, die über die Verantwortung der Diensteinheiten hinausgehen, welche Zentrale Operativvorgänge (ZOV) führen.

Die unmittelbare Planung und Realisierung von Maßnahmen zur Aufklärung und offensiven Bekämpfung der Banden, die sich auf mehrere ZOV bzw. Operativvorgänge (OV) erstrecken, erfolgt ebenfalls im ZFO.

Der ZFO besteht aus fünf Teilen:

- Teil I Analytische Werte und Erkenntnisse
- Teil II Konzeptionen und Pläne zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Inspiratoren und Hintermänner
- Teil III Erfassungs-, Vergleichs- und Auskunftsmittel
- Teil IV Orientierungen und Informationen
- Teil V Dokumentationen und offiziell verwertbare Unterlagen

BSTU
000174Teil I: Analytische Werte und Erkenntnisse

- I/1: Pläne und Absichten des Feindes, insbesondere entspannungsfeindlicher Kräfte, zur gegenwärtigen und zukünftigen Anwendung des staatsfeindlichen Menschenhandels in seinem Kampf gegen die DDR und andere sozialistische Länder, zur Nutzung und Einbeziehung der kriminellen Menschenhändlerbanden, die unter Verwertung und Verallgemeinerung inoffizieller und offizieller Informationen erkannt werden;
- Operative und offizielle Erkenntnisse zur Stellung anderer nichtsozialistischer Länder und internationaler Organisationen gegenüber der Tätigkeit krimineller Menschenhändlerbanden und damit im Zusammenhang stehende völkerrechtliche und politische Probleme;
- Erkenntnisse aus den Differenzierungsprozessen in und zwischen den imperialistischen Staaten, die für den Kampf gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden nutzbar sind;
- Rolle, Funktion und Aktivitäten staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin im Rahmen des staatsfeindlichen Menschenhandels, besonders Erkenntnisse über die Rolle von Geheimdiensten, Polizei- und Zollbehörden, sonstigen Behörden, politischen Parteien, Organisationen und Institutionen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und anderen

gesellschaftlichen Einrichtungen, Verbänden und Gruppen, kirchlichen Institutionen, Zentren der politisch-ideologischen Diversion und anderen feindlichen Zentralen bei der Organisation, Unterstützung und Duldung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens;

Einschätzungen über Angriffsrichtungen, Hintergründe und Tendenzen der Tätigkeit gegenrischer Massenmedien in bezug auf den Menschenhandel und das ungesetzliche Verlassen;'

Hinweise und Einschätzungen über zu erwartende Angriffsrichtungen des Menschenhandels, die sich aus ökonomischen und sozialen Vorgängen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Ländern und Westberlin, vor allem aus der Arbeitssituation, ergeben;

Hinweise und Einschätzungen zu Kriminalitätserscheinungen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, die für die Organisation des staatsfeindlichen Menschenhandels bedeutsam sind oder werden können;

Verfahrensweisen und Verhalten staatlicher und gesellschaftlicher Organe und Einrichtungen in der BRD, in anderen nichtsozialistischen Ländern und Westberlin gegenüber ausgeschleusten Personen.

I/2: Erkenntnisse zu kriminellen Menschenhändler-
banden, ihren Hintermännern und Inspiratoren

Einschätzung zur Gesamtentwicklung der Men-
schenhändlerbanden und des staatsfeindlichen
Menschenhandels;

Übersicht über Herausbildung, Abgrenzung, Ver-
flechtungen, Zusammenwirken, unterschiedliche
Intensität, Tendenzen der Entwicklung von
Struktur, Arbeitsweise und Arbeitsteilung
der Banden;

Charakteristik des Wirkens der Banden im Ope-
rationsgebiet unter Herausarbeitung neuer Ent-
wicklungstendenzen und Pläne sowie spezifischer
Besonderheiten der einzelnen Banden

Methoden und Schwerpunkte der Werbung,
Merkmale des einbezogenen Personenkreises
(sozial, territorial),

Methoden und Hauptrichtungen der Suche nach
Personen, die an Schleusungen interessiert
sind, und Zusammenwirken mit diesen "Auf-
traggebern"; Rolle von Rückverbindungen,

Maßnahmen der Absicherung,

Methoden und Hauptwege der Herstellung,
Beschaffung und Unterbringung von Hilfs-
mitteln,

Anwendung besonders gefährlicher und krimineller Praktiken; sonstige Feststellungen über Verstöße der Banden gegen die Rechtsnormen der nichtsozialistischen Staaten, auf deren Territorium sie wirken.

Charakteristik der Methodik der Banden bei Operationen auf dem Territorium der DDR und anderer sozialistischer Staaten unter Herausarbeitung der Schwerpunktbereiche und Tendenzen sowie der Pläne und spezifischen Besonderheiten einzelner Banden

Verbindungssystem, Methoden und Mittel seiner Tarnung, Merkmale zur Erkennung derselben,

Mittel und Methoden der Schleusung,

das Zusammenwirken eingesetzter Schleusungskräfte,

Erkenntnisse zu besonderen Maßnahmen der Absicherung, Täuschung und Provokation,

Analyse der Schleusungsrouten, Aufnahmeorte, Zeitpunkte, benutzten Grenzübergangsstellen,

Übersicht zu Verletzungen des Völkerrechts.

I/3: Analyse der einzelnen Banden

Bandenmitglieder, Struktur der Banden, Stützpunkte, einbezogene Personen, Beziehungen der Banden zu anderen Organen, zu Kfz-Werkstätten, Autoverleih, Charakteristik der Arbeitsweise der Banden analog I/2

I/4: Einschätzung zur Bestimmung der Zielgruppen des Menschenhandels

Vorhandene und sich herausbildende Schwerpunktbereiche

I/5: Unbekannte Schleusungswege und Grenzübertrittsorte, Analyse des erfolgten ungesetzlichen Verlassens, einschließlich Schleusungen, territoriale, personelle und zeitliche Konzentrationen und ZusammenhängeI/6: Schleuser ohne Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden, Analyse bisheriger Schleusungen (einmalig - mehrmalig), Feststellung von Analogien zu Banden, Verbindungen dieser Schleuser untereinander, zu anderen Personen; Tendenzen der Entwicklung zu Banden

I/7: Möglichkeiten für politisch-aktive und operative Maßnahmen im Kampf gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden, einschließlich Einschätzungen zu politischen, rechtlichen und sonstigen Möglichkeiten, Kräften und Vorgängen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, die im Kampf gegen den Menschenhandel differenziert genutzt werden könnten oder dabei zu beachten sind.

Teil II: Konzeptionen und Pläne zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Inspiratoren und Hintermänner

II/1: Darlegungen der Gesamtkonzeption zur Bandenbekämpfung mit der Gesamtübersicht der zu bearbeitenden Objekte und deren Zuordnung zu Zentralen Operativvorgängen, Teilvorgängen und Operativvorgängen

II/2: Übersicht zu

Zentralen Operativvorgängen (ZOV) zur Bearbeitung der jeweiligen kriminellen Menschenhändlerbande

Teilvorgängen (TV) zur Bearbeitung von Teilgruppen, Splittergruppen, Stützpunkten der kriminellen Menschenhändlerbanden

Operativvorgängen (OV)

BS:U
000180

- II/3: Bestandsaufnahme und Analyse der operativen Kräfte
- II/4: Möglichkeiten und Ansatzpunkte für die Bandenbekämpfung sowie deren Zuordnung zu den entsprechenden Vorgängen
- II/5: Bisherige Aktivitäten gegen kriminelle Menschenhändlerbanden, Wirksamkeit der politischen und operativen Handlungen, Ursachen für Erfolge und Mißerfolge, Erkenntnisse zu angewandten tschekistischen Mitteln und Methoden, besonders zum IM-Einsatz, Übersicht über festgenommene Bandenmitglieder, Übersicht über nicht mehr tätige IM
- II/6: Operationspläne, die unmittelbar aus dem ZFO entwickelt werden und durch Koordinierung der Bearbeitung mehrerer ZOV und Maßnahmen verschiedener Dienstseinheiten zu realisieren sind;
- Operationspläne zur Bearbeitung von ZOV und TV sowie direkt gesteuerten OV;
- Übersicht zum Stand der Realisierung der Operationspläne, Einschätzung der erreichten Ergebnisse.

Teil III: Erfassungs-, Vergleichs- und Auskunftsmittel

Dieser Teil des ZFO sichert eine einheitliche Erfassung aller operativ erforderlichen Daten und gewährleistet die ständige Auskunftsbereitschaft der ZKG, eine schnelle Einordnung von Einzelfeststellungen in die operativ bekannten Zusammenhänge und Bearbeitungskonzeptionen als Grundlage richtiger Entscheidungen und eine zielstrebige Verdichtung und ständige Abrufbarkeit der vorhandenen Erkenntnisse zu Banden, Personen, Objekten und Aktivitäten.

Zu erfassen sind:

Erkannte Hintermänner und Inspiratoren,

kriminelle Menschenhändlerbanden und deren Angehörige,

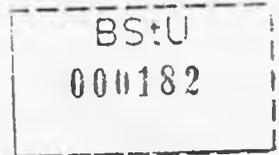
Werber, Kuriere, Auftraggeber u.a.,

andere Verbindungen der Banden; Stützpunkte, Anlaufstellen, Deckadressen und Decktelefone, Wohnobjekte und Tarnfirmen, Autowerkstätten, Autovermietungen, Tankstellen,

Fälscher und deren Werkstätten,

geschleuste Personen, Rückverbindungen geschleuster Personen,

Schleuser ohne Verbindungen zu Menschenhändlerbanden,



bekannte und unbekannte Schleusungswege
bzw. unbekannte Grenzübertrittsorte,

Tatmittel wie Kfz, Pässe u. dgl.,

Schleusungsaktionen, Kurierereinsätze und
andere Aktivitäten der Banden,

Personen, die abgeworben werden, sowie
Personen, die geschleust werden sollen
oder wollen,

vorhandene IM, Perspektiv-IM, IM-Kandidaten
und deren Einsatzmöglichkeiten, wozu beim
Leiter der ZKG eine gesonderte Übersicht
geführt wird.

Als Bestandteil dieses Teils des ZFO ist eine Fotokartei
zu Organisatoren und Angehörigen krimineller Banden, wich-
tigen Objekten und Tatmitteln zu führen und für die ope-
rative Arbeit nutzbar zu machen.

Teil IV: Orientierungen und Informationen

- IV/1: Vordichtete Informationen zur Vorbereitung
von Orientierungen, Planvorgaben und anderen
zentralen Entscheidungen
- IV/2: Informationen an Partei und Regierung über
die ZAIG zu offensiven politischen Maßnahmen,
wie zum Beispiel aufbereitetes Material für
die Transitkommission

- IV/3: Informationen zur Orientierung und Anleitung der operativen Dienststeinheiten
- IV/4: Informationen an Bruderorgane
- IV/5: Zentrale Informationen an die Organe des Zusammenwirkens und andere staatliche Organe und Einrichtungen

Teil V: Dokumentation und offiziell verwertbare Unterlagen

Dokumentationen zu Schleusungsaktionen, Mißbrauchshandlungen gemäß Transitabkommen, besonders kriminellen und menschenfeindlichen Praktiken der Banden und Tatmitteln;

Dokumentationen, die zur Öffentlichkeitsarbeit gefertigt wurden;

Beweismittel und andere strafprozessuale Dokumente, die wesentliche Aussagen über die Verbrechen der kriminellen Menschenhändlerbanden sowie deren Hintergründe und Zusammenhänge beinhalten.

- 2.2. Die einzelnen kriminellen Menschenhändlerbanden werden in

Zentralen Operativvorgängen (ZOV)

mit der Zielstellung ihrer offensiven Bekämpfung und Zerschlagung durch den einheitlichen, koordinierten,

BSTU
000184

zweckmäßigsten und effektivsten Einsatz der tschechischen Kräfte, Mittel und Methoden bearbeitet. Die Funktion der ZOV entspricht in bezug auf die einzelnen Banden der Funktion des ZFO für die Bandenbekämpfung insgesamt. Mit der Bearbeitung der ZOV sind vor allem

die Aufklärung der Zusammensetzung, der Pläne, der Verbindungen und der Arbeitsweise der konkreten Bande und die Beweisführung zur Rechtswidrigkeit ihrer Existenz und Tätigkeit und

die schwerpunktmäßige Gewinnung und Verdichtung von Informationen und Beweisen zu den Organisatoren und Angehörigen der Bande

durch einheitliche Ausrichtung der Bearbeitung aller OV auf die Erfordernisse der Bekämpfung, Zersetzung und Zerschlagung dieser Bande zu sichern, die Maßnahmen gegen die betreffende Bande in die Gesamtkonzeption des ZFO einzuordnen und alle sich dazu bietenden Möglichkeiten und Ansatzpunkte in Abstimmung mit der ZKG zu nutzen.

Die Bearbeitung der einzelnen kriminellen Menschenhändlerbanden erfolgt durch die Diensteinheiten, die die besten operativen Voraussetzungen und Möglichkeiten hierzu besitzen.

Die Festlegung der verantwortlichen Diensteinheiten erfolgt nach Zustimmung durch meinen 1. Stellvertreter und wird von der ZKG den operativen Linien und Diensteinheiten zur Kenntnis gebracht.

Das Anlegen neuer ZOV erfolgt auf Antrag bei meinem

1. Stellvertreter über die ZKG.

Voraussetzungen für das Anlegen von ZOV sind:

1. Es müssen Verdachtsgründe auf fortgesetztes bandenmäßiges Vorgehen zur Ausschleusung von Bürgern der DDR und anderer sozialistischer Länder vorliegen, und die beteiligten Personen dürfen keiner anderen in Zentralen Operativvorgängen bearbeiteten Bande zuzuordnen sein.
2. Die beantragende Diensteinheit muß Möglichkeiten und Voraussetzungen der operativen Bearbeitung haben.
3. Die Bearbeitung des beteiligten Personenkreises muß in mehr als einem Operativvorgang erfolgen und eine zentrale Koordinierung dieser Bearbeitung erforderlich machen.

Bei Teilung in Zentralen Operativvorgängen bearbeiteter krimineller Menschenhändlerbanden in selbständige Banden wird in Übereinstimmung mit der bisher bearbeitenden Diensteinheit über die Neuanlage eines gesonderten ZOV entschieden.

Bei Menschenhändlerbanden mit relativ selbständigen Splittergruppen können Teilvorgänge zur Bearbeitung dieser Gruppen geführt werden, die in voller Übereinstimmung mit dem Zentralen Operativvorgang stehen müssen. Sie sind in ihrer Form mit dem ZOV identisch. Für das Anlegen von Teilvorgängen ist die Zustimmung der ZKG erforderlich.

BS+U
000186

Die Weiterbearbeitung solcher Personen, die aus einer Bande ausscheiden und in einer anderen aktiv mitwirken, erfolgt - sofern die Verantwortung hierbei durch eine andere Diensteinheit wahrgenommen werden muß - auf der Grundlage von Festlegungen durch die ZKG.

Die Bearbeitung der jeweiligen kriminellen Menschenhändlerbande erfolgt auf der Grundlage von der ZKG bestätigter und mit der Gesamtkonzeption der Bekämpfung der Menschenhändlerbanden übereinstimmender Operationspläne.

- 2.3. Operativvorgänge sind durch die jeweils verantwortlichen Diensteinheiten anzulegen und in Übereinstimmung mit den Operativplänen des jeweiligen Zentralen Operativvorganges zu bearbeiten, wenn Verdachtsgründe vorliegen auf

die Zugehörigkeit zu kriminellen Menschenhändlerbanden (leitende Mitarbeiter von kriminellen Menschenhändlerbanden, Schleuser, Tipper, Zuführer, Sicherungsfahrer, Kuriere, Auftraggeber, Stützpunkte und sonstige Helfer);

Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden;

Schlösungen durch Personen, die, ohne einer kriminellen Menschenhändlerbande anzugehören, Methoden der Banden anwenden oder aus feindlicher Zielstellung handeln;

BSU
000187

Schleusungen, besonders auf Schleusungswegen, ohne daß beteiligte kriminelle Menschenhändlerbanden oder Personen bekannt sind (Hinweise auf Tunnelbauten oder andere Schleusungswege);

Verbindungsaufnahme zu feindlichen Dienststellen, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und Massenkommunikationsmitteln in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin oder zu ausländischen Vertretungen, deren Mitarbeitern oder anderen bevorrechteten Personen mit dem Ziel, eine Ausschleusung zu erwirken;

geplante oder in Durchführung befindliche konzentrierte Angriffe einer oder mehrerer krimineller Menschenhändlerbanden auf ausgewählte, eng begrenzte Schwerpunktbereiche, um die Angriffe zurückzuschlagen und diese Schwerpunktbereiche der Feindangriffe zu sichern;

ungesetzliches Verlassen durch operativ bedeutsame Personen und Personen aus Schwerpunktbereichen oder Zielgruppen der gegnerischen Abwerbung.

Operativvorgänge sind auch anzulegen und zu bearbeiten bei Verdachtsgründen auf ungesetzliches Verlassen ohne Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden, insbesondere wenn

Hinweise auf Geiselnahme, erpresserische Gewaltandrohung, Luftpiraterie und andere Gewaltakte oder öffentlichkeitswirksame Provokationen vorliegen,

eine verfestigte feindliche Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR tragendes Motiv ist,

in der Vergangenheit bereits Versuche des ungesetzlichen Verlassens unternommen wurden oder Vorstrafen gemäß §§ 100, 101, 105, 107, 213 und 132 StGB vorliegen,

die Straftat von Personen vorbereitet wird, die Geheimnisträger sind oder deren politisch-operativ bedeutsame Stellung, Kenntnisse oder Verbindungen zu Angriffen gegen die DDR ausgenutzt werden können,

Hinweise auf die Mitwirkung von Ausländern bei der Verwirklichung der Straftat vorliegen.

Für die Entwicklung, die Bearbeitung und den Abschluß von Operativvorgängen zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und zum Erkennen und Verhindern des ungesetzlichen Verlassens gelten vollinhaltlich die Grundsätze der Richtlinie für die Entwicklung und Bearbeitung operativer Vorgänge.

Der zielstrebigem Vorgangsentwicklung ist eine frühzeitige Zusammenführung, Analysierung und politisch-operative sowie strafrechtliche Wertung operativer Informationen aus den erkannten Schwerpunktbereichen und zu den gegnerischen Zielgruppen zugrunde zu legen. Vor Anlegen eines Vorganges ist grundsätzlich zu prüfen,

welche Sofortmaßnahmen zur Verhinderung des erkannten Angriffs erforderlich sind,

welche Möglichkeiten zur vorbeugenden Verhinderung durch Vorbeugungsgespräche oder andere Maßnahmen bestehen,

welche Ansatzpunkte für eine Nutzung zur offensiven Bandenbekämpfung bestehen.

Die Informationsgewinnung und Beweisführung ist tatbestandsbezogen zu gestalten. Die Möglichkeiten zur Sicherung von Beweisen entsprechend den strafprozessualen Anforderungen sind voll auszuschöpfen.

Das erfordert die Nutzung der Möglichkeiten aller operativen und operativ-technischen Diensteinheiten. Der Tatbestand des staatsfeindlichen Menschenhandels (§ 105 StGB) erfordert den Nachweis

der Zugehörigkeit oder des Mitwirkens in einer kriminellen Menschenhändlerbande, insbesondere durch Organisierung von Schleusungen, Tätigkeit als Tipper, Abwerber, Kurier, Fahrer eines Schleusungsfahrzeuges, Fahrer eines Sicherungsfahrzeuges, Zubringer, Treffquartier oder Stützpunkt, Bereitstellung und Umbauen von Kraftfahrzeugen, Erkundung von Schleusungsmöglichkeiten, Beschaffung, Verfälschung und Fälschung von Grenzübertrittsdokumenten, einschließlich Zollverschlußanerkennnis, Plomben usw.

oder

des Zusammenschlusses von Personen zur Durchführung von Schleusungen zum Zwecke des kriminellen Gelderwerbes

oder

BStU
000190

der Abwerbung, auch durch Einzelpersonen, mit dem Ziel, die DDR zu schädigen

oder

der Abwerbung oder Verschleppung oder Ausschleusung im Auftrag von Organisationen, Einrichtungen oder Personen, die nachweislich einen Kampf gegen die DDR im Sinne der zutreffenden gesetzlichen Tatbestände führen

oder

der Abwerbung und Verschleppung oder Schleusung durch Einzelpersonen zum Zwecke des kriminellen Gelderwerbes.

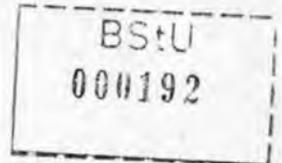
Der Tatbestand der staatsfeindlichen Verbindung (§ 100 StGB) erfordert im Zusammenhang mit dem staatsfeindlichen Menschenhandel den Nachweis der Aufnahme einer Verbindung zu einer kriminellen Menschenhändlerbande oder einer anderen vom Tatbestand erfaßten Organisation, Einrichtung, Gruppe oder Person wegen deren Tätigkeit, unabhängig davon, ob die eigene Ausschleusung oder die dritter Personen angestrebt wird. Die Verbindungsaufnahme kann persönlich, telefonisch, schriftlich oder über dritte Personen erfolgen. Dabei ist der Nachweis zu führen, daß es sich bei dem Verbindungspartner um eine Menschenhändlerbande oder einen Angehörigen derselben oder um andere feindliche Kräfte im Sinne des Tatbestandes handelt. Grundlage hierfür sind die Erkenntnisse im ZFO.

Bei Personen, die zum Zwecke ihrer eigenen Ausschleusung mit Menschenhändlerbanden oder anderen feindlichen Kräften in Verbindung treten, ist der Nachweis der tateinheitlichen Verwirklichung des § 213 StGB zu führen.

Die Beweisführung zum ungesetzlichen Verlassen der DDR (§ 213 StGB) ist auf strafrechtlich relevante Handlungen, die Nachweisführung für die Schaffung von Voraussetzungen oder Bedingungen zur Begehung der Straftat zu konzentrieren.

Entsprechend der konkreten Vorgangslage ist grundsätzlich die Verletzung anderer Strafrechtsnormen zu prüfen und gegebenenfalls zu beweisen. Das betrifft insbesondere Landesverratsdelikte im Hinblick auf die Sammlung von Informationen zum Zwecke der Auslieferung nach erfolgter Ausschleusung, die Begehung anderer Staatsverbrechen zwecks Anerkennung als sogenannter politischer Flüchtling und Terror beim Vorliegen von Hinweisen auf Gewaltakte. Ebenso sind Hinweise auf die Verletzung von Strafrechtsnormen außerhalb des 2. Kapitels des StGB sorgfältig zu verfolgen, zum Beispiel Urkundenfälschung, Zoll- und Devisenverstöße.

Die tatbestandsbezogene Informationsgewinnung schließt den Nachweis der Schuld unter Berücksichtigung ihrer differenzierten inhaltlichen Ausgestaltung ein. Die unterschiedliche Intensität und Gesellschaftsgefährlichkeit des Tatbeitrages beteiligter Personen ist herauszuarbeiten.



Die Beweisführung muß auf die gesamte Breite möglicher strafprozessualer Beweise orientiert sein, vom Zeugenbeweis, dem Sachbeweis, der Sicherung der verschiedensten Spuren, der Dokumentierung der Ein- und Durchreisetätigkeit, der Fotodokumentation der Trefftätigkeit, der legalisierten Dokumentation von Telefongesprächen und Beschlagnahme von Postsendungen bis zur Ausschöpfung gegnerischer Veröffentlichungen über die Bandentätigkeit, den staatsfeindlichen Menschenhandel und Zielgruppen der Abwerbung.

- 2.4. Die Sicherung und das Herauslösen von IM ist eine erstrangige politisch-operative Aufgabe während der gesamten Vorgangsbearbeitung sowie der Einleitung von Maßnahmen zur Abwehr und Verhinderung kurzfristig bekanntgewordener Aktionen krimineller Menschenhändlerbanden.

Die Spezifik der Bandenbekämpfung verlangt, dieser Aufgabe außerordentliche Bedeutung beizumessen wegen

- des kriminellen Charakters der Menschenhändlerbanden, der Flexibilität des Personalbestandes und der Möglichkeiten ihrer Manipulation durch entspannungsfeindliche Kräfte, insbesondere zur ständigen Verletzung völkerrechtlicher Bestimmungen,
- der Verbindungen der Menschenhändlerbanden zu feindlichen Geheimdiensten und Abwehrorganen sowie ihrer verstärkten Konspiration und inneren Absicherung,

BSTU
000193

- der ständigen Gefahr der Ausweitung von Aktionen der Menschenhändlerbanden zu politischen Provokationen und den damit im Zusammenhang stehenden schädlichen Folgen einer Dekonspiration,
- der den Aktivitäten der Banden in zunehmendem Maße innewohnenden Tendenz der Gewaltanwendung auch gegenüber eigenen Mitgliedern und anderen einbezogenen Personen,
- der zeitlich dichten Folge einzelner Handlungsabläufe, verbunden mit der ständigen Konfrontation der IM mit neuen Fakten und überraschenden Informationen über Schleusungsaktionen und der daraus folgenden Notwendigkeit solbständiger Entscheidungen und Reaktionen der IM.

Die IM sind zu orientieren auf

- die ständige Suche nach Hinweisen und Ansatzpunkten zur Kompromittierung anderer Bandenmitglieder zur Desinformierung und Ablenkung von ihrer eigenen Rolle,
- das Erkennen und Ausnutzen von Mängeln und organisatorischen Unzulänglichkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen,
- die sichere und glaubhafte Legendierung jedes Verhaltens, jeder Handlung und Unterlassung,
- das Zurückhalten von Daten und anderen Angaben zur Person des IM gegenüber am Menschenhandel beteilig-

ten und auszuschleusenden Personen zur Verhinderung seiner Identifizierung,

- die Beeinflussung der Planung und Vorbereitung von Schleusungen unter Wahrung ihrer Konspiration.

Der IM ist so zu führen, daß er seinen Einfluß in der Bande nutzt, um seinen eigenen Tatbeitrag möglichst gering zu halten und eine Verwicklung in konspirationsgefährdende Situationen zu vermeiden sowie solche Ansatzpunkte für Festnahmekombinationen zu erarbeiten, die den Verdacht auf andere Bandenmitglieder lenken, und damit seine eigene Stellung zu festigen.

Die Sicherung und das qualifizierte Herauslösen von IM erfordert die frühzeitige Abstimmung mit den an der Vorgangsbearbeitung beteiligten Linien und Dienst-einheiten. Bereits bei der Einführung von IM in die Vorgangsbearbeitung ist perspektivisch deren Herauslösen einzuplanen und insbesondere zu sichern, daß von ihnen keine wesentlichen Initiativen bei der Organisation von Aktivitäten der Bande ausgelöst werden.

Das taktische Vorgehen bei der Festnahme von Menschenhändlern im Ergebnis der Vorgangsbearbeitung durch IM und bei kurzfristig bekanntgewordenen Schleusungsaktionen ist grundsätzlich so zu organisieren, daß

durch die Festnahmesituation und das Entstehen einer eindeutigen Beweislage Rückschlüsse auf den IM verhindert werden und andere Personen oder Umstände als Ursache für das Scheitern der Aktion in Frage kommen müssen,

der IM nicht in das Festnahmegeschehen einbezogen wird,

das Aussageverhalten der Täter günstig beeinflusst wird und optimale Voraussetzungen für das vernehmungstaktische Vorgehen entstehen.

Sowohl im Verlaufe eines Strafverfahrens als auch nach dessen Abschluß ist die Sicherung und Abdeckung des IM gegenüber allen am Strafverfahren beteiligten Personen, gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere gegenüber dem Feind zu gewährleisten.

Das erfordert insbesondere,

- die Einbeziehung von IM in Strafverfahren, auch als Selbststeller, Anzeigerstatter und Zeugen, zu verhindern und die Vernehmungsführung so zu gestalten, daß die Konspiration von IM gewährleistet ist,
- durch ständige Überbetonung anderer Faktoren vom IM abzulenken,
- beim weiteren Einsatz von IM sorgfältig Veränderungen der politisch-operativen Vorgangslage zu berücksichtigen, die im Zusammenhang mit dem Strafverfahren entstanden sein können.

3. Die Gewährleistung der einheitlichen und zentralisierten Bekämpfung durch die ZKG und die Verantwortung vorgangsführender und anderer Dienstseinheiten des MfS

3.1. Die ZKG gewährleistet durch ihre orientierende, koordinierende und anleitende Tätigkeit die volle Übereinstimmung der Bearbeitung der einzelnen Zentral- und Teilvorgänge mit dem ZFO und der Operativvorgänge mit den Zentral- und Teilvorgängen.

Die ZKG ist für die Bestimmung der Schwerpunkte in der Bandenbekämpfung verantwortlich. Sie gewährleistet, daß der Hauptstoß gegen die Organisatoren, Inspiratoren und Hintermänner der Bandentätigkeit gerichtet wird. Sie bestimmt die Banden, die vorrangig und mit besonderer Intensität zu bekämpfen sind.

Kriterien hierfür sind

- die Bedeutung der in der Bekämpfung der jeweiligen Bande zu erreichenden Ergebnisse für die Realisierung politischer Zielstellungen,
- Umfang und Intensität ihrer Verbrechen,
- Gefährlichkeit der von ihnen angewandten Methoden,
- der durch ihr Wirken verursachte oder beabsichtigte politische, ökonomische und ideologische Schaden unter besonderer Berücksichtigung zielgerichteter Angriffe gegen Schwerpunktbereiche,

- Charakter und Umfang ihrer Verbindungen zu entspannungsfeindlichen Kräften und ihre Stellung im Netz der kriminellen Menschenhändlerbanden.

Die ZKG hat die Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden ständig zu ergänzen und zu präzisieren.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der ZKG zur Durchsetzung dieser Konzeption stehen vor allem:

die abgestimmte und einheitliche Ausrichtung des Einsatzes der IM,

der rationellste, effektivste und offensive Einsatz der IM,

die zielgerichtete Suche und Aufbereitung von Ansatzpunkten für die Werbung, die Einführung und den Einsatz der IM, zielgerichtete Blickfeldarbeit mit IM, Zersetzung, operative Spiele und andere spezifische Formen der Bandenbekämpfung,

die Gewährleistung der Sicherheit der IM und ihr Herauslösen aus den Banden beziehungsweise der Vorgangsbearbeitung,

die abgestimmte Anwendung operativer Legenden und Kombinationen,

die effektive Informationsgewinnung im Interesse der gesamten Bandenbekämpfung und zur Durchsetzung politischer Zielstellungen,

die effektive Nutzung operativer Mittel und Möglichkeiten, auch im sozialistischen Ausland und unter Einbeziehung der Bruderorgane,

die Verhinderung von Schleusungen, insbesondere von terroristischen Anschlägen und Provokationen,

das rechtzeitige Erkennen neuer Zielgruppen des Feindes, neuer Mittel und Methoden der kriminellen Menschenhändlerbanden,

die Entwicklung neuer OV in Schwerpunktbereichen,

die Entwicklung von OV zur Absicherung von Schwerpunkten vor Angriffen der Banden,

das Ausschließen begünstigender Bedingungen und die Durchführung anderer vorbeugender Aktivitäten,

die Gewährleistung effektiver, gesellschaftlich wirksamer Vorgangsabschlüsse.

Die ZKG realisiert diese Aufgaben durch:

Koordinierung des Vorgehens der operativen Dienststeinheiten,

Abstimmen der Operations- bzw. Operativpläne untereinander und mit der Konzeption zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden,

Koordinierung des Einsatzes der operativen Kräfte und inoffiziellen Mittel und Methoden,

eigene politisch-operative Maßnahmen im Rahmen der selbständigen Bearbeitung von ZOV und OV sowie zur Unterstützung anderer operativer Dienstseinheiten,

Das beinhaltet vor allem die Führung einzelner wichtiger IM, besonders solcher, die zur Bearbeitung mehrerer krimineller Menschenhändlerbanden einsetzbar sind, Teilnahme an Treffs sowie andere Aktivitäten, besonders zur Durchführung operativer Kombinationen.

unmittelbare Anleitung durch Beratung mit den Leitern und Mitarbeitern der operativen Dienstseinheiten, die ZOV oder OV entwickeln oder führen,

die rechtzeitige Koordinierung mit den Linien VI, VIII, IX und anderen Dienstseinheiten, insbesondere bei der Vorbereitung von Festnahmen, zur Beweissicherung, zur Gewährleistung des Herauslösens der IM, zur demonstrativen Störung von Schleusungsvorhaben.

Die ZKG ist verantwortlich für die ständige Verallgemeinerung der im analytischen Teil des ZFO zu erfassenden neuen Erkenntnisse zu den kriminellen Menschenhändlerbanden, ihren Hintermännern und Inspiratoren, den Angriffsrichtungen (Zielgruppen), Schleusungswegen, Mitteln und Methoden und ihr Herantragen an die anderen Dienstseinheiten als Grundlage für deren Arbeit.

BStU
000200

Das beinhaltet vor allem, Erkenntnisse aus der zentralen Bandenbekämpfung und den Informationen von den ZOV führenden Dienststeinheiten zu verallgemeinern und auf dieser Grundlage konzeptionelle Orientierungen an alle operativen Linien und Dienststeinheiten, sowie spezifizierte Informationen an die ZOV und TV führenden Dienststeinheiten zu geben.

Die ZKG unterstützt die BKG bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Umsetzung zentraler Orientierungen für die Bestimmung und Absicherung von Schwerepunktbereichen und Zielgruppen, die Erkennung, Einschätzung und Bearbeitung von Ersthinweisen sowie die Vorbeugung im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen.

Die ZKG ist weiterhin dafür verantwortlich, daß

die Operativpläne in den ZOV und TV entsprechend den vermittelten neuen Erkenntnissen bei der Bandenbekämpfung ständig ergänzt und daraus Maßnahmenkomplexe abgeleitet und realisiert werden,

bei Feststellung unmittelbar bevorstehender Aktionen der Menschenhändlerbanden über das ODII-System die entsprechenden operativen Maßnahmen der Linien VI, VII, VIII, IX und X, der Fahndungsführungsgruppe, der Abteilung XXII und anderer beteiligter Dienststeinheiten koordiniert und durchgeführt werden.

BSU
000201

3.2. Die Diensteinheiten, die ZOV führen, sind für deren Bearbeitung voll verantwortlich. Sie gewährleisten die Koordinierung aller zu dem betreffenden ZOV geführten OV auf der Grundlage des von der ZKG bestätigten Operationsplanes zur Bekämpfung und Zerschlagung der betreffenden kriminellen Menschenhändlerbanden. Die inhaltliche Ausrichtung ihrer Tätigkeit ist der der ZKG analog.

Sie sind verantwortlich, die Operationspläne der ZOV ständig zu aktualisieren und hierüber die ZKG zu informieren. Für den bandenbezogenen Einsatz der IM ist generell die Zustimmung der ZKG einzuholen.

Die ZOV führenden Diensteinheiten sind weiterhin verantwortlich, verdichtete und bedeutende Einzelinformationen aus der Bearbeitung von OV und ihres ZOV oder TV für die zentrale Bandenbekämpfung der ZKG zu übergeben.

3.3. . Die Diensteinheiten, die einzelne OV zu dem jeweiligen TV bzw. ZOV führen, sind für deren operative Bearbeitung voll verantwortlich und werden in ihren Rechten nicht beeinträchtigt. Sie sind dafür verantwortlich, die Vorgangsbearbeitung dem Gesamtanliegen zu unterordnen und auf den entsprechenden ZOV oder TV auszurichten.

Die Leiter der OV bearbeitenden operativen Diensteinheiten sind zur Koordinierung mit der Hauptabteilung/Bezirksverwaltung/Verwaltung verpflichtet, die den jeweiligen ZOV führt.

Diese Hauptabteilung/Bezirksverwaltung/Verwaltung koordiniert die weiteren Maßnahmen, einschließlich des vorgangsbezogenen Einsatzes von IM zur operativen Bearbeitung krimineller Menschenhändlerbanden, mit der ZKG.

Mit der ZKG sind zu koordinieren:

OV gegen Personen mit Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden, die in ZOV der ZKG bearbeitet werden,

OV gegen Personen mit Verbindungen zu noch nicht bekannten Menschenhändlerbanden,

OV zur Aufklärung unbekannter Schleusungswege,

OV zur Ausräumung von Schwerpunkten bzw. zur Verhinderung der Angriffe mehrerer, von verschiedenen Dienststeinheiten bearbeiteter krimineller Menschenhändlerbanden in einem Schwerpunktbereich,

OV, die überregionalen Charakter tragen.

Alle für ZOV oder TV wesentlichen Informationen aus der Bearbeitung von OV sind an die federführenden Dienststeinheiten zu übergeben.

- 3.4. Alle operativen Dienststeinheiten, auch jene, die keine ZOV oder OV zur Bandenbekämpfung führen, gewährleisten den Informationsfluß an die ZKG entsprechend den Festlegungen im Befehl 1/75.

Im Mittelpunkt dabei stehen:

- Sofortmeldungen,
- Informationen zu Teil I und II des ZFO, insbesondere Erkenntnisse aus der operativen Arbeit und offizielle Erkenntnisse zu den kriminellen Menschenhändlerbanden und deren Inspiratoren und Hintermännern sowie genutzten oder möglichen begünstigenden Bedingungen,
- Informationen zu Möglichkeiten und Ansatzpunkten für die Bandenbekämpfung entsprechend Punkt V/5. dieser Instruktion.

Ergibt sich in der operativen Bearbeitung von Personen und Sachverhalten, daß Zusammenhänge mit der Tätigkeit krimineller Menschenhändlerbanden bestehen können, ist die ZKG zu informieren und die weitere Bearbeitung mit ihr abzustimmen.

3.5. Die Pflicht zur unverzüglichen Koordinierung mit der ZKG besteht für alle Dienststeinheiten, wenn operativ relevante Hinweise auf

- bereits eingeleitete oder unmittelbar bevorstehende Aktionen von kriminellen Menschenhändlerbanden,
- die Teilnahme kontrollbefreiter oder anderweitig bevorrechtigter Personen am Menschenhandel,



- die Beteiligung von Angehörigen der westlichen Besatzungstruppen am Menschenhandel,
- die Beteiligung von Bürgern anderer sozialistischer Länder am Menschenhandel,
- Geiselnahme, Flugzeugentführung, Gefährdung des Lebens von Angehörigen der Grenzsicherungskräfte und andere derartige Gewaltakte,
- provokativ-demonstrative Handlungen und andere Provokationen in Verbindung mit imperialistischen Massenmedien und anderen gegnerischen Einrichtungen vorliegen.

Mit der ZKG ist ebenfalls zu koordinieren, wenn Hinweise zu Schleusungsaktionen oder Vorhaben zum ungesetzlichen Verlassen bekannt werden, deren Realisierung das internationale Ansehen der DDR erheblich schädigen und der gegnerischen Provokationspolitik Vorschub leisten könnte.

Die Pflicht der sofortigen Koordinierung mit der ZKG besteht auch bei Bekanntwerden derartiger Hinweise während der operativen Vorgangsbearbeitung.

Über Hinweise zur Dekonspiration von IM oder Arbeitsmethoden des MfS bei der Bandenbekämpfung ist unverzüglich die ZKG zu informieren.

4. Die Durchsetzung von Differenzierungsgrundsätzen bei der Bearbeitung von Personen im Rahmen der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels

Zur Erreichung eines höchstmöglichen Effektes in der Bandenbekämpfung ist ein differenziertes Vorgehen gegenüber den bearbeiteten Personen erforderlich. Dieser Grundsatz ist bei der Erarbeitung von Ersthinweisen, bei OPK sowie in der Vorgangs- und Untersuchungsarbeit durchzusetzen.

Alle Entscheidungen und Maßnahmen sind so zu treffen, daß sich der Hauptstoß gegen die Organisatoren und Inspiratoren der Bandentätigkeit und andere feindliche Kräfte richtet. Das schließt die konsequente Anwendung des sozialistischen Rechts gegen die Inspiratoren und Organisatoren der Bandentätigkeit und andere feindliche Personen ein und erfordert zugleich eine breite Ausnutzung aller sich aus dem sozialistischen Recht ergebenden Möglichkeiten differenzierter Entscheidungsfindung gegen solche Personen, die Opfer krimineller Machenschaften wurden und nicht wegen feindlicher Grundhaltung in die Verbrechen einbezogen wurden.

4.1. Grundlegende Voraussetzungen für die konsequente Durchsetzung differenzierter Maßnahmen in der Bandenbekämpfung sind:

BSU
000206

die umfassende und detaillierte Aufklärung der kriminellen Banden, ihrer Leiter und Mitglieder, Hintermänner und Verbindungspersonen, Stützpunkte und anderer feindlicher und negativer Kräfte sowie Mittel und Methoden ihrer Tätigkeit,

die differenzierte Einschätzung von in den Menschenhandel einbezogenen und abgeworbenen Personen und ihrer Handlungen,

die ständige Suche, Schaffung und Aufbereitung von Ansatzpunkten und Möglichkeiten für die Einleitung wirksamer, differenzierter offensiver Maßnahmen.

Der Einsatz der IM und die Anwendung der tschechistischen Mittel und Möglichkeiten sind zielstrebig auf die Schaffung solcher Voraussetzungen zu orientieren. Dabei sind zu berücksichtigen:

Persönlichkeitsbild der bearbeiteten Person,

die Motive für ihre Mitwirkung, für die Eingliederung in die Bandentätigkeit, für ein ungesetzliches Verlassen,

Stellung und Ansehen innerhalb der Bande,

Aufgabenstellung in der Bande,

Intensität und Gefährlichkeit begangener
Verbrechen und individuelle Schuld,

die Beweislage,

operativ relevante Verbindungen.

4.2. Die Leiter aller operativen Diensteinheiten haben mit hoher Qualität die ständige Suche, Auswahl und gründliche Aufklärung solcher Personen, die als IM geworben und zielstrebig in die Bandenbekämpfung einbezogen werden können, vor allem unter folgenden Personenkreisen zu gewährleisten:

- Mitglieder von Banden, die Opfer krimineller Machenschaften der Bandenchefs wurden und

nicht wegen einer feindlichen Grundhaltung einbezogen wurden,

auf Grund von Erwerbslosigkeit manipuliert wurden, aus persönlichen Gründen Kontakt zu einer Bande erhielten (Ausschleusung einer Bekannten),

im Widerspruch zu den Praktiken des Bandenchefs oder leitender Bandenmitglieder stehen,

versprochene Zuwendungen und Leistungen nicht erhielten;

- Mitglieder von Banden, die politisch-operativ bedeutsame Verbindungen haben zu

Angehörigen und Verwandten in der DDR,

Personen in anderen sozialistischen Staaten,

Personen aus dem Operationsgebiet, die Beziehungen oder Bindungen in die DDR haben;

BSTU
000208

- Mitglieder von Banden, deren Aufgaben Teilgebiete der Organisierung von Aktionen umfassen, wie
 - Kuriere mit häufigen Einreisen in die DDR,
 - Inhaber von Kfz-Umbau-Werkstätten und Auto-Verleih-Firmen oder deren Beschäftigte;
- Mitglieder von Banden, deren Tatbeitrag und Schuld relativ gering sind;
- Personen, die Verbindungen zu Banden oder zu einzelnen Mitgliedern auf der Grundlage geschäftlicher, beruflicher und sonstiger gemeinsamer Interessen haben, wie
 - Mitarbeiter von Leihwagenfirmen,
 - Inhaber und Personal von Gaststätten,
 - Pensionen, Massagesalons;
- Personen aus der DDR, die im Zusammenhang mit Menschenhändlerbanden von politisch-operativem Interesse sind, wie
 - Personen aus Zielgruppen und Schwerpunktbereichen,
 - Personen, die von Menschenhändlerbanden kontaktiert wurden, abgeworben werden sollen oder deren Ausschleusung geplant oder vorbereitet wird,
 - Personen, die wegen ihrer Vorstrafen für Menschenhändlerbanden von Interesse sind,
 - Personen, die Rückverbindungen Ausgeschleuster oder anderweitig für die Blickfeldarbeit geeignet sind.

4.3. Bei Vorliegen der Voraussetzungen für den Abschluß der operativen Bearbeitung ist ebenso wie bei Feststellung bisher unbekannter Personen auf frischer Tat stets zu prüfen, ob durch eine weiterführende Bearbeitung weitreichendere Ziele der Bandenbekämpfung realisiert werden können, wie

das Erkennen neuer Pläne und Absichten, weiterer Mitglieder und Verbindungen der Banden und die Vervollständigung und Verdichtung dazu vorliegender Erkenntnisse,

die Desinformation der Banden und Irreführung feindlicher Abwehrorgane,

die Nutzung für Kombinationen zur Schaffung wesentlicher Beweise gegen die Bande oder zur Einführung von IM.

Das erfordert geeignete Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle der bearbeiteten Personen und zur Verhinderung von Schäden.

4.4. Die Leiter aller Diensteinheiten haben bei der Anwendung strafprozessualer Maßnahmen die strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu sichern und die volle Ausschöpfung aller sich aus der allseitigen Rechtsanwendung ergebenden Möglichkeiten zu gewährleisten.

Die vorläufige Festnahme von Mitgliedern krimineller Menschenhändlerbanden und anderen in deren Tätigkeit einbezogenen Personen setzt immer voraus, daß

die strafprozessualen Anforderungen erfüllt sind,

die Festnahme in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Bestimmungen, insbesondere dem Transitabkommen, der Vereinbarung über den Reise- und Besucherverkehr mit dem Senat von Westberlin und der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen, erfolgt.

Festnahmen haben so zu erfolgen, daß eine maximale Wirkung bei den Banden und deren Hintermännern erzeugt wird und keine schädlichen politischen und politisch-operativen Auswirkungen eintreten können. Die Leiter aller beteiligten Dienstseinheiten haben deshalb eine sorgfältige und gewissenhafte Einschätzung der politisch-operativen Situation, der Vorgangslage und des Standes der Beweisführung sowie die gewissenhafte Prüfung aller rechtlichen Voraussetzungen zu sichern.

Unter Berücksichtigung aller Umstände und Zusammenhänge sind vorläufige Festnahmen planmäßig und gezielt zu nutzen, um

- Voraussetzungen für eine Werbung als IM oder eine anderweitige operative Nutzung zu schaffen,
- ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, Haftbefehl zu erwirken und die Untersuchung mit dem Ziel der Verurteilung abzuschließen,

- durch ihre Ausgestaltung als demonstrative/vorübergehende Maßnahme Voraussetzungen für eine Desorientierung der Bande und deren Hintermänner zu schaffen und von IM abzulenken,
- Voraussetzungen für die Einleitung politisch-operativer, politischer und diplomatischer Offensivmaßnahmen zu schaffen.

Bei Entscheidungen über vorläufige Festnahmen von DDR-Bürgern, die mit kriminellen Menschenhändlerbanden in Zusammenhang stehen, ist vor allem bei Personen ohne feindliche oder verfestigte negative Grundeinstellung stets zu prüfen, ob

von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen abzusehen ist,

eine operative Nutzung der betreffenden Personen als IM mit dem Ziel des Einsatzes zur Bandenbekämpfung oder zur Lösung anderer politisch-operativer Aufgaben erfolgen kann,

eine anderweitige Nutzung im Rahmen vorbeugender Maßnahmen gegen die Aktivitäten der Banden bzw. das ungesetzliche Verlassen, z. B. durch Einbeziehung in die Öffentlichkeitsarbeit, zweckmäßig ist,

die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ohne Haft zur Erreichung eines hohen Vorbeugungseffektes oder im Zusammenhang mit einer

sofortigen oder perspektivischen operativen Nutzung geboten ist.

Ergibt sich bei Personen, die im Zusammenhang mit kriminellen Menschenhändlerbanden stehen, die gründliche Prüfung und gewissenhafte Einschätzung aller Tatsachen, Umstände und Zusammenhänge, daß

eine operative oder anderweitige Nutzung der Person nicht möglich ist und

eine demonstrative Wirkung auf die Person und deren Umgebung erzielt werden soll,

sind bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Festnahme auf der Grundlage eines Haftbefehls durchführen zu können.

Die Durchführung von Befragungen Verdächtiger nach § 95 StPO im Zusammenhang mit der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden hat grundsätzlich nur dann zu erfolgen, wenn

die strafprozessualen Voraussetzungen vorliegen,

alle anderen politisch-operativen Maßnahmen nicht zur Begründung des dringenden Tatverdachts führten und

die Abwendung unmittelbarer Gefahren sowie die Verhinderung von Aktionen die Klärung des Sachverhalts zwingend erfordert und das nur durch eine Befragung möglich ist.

Befragungen Verdächtiger sind bei Vorliegen der strafprozessualen Voraussetzungen auch möglich, wenn

im Zusammenhang mit der Verhinderung von Aktionen krimineller Menschenhändlerbanden Personen zugeführt oder an der Ausreise aus der DDR gehindert werden müssen,

die Sicherheit von IM im Zusammenhang mit gezielter Desinformation der Bande und anderer feindlicher Kräfte zu gewährleisten ist,

die Kompromittierung des Befragten zur Zersetzung der Bande und zur Ablenkung von IM beabsichtigt ist.

Bei der Entscheidung über eine Befragung Verdächtiger als Prüfungshandlung sind stets die sich aus einer möglichen Nichtbestätigung des Verdachts ergebenden Konsequenzen vorausschauend einzuschätzen und solche Vorkehrungen zu treffen, die politisch-negative und schädliche Folgen ausschließen.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen

den Personen, deren Absicherung, operative Kontrolle und weitere operative Bearbeitung

in der DDR oder in anderen sozialistischen Staaten nach einer Befragung realisierbar ist,

und

solchen Personen, die sich zeitweilig in der DDR aufhalten und deren Reaktionen nach erfolgter Ausreise nicht beeinflussbar und zu kontrollieren sind.

Während der Führung eines Ermittlungsverfahrens mit Haft sind die Voraussetzungen zu schaffen, die vom sozialistischen Recht vorgesehenen Sanktionen konsequent gegen Menschenhändler und andere Personen, die sich aus feindlicher Einstellung am Menschenhandel beteiligen oder ausschleusen lassen wollen, anzuwenden. Ständig sind alle Möglichkeiten eines differenzierten Abschlusses des Ermittlungsverfahrens unter Anwendung der sich aus dem sozialistischen Recht ergebenden Möglichkeiten zu prüfen.

Bei Mitgliedern von kriminellen Menschenhändlerbanden und in deren Tätigkeit einbezogenen Personen ist zu prüfen, ob unverzüglich oder auf Perspektive eine operative Nutzung möglich ist. Die Einschätzung hat sich vor allem zu erstrecken auf

ihr Gesamtverhalten, insbesondere ihr Aussageverhalten,

die Motivation für ihre Teilnahme an Verbrechen, den Umfang ihrer Schuld, ihre Einstellung zur Straftat,

die Möglichkeiten der Schaffung von Faustpfändern zur Bindung an das MfS,

die operative Perspektive,

die Möglichkeiten zur Wahrung der Konspiration und Sicherung der Legendierung.

Ausgehend davon ist die Einsetzbarkeit für

die unmittelbare Bandenbekämpfung im Operationsgebiet durch weiteres Eindringen in die Bande,

die Durchführung anderer operativer Aufgaben im Operationsgebiet im Zusammenhang mit der Bandenbekämpfung,

die Erstattung von Strafanzeigen, das Erheben von Zivilklagen oder die Einleitung anderer offizieller Maßnahmen gegen Banden und einzelne Mitglieder,

Maßnahmen der Desorientierung und Zersetzung der Banden

zu prüfen.

Zur Realisierung solcher Einsatzmöglichkeiten kann

- die Einstellung des Ermittlungsverfahrens und die Haftentlassung,

- die Verurteilung zu einer unbedingten Freiheitsstrafe und die vorzeitige Haftentlassung

erfolgen.

Die Legendierung dieser Maßnahmen muß unter Berücksichtigung aller mit dem Strafverfahren verbundenen Umstände erfolgen.

Die Bearbeitung von Ermittlungsverfahren ist zielstrebig in die Bearbeitung des ZFO und der ZV zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden einzuordnen. Mit der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren ist insbesondere zu sichern:

die ständige Vervollständigung der Erkenntnisse über die kriminellen Menschenhändlerbanden, deren Hintermänner, Pläne, Absichten, Mittel und Methoden;

die systematische Suche und Aufbereitung von Ansatzpunkten und Möglichkeiten für die Einleitung differenzierter politisch-operativer Maßnahmen gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden;

die Nutzung aller Möglichkeiten der Suche und Sicherung von Beweisen gegen die in Ermittlungsverfahren bearbeiteten Personen, gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden und deren Hintermänner sowie gegen andere feindlich tätige Personen;

die zielstrebige Schaffung von Voraussetzungen, Untersuchungsergebnisse und Ergebnisse der

BS:U
000217

operativen Arbeit durch juristische, publizistische, diplomatische und politisch-operative Maßnahmen zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden wirksam auszuwerten.

Im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren ist ständig zu prüfen, wie persönliche Interessen der am Ermittlungsverfahren beteiligten Personen und Bindungen Inhaftierter ausgenutzt und Verbindungen in das Operationsgebiet in die Maßnahmen zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden einbezogen werden können.

Das betrifft insbesondere die Ausnutzung von

Personen, die als Zeugen vernommen werden,

Angehörige und Bekannte inhaftierter Personen, die im Operationsgebiet aufenthältig sind oder politisch-operativ nutzbare Verbindungen in das Operationsgebiet unterhalten,

Personen und Einrichtungen im Operationsgebiet, die durch Inhaftierte oder durch kriminelle Menschenhändlerbanden geschädigt wurden.

Die Möglichkeiten, die sich aus den Rechten Inhaftierter bezüglich der Verbindung zu

Rechtsanwälten und Notaren,
Mitarbeitern ausländischer Vertretungen und
Angehörigen und Bekannten

ergeben, sind ebenfalls voll zu nutzen.

Die politisch-operative Kontrolle und Bearbeitung im Strafvollzug befindlicher Personen ist zu orientieren auf

die Unterstützung des Rückgewinnungs- und Wiedereingliederungsprozesses wiedergutmachungsbereiter Strafgefangener und Untersuchungshäftlinge,

die Suche, Auswahl und Vorbereitung von Personen zur perspektivischen Nutzung und die systematische Weiterführung der Vorbereitung bereits kontaktierter oder geworbener Personen für den Einsatz zur Bandenbekämpfung,

die Erarbeitung weiterer Erkenntnisse über kriminelle Menschenhändlerbanden sowie neuer Fakten, Zusammenhänge und Ansatzpunkte für die Bandenbekämpfung,

die Fortsetzung der bereits während des Ermittlungsverfahrens eingeleiteten operativen Aktivitäten,

die ständige Einschätzung des Gesamtverhaltens der Inhaftierten und die Aufklärung ihrer Verbindungen im Strafvollzug.

Die Entwicklung und Bearbeitung von Operativvorgängen gegen im Strafvollzug befindliche Personen erfolgt entsprechend Punkt V/3. dieser Instruktion, wenn

Vordachtsgründe zur Planung und Vorbereitung neuer Verbrechen in Richtung des staatsfeindlichen Menschenhandels erarbeitet wurden,

oder in der Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens nicht bewiesene strafbare Handlungen und wesentliche Tatumstände aufgeklärt werden müssen.

5. Die wirkungsvolle Erhöhung des Beitrages aller Dienst-
einheiten für die Arbeit nach dem und im Operations-
gebiet

Zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und zur Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden ist die volle Erschließung der operativen Basis des MfS in der DDR und im Operationsgebiet unerlässlich.

Im Mittelpunkt müssen dabei stehen:

die umfassende Nutzung der vorhandenen IM/GMS und deren Verbindungen für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und deren Hintermänner, besonders zum Aufdecken von Menschenhändlerbanden, ihrer Verbindungen und Angehörigen im Rahmen aller operativen Prozesse,

das Erkennen und Aufbereiten von Ansatzpunkten für das Eindringen in Banden und deren bedeutende Verbindungen,

BSU
000220

die systematische Suche und Auswahl von geeigneten IM-Kandidaten und Ansatzpunkten für die Werbung,

das Erkennen und Aufbereiten von Ansatzpunkten für die Durchführung politischer und operativer Aktivitäten gegen die Banden und Hintermänner,

die qualifizierte Vorgangsbearbeitung und die Gewährleistung des für die Bandenbekämpfung effektivsten Vorgangsabschlusses.

Hieraus ergeben sich für alle Dienstseinheiten folgende Aufgaben:

- die ständige Analysierung der eigenen IM/GMS-Systeme und ihrer Verbindungen zur Feststellung von Kontakten oder Kontaktanbahnungsmöglichkeiten zu Menschenhändlerbanden und hinter ihnen stehenden Kräften sowie von Rückverbindungen der Bandenmitglieder und ausgeschleuster Personen,
- die Prüfung von Einsatzmöglichkeiten der IM/GMS, insbesondere zur Aufdeckung unbekannter Schleusungswege, und zur Bearbeitung erfolgter Schleusungen;
- die Nutzung der IM/GMS in den Schwerpunktbereichen, besonders unter der medizinischen Intelligenz, zur Erarbeitung von Ansatzpunkten für die Bandenbekämpfung und zum Erkennen und Bearbeitung von Abwerbern, Hintermännern, Schleusungs- und Abwerbungsverfahren;

- die Suche und Auswahl geeigneter IM-Kandidaten für die Blickfeldarbeit, das Eindringen in die kriminellen Menschenhändlerbanden und andere operative Aktivitäten, vor allem bei
 - der Sicherung der Schwerpunktbereiche,
 - der differenzierten Kontrolle von Rückverbindungen ausgeschleuster Personen,
 - der Durchführung von Vorbeugungsgesprächen,
 - der Bearbeitung und dem Abschluß von operativen Vorgängen,
 - der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren;
- der Einsatz der vorhandenen Kräfte, Mittel und Möglichkeiten zur Erarbeitung von Informationen und Hinweisen
 - zur Existenz, zum Wirken und zur Neugründung von kriminellen Menschenhändlerbanden,
 - zu Inspiratoren und Hintermännern,
 - zur Arbeitsmarktlage und zur Tätigkeit von Arbeitsmarktforschungs- und anderen Einrichtungen des nichtsozialistischen Auslandes, aus denen sich Schlußfolgerungen zur Bestimmung der Angriffsrichtungen und Schwerpunktbereiche des staatsfeindlichen Menschenhandels ergeben können,

BSTU
000222

zu Mitgliedern der Banden und Verbindungen zu ihnen,

zu Verbindungen der Banden zu staatlichen und gesellschaftlichen Organen und Einrichtungen im Operationsgebiet,

zu existenzbedeutenden Verbindungen der Banden und Verbindungen krimineller, kommerzieller und anderer Art,

zu Stützpunkten der Banden in der DDR und anderen sozialistischen Ländern,

zu Objekten und Konzentrierungspunkten der Banden,

zu Deckadressen und Decktelefonen der Banden in Westberlin, der BRD und anderen nichtsozialistischen Staaten sowie in der DDR und anderen sozialistischen Ländern,

zu anderen Personen, die Schleusungen planen oder durchführten,

zu Lücken im Grenzsicherungssystem und in der Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs, die zu Schleusungen und ungesetzlichen anderen Grenzübertritten genutzt werden bzw. werden können,

zu weiteren Ansatzpunkten für die Bandenbekämpfung entsprechend den Orientierungen und Anforderungen der ZKG bzw. der BKG für den territorialen Verantwortungsbereich.

Bei Informationen zu konspirativ gehaltenen Verbindungen zwischen Bürgern der DDR und dem nichtsozialistischen Ausland ist neben der Prüfung des eventuell nachrichtendienstlichen Charakters stets eine mögliche Verbindung zu Menschenhändlerbanden in Rechnung zu stellen und auch in dieser Richtung weiter zu arbeiten.

Über die erarbeiteten und aufbereiteten Ansatzpunkte für die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und die Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden sind die entsprechenden Zentrale Operativvorgänge führenden Dienstseinheiten bzw. wenn eine konkrete Menschenhändlerbande noch nicht erkennbar ist, die Zentrale Koordinierungsgruppe zu informieren.

Betreffs des bisherigen Einsatzes von IM und der Auswahl geeigneter IM für die Bekämpfung des Menschenhandels erfolgt die Information der Zentralen Koordinierungsgruppe entsprechend Punkt 8.7. des Befehls 1/75.

An die erarbeiteten Ansatzpunkte und Grundlagenmaterialien für die Bandenbekämpfung durch alle Linien und Dienstseinheiten sind folgende Anforderungen zu stellen:

- Bei allen Aktivitäten zur Erarbeitung von Ansatzpunkten für die Bandenbekämpfung ist die Wahrung der Konspiration das wichtigste Erfordernis.

Deshalb sind die Informationswege kurz und rationell zu gestalten und nur jene Dienstseinheiten zu informieren, die diese Informationen für die Bekämpfung

BSTU
000224

der Banden benötigen. Es ist die Übersicht über jene IM/GMS und operativen Mitarbeiter zu gewährleisten, die Kenntnis über die erarbeiteten Materialien besitzen.

Die Aufbereitung der Ansatzpunkte hat so umfassend wie möglich zu erfolgen, wobei jedoch gegenwärtig und zukünftige Erfordernisse der Konspiration unbedingt zu beachten sind. Alle Anzeichen auf Blickfeldarbeit des Feindes und andere Aktivitäten für ein Eindringen in das inoffizielle Netz und zur Desorientierung des MfS sind unverzüglich aufzugreifen und zu klären;

- Die erarbeiteten Informationen zu Ansatzpunkten für die Bandenbekämpfung müssen aktuell sein und eine reale Perspektive besitzen;
- Konkretheit und Vollständigkeit der Informationen müssen gegeben sein, um unnötige Rückfragen, Nachermittlungen oder andere, die Konspiration gefährdende Aktivitäten zu vermeiden. In der Einschätzung erarbeiteter Informationen ist real und sachlich vorzugehen. Subjektivistisches Herangehen ist auszuschließen;
- Die Zuverlässigkeit der Informationen zu Ansatzpunkten für die Bandenbekämpfung und der Quellen muß geprüft und gegeben sein.

Die Leiter aller Diensteinheiten haben die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten und Potenzen ihrer Diensteinheiten zur Erarbeitung und Aufbereitung von Ansatzpunkten zur Bandenbekämpfung und zur Leistung weiterer Beiträge in dieser Richtung zu sichern.

Die ZKG bzw. die Diensteinheiten, die Zentrale Operativvorgänge führen, haben die erarbeiteten Ansatzpunkte nach ihrer Verwendbarkeit einzuschätzen.

Die Leiter der Diensteinheiten sind verantwortlich, erarbeitete und verwertbare Ansatzpunkte zur Bandenbekämpfung zu würdigen, um damit die weitere Erarbeitung und Aufbereitung von Möglichkeiten zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden zu stimulieren.

Zur Durchführung offensiver politischer Aktivitäten sind vor allem folgende Fakten und Sachverhalte zu dokumentieren:

- Eindeutige Verletzungen völkerrechtlicher Grundprinzipien, internationaler Verträge und Konventionen, insbesondere der zwischen der DDR und der BRD sowie der zwischen der DDR und dem Westberliner Senat abgeschlossenen Abkommen, Verträge und Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem staatsfeindlichen Menschenhandel, vor allem Fälle des Mißbrauchs gemäß Artikel 16 des Transitabkommens.

BSTU
006226

- Bewußte Duldung oder aktive Unterstützung des staatsfeindlichen Menschenhandels durch staatliche Organe der BRD oder durch Dienststellen des Westberliner Senats.
- Verletzungen strafrechtlicher, privatrechtlicher, arbeitsrechtlicher, verwaltungs- und steuerrechtlicher sowie anderer Regelungen des Rechts der BRD oder anderer nichtsozialistischer Staaten durch die Menschenhändler.
- Verhaltensweisen der Menschenhändler sowie von Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, die auch nach den in der BRD herrschenden Auffassungen als unmoralisch und skrupellos abgelehnt werden.

Derartige im Zuge der operativen Arbeit bekanntgewordene Fakten und Sachverhalte sind durch die Dienstleistungen exakt und beweiskräftig zu dokumentieren und der ZKG umgehend zur Verfügung zu stellen.

Die ZKG hat in Zusammenarbeit mit den zuständigen Linien und Dienstleistungen und im Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen unter Nutzung dieser dokumentierten Materialien offensive Maßnahmen und Aktivitäten einzuleiten:

- zur Veranlassung diplomatischer Aktivitäten gegen die fortgesetzten Verletzungen internationaler Abkommen durch Förderung und Duldung des staatsfeindlichen Menschenhandels seitens der Regierung der

BSU
000227

BRD und seitens des Westberliner Senats, insbesondere in der Transitkommission gemäß Artikel 19 des Transitabkommens sowie für die Gespräche der Beauftragten gemäß Artikel 8 der Vereinbarung über den Reise- und Besucherverkehr;

- zur Diskreditierung der Menschenhändler und ihrer Praktiken in Presseorganen, Publikationen und mit Hilfe weiterer Massenkommunikationsmittel in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten (Öffentlichkeitsarbeit);
- zur Lancierung entsprechender Veröffentlichungen in Publikationsorganen der BRD und anderer nichtsozialistischer Staaten;
- zur Diskreditierung von Personen, die die DDR illegal verlassen haben, mit dem Ziel, sie in der BRD zu isolieren oder zu boykottieren;
- um diese Informationen staatlichen Instanzen, einflußreichen politischen oder Wirtschaftskreisen in der BRD und anderen nichtsozialistischen Ländern zuzuspielen mit dem Ziel, diese zum Vorgehen gegen den Menschenhandel zu veranlassen.